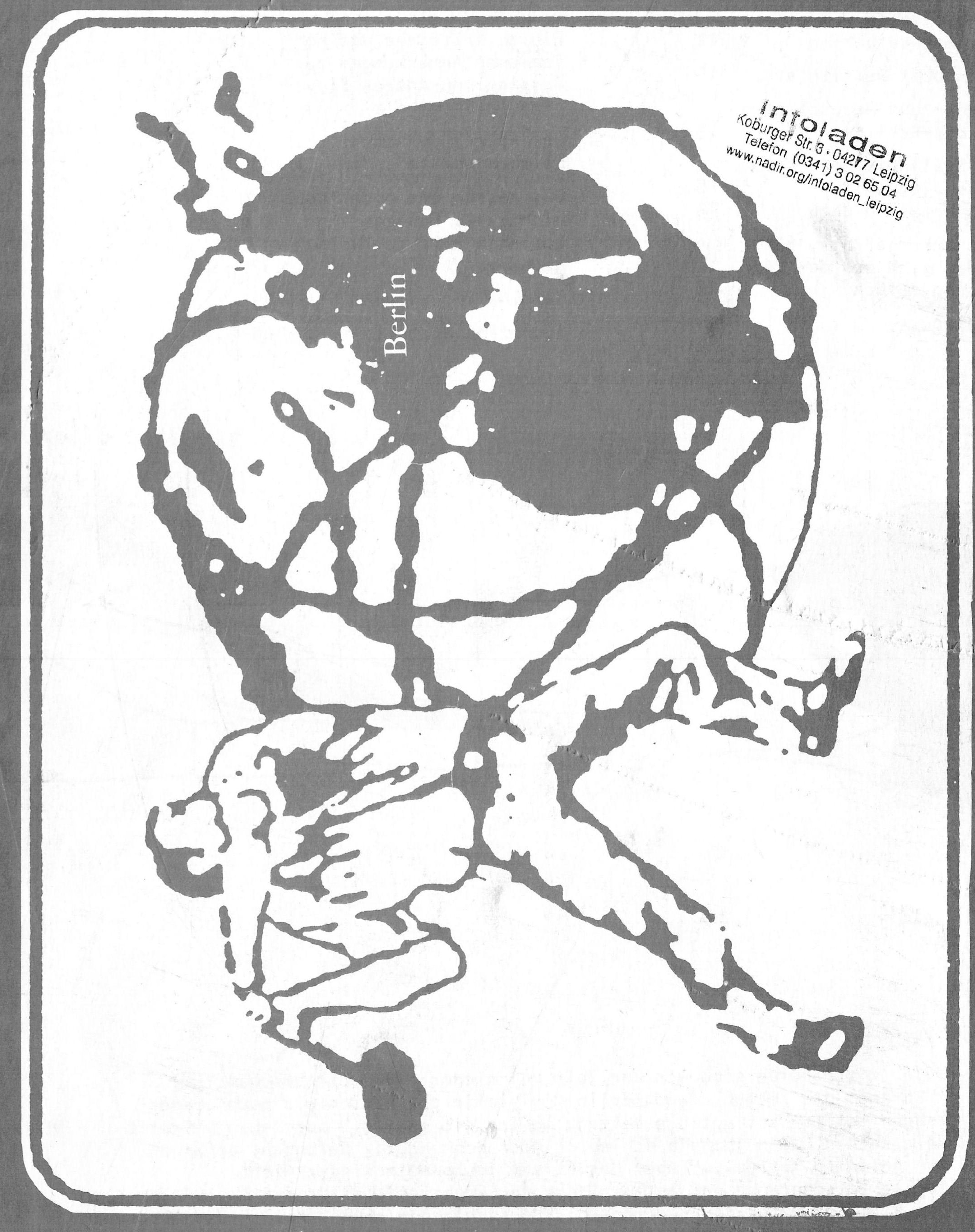
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 116

20. September 1990

Inhalt:

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

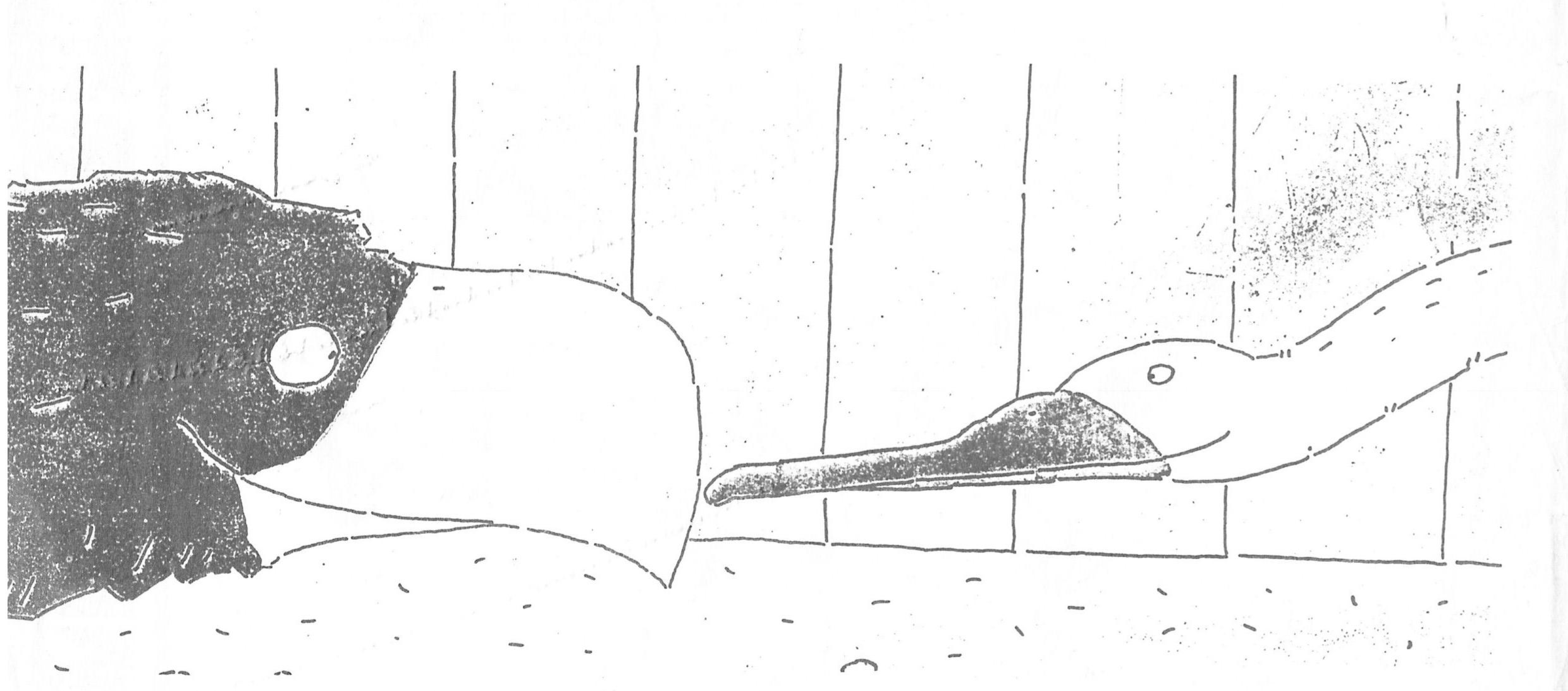
IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Vorwort:

Tja, mit Parolen sind wir zur Zeit mal wieder alle sehr beschäftigt. "Sprengt die Ketten, dann Berlin!" - vielleicht hätten wir auch besser sagen sollen "schlagt die Ketten, wo ihr sie trefft!" oder nein: "Trefft die Ketten, wenn ihr sie schlagt!" Oder doch eher: "Gefangen, gefangen, in goldenen Ketten..." Aber das stimmt ja so auch wieder nicht.
Weise Entscheidung des letzten Vorbereitungstreffens für den Anti-Feier-Kampf am 3. Oktober für das Demo-Motto: "Deutschland - halt's Maul!" Das ist kurz, das ist klar, darunter kann sich jedeR was vorstellen!

Die Demo soll nach dem letzten Diskussionsstand am 3.Oktober um 14 Uhr vom Oranienplatz losgehen und auf dem Alex enden. Termine für die Vorbereitungs-VV's sind im Terminkalender.

Zum Inhalt des Heftes, oder vielmehr, zu dem, was nicht drinsteht, müssen wir mal wieder eine Reihe von Erklärungen abgeben. Dabei scheinen sich einige Mißverständnisse im Laufe der Wochen leider eher noch vertieft zu haben anstatt sich aufzulösen.
Den unsäglichen Wunsiedel-Artikel habt ihr nun doch ins Heft getrotzt, zusammen mit einem noch unsäglicheren Beschwerdebrief und einigen weiteren Antifa-Papieren, wir wollten der Auseinandersetzung nicht weiter ausweichen und haben euch in einer extra-Stellungnahme unsere Meinung dazu gesagt.
Auch das Volxsport-Teil einiger "wütender Frauen", ein nachgemachtes Aldi-Flugblatt, das in die Briefkästen der Umgebung verteilt wurde, haben wir nur zähneknirschend reingenommen, sozusagen als negatives Beispiel: So zynisch hätte das Aldi selbst wohl kaum gewagt.
Eine Gruppe "warum?" fragt nach unseren "wahren Gründen", daß wir die bisher zugeschickten zwei Veröffentlichungen um einen Koflikt in der Anti-Psychiatrie-Bewegung nicht abgedruckt haben; anstatt uns endlich, wie gebeten, eine verständliche Fassung zu schicken, wird uns unterstellt, die "Wahrheit zu verschleiern"- Ja, wenn wir die mal kennen würden!
Der halböffentliche Noten-Wechsel zwischen anti- und pro-HG Kopierkollektiven aus der Manteuffelstraße und die daraus entstehenden Erwartungen an uns werden immer komplizierter. Nun haben wir im letzten Heft auch den Abdruck der revidierten Fassung eines HG denunzierenden Flugblattes abgelehnt, was uns nicht leicht file, weil es schon überall auslag und somit auch öffentlich zur Diskussion gestellt werden sollte. Zu recht fragt jetzt die HG unterstützende Gruppe an, ob es dann nicht berechtigt ist, eine Entgegnung zu veröffentlichen. Die bezieht sich in einem wesentlichen Punkt aber wieder auf die erste Fassung des Flugblattes der Anti-HG-Gruppe. So hat das keinen Sinn. Es bleibt also ein Kampf im Ordner.
Eine Menge anderer Papiere sind noch außerdem in den Ordner gekommen. Das wollen wir hier nicht alles im einzelnen begründen. Nur soviel:
An die Leute, die die "egin"-Zusammenschnitte gemacht haben: Finden wir gut, eure Initiative, das öfter mal, vielleicht sogar kontinuierlich zu machen, sollte aber auch ein bißchen aktuell sein und auch für Leute ohne baskisches Spezialwissen versteändlich sein.
An den Buchladen Dimitroff: weitere Versuche sind zwecklos!
Papiere, Flugis etc, die ein paar Tage vorher in der neuesten BesetzerInnen-Zeitung erschienen sind, veröffentlichen wir in der Regel nicht noch mal
Neu ist, daß uns jetzt Leute schon Beiträge schicken, die ausdrücklich für den Ordner bestimmt sind. Dann könnt ihr sie eigentlich auch selbst reinhängen!

Die Erklärung aus der Reiche 63a haben wir uns nicht getraut, in den Ordner zu hängen, wo das ja nun das neue Kiezzentrum wird, gehen uns die Wohn- und Mietbedingungen schließlich alle an. Finden wir auch Scheiße, daß ihr durch ein Komplott von ArchitektInnen und Eigentümern jet-- in so Wohnungen drinhockt, die eher für Bankangestellte geeignet wären. Wir schlagen vor, entweder ihr baut nach eigenen Vorstellungen um oder ihr werdet eben Bankangestellte!

Im hinteren Teil des Heftes findet ihr einen längeren Beitrag zum Nutzen und Notwendigkeit marxistischer Rationalität in der Beurteilung unserer gegenwärtigen "Kampfphase" gegen die "schweine", Anlaß ist die Aussage von Andrea Sievering im Prozess gegen Luiti. Daß der Marxismus aber auch seine emotionale Seite hat, versuchen wir, in der anschließenden Bildergeschichte zu zeigen.

Damit, mit diesem Vorwort und mit diesem ganzen Heft verabschieden sich zwei altgediente GesossInnen aus der Redaktionsarbeit. Also tschüß dann. War nett mit euch.

Noch wat organisatorisches: Redaktionsschluß in Zukunft nicht Montag oder so, sondern exakt Montag. Auch gegen Schokolade läuft Dienstags nix mehr. Sorry.

wir gehen nicht unter in unseren niederlagen, sondern in den kämpfen, die wir nicht geführt haben

zum 3.oktober

der 3.oktober ist der "tag der deutschen einheit", d.h. an diesem Tag finden - hier in berlin - die offiziellen feierlichkeiten zum sieg des westdeutschen imperialismus im krieg gegen "ost" statt. die kriegsbeute ist stattlich: ein ganzer staat wird geschluckt zur uneingeschränkten ausschlachtung des territoriums, der industriellen (die ddr ist der 10.größte industriestaat !) und landwirtschaftlichen kapazitäten und (soweit sie das zulassen werden) der arbeitskraft der dortigen bevölkerung. darüberhinaus fällt dem brd-kapital die vorreiterrolle in der kapitalistischen verwertung der übrigen besiegten länder des warschauer paktes zu.
der schlußakt dieses krieges in den letzten 1-2 jahren verlief ohne nennenswerten widerstand in den zentren des westlichen imperialismus - selbst ab da nicht, wo überdeutlich wurde, in welche richtung die antistalinistischen aufstände in den staaten des warschauer paktes sich entwickeln und wie das vom kapital hier ausgebeutet wird: die phase innerimperialistischer widersprüche über die dem brd-imperialismus zugestandene machtfülle ging ebenso vorüber wie die darin möglicherweise vorhandene chance, den machtzuwachs des brd-kapitals zu behindern/verlangsamen/blockieren. das heißt: die interventionsmöglichkeiten in widersprüche innerhalb von ländern wie z.b. polen, den niederlanden oder frankreich über die historischen erfahrungen der dortigen bevölkerung mit "deutschland" und den konkreten mit der brd, sowie den widersprüchen, die, wenn auch marginal, in den beiden ländern brd und ddr sichtbar geworden sind.

wie auch immer:
unabhängig von der jeweiligen einschätzung der prozesse die im einzelnen abgelaufen sind, welche strategie "richtig gewesen wäre" oder welche neuen widersprüche sich irgendwann irgendwo entwickeln können/werden/sollen, müssen wir - als linke, als autonome, als widerstand - jedenfalls feststellen, daß niemand bisher zu einem revolutionären vorschlag in der Lage war. anders gesagt: in dem ablaufenden prozeß spiel(t)en wir keine rolle.
und es wird uns einige zeit und mühe kosten, bis sich das verändert.

wir werden in den nächsten jahren mit veränderten rahmenbedingungen konfrontiert sein, von denen an dieser stelle mal nur zwei genannt werden sollen:
-daß es dem westlichen imperialismus bei "ost-west" immer vor allem auch um "süd" ging, erleben wir zur zeit an der sogenannten golfkrise. d.h. die ausschaltung der drohfähigkeit der su eröffnet der nato neue kriegführungsmöglichkeiten in den ländern der drei kontinente (klammer auf: natürlich war die su nie eine befreite, kommunistische gesellschaft, wird der irak von einem folterregime beherrscht und auch noriega war kein freund von uns. klammer zu).
-ohne falsche vergleiche (z.b. mit el salvador) anstellen zu wollen, läßt sich für die innere konterrevolution feststellen: faschobanden hier wie zunehmend auch in andern ländern stellen im grunde nichts anderes dar als die zur zeit am weitesten durchsetzbare form von "todesschwadronen" gegen uns, die metropolenlinke - ein qualitativer sprung. darin erschöpft sich ihre funktion natürlich nicht, denn sie sind zugleich der militanteste ausdruck herrschender rassistischer, sexistischer und metropolenchauvinistischer ideologie. aber offensichtlich zwingen sie uns zur zeit auf ein terrain, das uns vom direkten Angriff gegen das kapital und seine strukturen wegführt...

so weit so schlecht und nix neues.
angesagt ist also neuorientierung - ein neues sich zurecht finden in einer situation, die sich verändert hat (zumal in einer stadt wie berlin...).

aber deshalb ist heute nicht alles falsch, was gestern noch richtig war.

zum beispiel:
gestern wäre es keine frage gewesen, was zu tun ist, wenn sich kriegstreiber und kriegsgewinnler, ausbeuter, menschenschinder, millionenfache mörder - kurz: schweine, wie wir sie immer genannt haben - vor unserer nase versammeln.

am 3. oktober tun die das.

wir halten es deshalb für richtig, sozusagen aus dem stand raus jetzt schnellstmöglich die diskussion darüber anzufangen. und zwar von anfang an praktisch.
sinn und unsinn von aktivitäten gegen die siegesfeierlichkeiten ist unserer meinung nach keine tiefgreifende inhaltliche frage: wer sich diesen tag vorstellt und einen moment in sich hineinhorcht, wer sich vorstellt, was an diesem tag vor den versammelten weltmedien zelebriert werden soll - wird sich wohl auch vorstellen können, welche bilder weltweit angesagt wären...
d.h. es geht uns nicht um einen mobilierungsvorschlag von "strategischer qualität", das nachholen verpaßter, vergessener, nicht zu ende geführter oder sonstiger strategiedebatten, sondern schlicht um: wer-wo-wie-wann-was... herauszukriegen, ob es zu schaffen ist (das heißt unter anderem, daß wir uns auch gegen eine mobilisierung entscheiden können - aber wir wissen dann wenigstens warum), und wie wir es dann organisiert kriegen, das zu tun, was zu tun ist.

2./3. OKTOBER



LIEBER RAUS AUF DIE STRASSE, ALS HEIM INS REICH
Für den Wiederzusammenbruch !

Am 3.Oktober vollzieht sich der Anschluß der DDR an die BRD und an diesem Tag sollen dazu in Berlin - wenn es nach dem Willen der Herrschenden geht - auch die offiziellen Jubelfeiern stattfinden.
Wir sind zwar nicht eingeladen, aber kommen werden wir trotzdem, und wie immer bei solchen Anlässen wird das phantasievoll sein, unberechenbar, vielfältig und wirkungsvoll...

Fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende schluckt die BRD die DDR und damit den Staat, der als Antwort auf die Verbrechen der Nazifaschisten entstanden war. Nach dem von den Nazis geführten Eroberungskrieg werden also zum ersten Mal wieder deutsche Truppen das Territorium eines Nachbarlandes besetzen. Sie sollen das ausführen, was sich die Herrschenden der BRD seit es sie gibt auf die Fahnen (und in ihre Verfassung) geschrieben haben: Die Erweiterung des Staatsgebietes gen Osten. Die Beute ist stattlich: ein komplettes Land zur uneingeschränkten Ausschlachtung des Territoriums, der industriellen und landwirtschaftlichen Kapazitäten und - soweit die das zulassen werden - die Verwertung der dortigen Bevölkerung. Den ökonomischen Gewinn aus dieser Eroberung schätzen Bundesbankexperten auf ca. 1.500.000.000.000 (in Worten: eineinhalb Billionen) DM.
Dem bundesdeutschen Kapital fällt darüberhinaus die Vorreiterrolle in der Verwertung des Zerfalls des Warschauer Paktes zu. Das westdeutsche (Kapital-) "Modell Deutschland" droht damit innerhalb des entstehenden imperialistischen westeuropäischen Staatenbundes EG, und für die europäische Entwicklung überhaupt, zu dem Machtzentrum schlechthin zu werden.
Die antistalinistischen Aufstände, die nicht nur in der DDR zu grundsätzlichen Umbrüchen und zunächst offenen Situationen geführt haben, sind sehr schnell in den Würgegriff von sich im innern entwickelnden kapitalistischen Strukturen und dem Einfall des westeuropäischen Imperialismus geraten. Die vereinigte Mafia aus Konzernen, Händlern, Zuhältern, Reiseunternehmen, Haus- und Grundstückshaien, Dealern, religiösen Heilsbringern, Gastronomen,... hat neue Märkte entdeckt.
Mehr noch:
Mit dem Ende des "Ost-West" Konfliktes, d.h. der Ausschaltung der atomaren Drohfähigkeit der Sowjetunion eröffnen sich der NATO unter jetzt offenerer Mitwirkung der BRD neue Kriegsführungsmöglichkeiten gegen die abhängig gehaltenen und wirtschaftlich ausgebeuteten Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika. Und dem Krieg in der 3.Welt entspricht die Abschottung der Grenzen gegen die Armutsregionen im entstehenden EG-Hinterhof Osteuropa und denen im Süden und die Perfektionierung/Vereinheitlichung der selektiven, rassistischen Politik gegen "Ausländer und Ausländerinnen", die hier im Zentrum leben...

Dennoch: Was sich da unter dem unheilverkündenden Namen "Gesamtdeutschland" gerade zusammenbraut, ist lediglich die Fortsetzung der BRD mit anderen Mitteln. Sie bleibt was sie war: legitimer Abkömmling (die nennen das "Rechtsnachfolger") des Nazistaats, imperialistische Macht.
Diesselbe BRD, wie wir sie in den zahlreichen Mobilisierungen der ganzen letzten Jahre immer besser kennengelernt haben:
in den antiimperialistischen Aktionen gegen den BRD-unterstützten Überfall der USA auf Libyen als
Staat mit imperialistischer Außenpolitik
in der internationalistischen IWF-Kampagne als
Staat mit imperialistischer Wirtschafts- und Handelspolitik
in der antimilitaristischen Kampagne gegen die Munitionstransporte als
Staat mit imperialistischer Militärpolitik
in der antifaschistischen Selbstorganisierung gegen Faschobanden als
Staat mit imperialistischer Innenpolitik
in der antirassistischen Mobilisierung gegen die Behandlung von Flüchtlingen als
Staat mit imperialistischer Rechtspolitik
in den Wellen von Hausbesetzungen als
Staat mit kapitalistischer, profitorientierter Organisierung des Alltags
in der Bewegung gegen die Volkszählung als
Staat mit imperialistischer Sicherheitspolitik
in der Mobilisierung gegen Adler als
Staat der imperialistischen Konzerne
in den Bewegungen gegen die Starbahn West, gegen WAAs und AKWs als
Staat kapitalistisch motivierter Umweltzerstörung und Raumplanung
in der Mobilisierung - von Frauen gegen imperialistische Bevölkerungspolitik als
Staat der patriarchalen Herrschaft, des Sexismus und der Männergewalt
(um mal nur ein paar wenige Beispiele zu nennen...)

Leichen pflastern den Weg der herrschenden Klasse in der BRD und er mündet in der einzigen gesellschaftlichen "Utopie", die sie zu bieten hat: dem kapitalistischen, patriarchal/rassistischen Normalzustand, wie wir ihn kennen.
Alles ist käuflich, Ware - und die erzeugt Konkurrenz und Ellenbogen.
Mensch und Natur sind zur Verwertung freigegeben, Frauen der Männermacht, "Schwarze" dem Metropolenchauvinismus.

Das ist der eigentliche inhaltliche Kern der Jubelfeiern am 3.10...

Aber wie jede gesellschaftliche Formation, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und patriarchale Herrschaftssicherung beruht, entstehen auch im Kapitalismus die Widersprüche dazu ständig neu.

Und *dieser lebendige Widerspruch* soll an dem Tag die Straße bestimmen - gegen das was da vor versammelten Weltmedien zelebriert werden soll und für ein politisches Signal an uns selbst und an die, die weltweit mit den deutschen Blutsaugern und Völkermördern konfrontiert sind.

Deshalb rufen wir alle auf, die:
sich an den Schulen gegen Faschobanden organisieren, in Wackersdorf, Brokdorf oder an der Startbahn gegen den Bauzaun angerannt sind, für die ersatzlose Streichung des 218 sind, sich Staatsbesuche von US-Präsidenten nicht entgehen lassen, politische Arbeit in El Salvador-, Südafrika- oder Vietnamkomittees mach(t)en, gegen Isolationsfolter auf die Straße gehen, Rekrutenvereidigungen gestört haben, bei der iwf-tagung in Berlin Bänker beklatscht haben, REP-Parteitage sprengen, Abschiebung von Flüchtlingen verhindern, gegen Fahrpreiserhöhungen randalierten, dabei sind, wenns vor nem Knast bebt, gegen Umstrukturierung ihres Stadtteils kämpfen, gegen stinkende Chemiefabriken anstänkern, sich gegen alltäglichenn Sexismus organisieren, in Hafenstädten (und nicht nur da) Häuser besetzen, den 1.Mai in Berlin seit 1987 klasse finden, in den Niederlanden Shell oder in Wien Opernbälle nicht leiden können, im Baskenland, in Dänemark, in der Schweiz oder in Italien Zentren besetzen, in der DDR den Stasi zur Hölle geschickt haben und nicht wollen, daß er als VS verkleidet wieder aufkreuzt, in England gegen Poll Tax und Rassismus Aufstände anzetteln, in Polen vom Kapitalismus jetzt schon die Schnauze voll haben,...

mit uns zusammen zum 1. "Tag der deutschen Einheit" am 3.10. eine breite Mobilisierung auf der Straße hinzukriegen und ihn zu einem unvergeßlichen Ereignis werden zu lassen.

Geplant ist:
infostellen
2.10. Aktionstag bzw. -nacht / 3.10 Demo parolen ???????????

2. und 3. Oktober
Aktionstag und bundesweite Demo in Berlin

Wir scheißen auf das Vaterland !

Am 3.Oktober ist der DDR–Beitritt und damit der erste Tag der "Groß–BRD".

Wenns nach dem Bundeskanzleramt geht, soll schon vom 2.Oktober an die Bevölkerung jubeln, Feste feiern und Dankgottesdienste aufsuchen. Wenns nach uns geht, dann machen wir in diesen nationalistischen Einheitspopanz einen dicken Kratzer, der national und international nicht zu übersehen ist.

Es ist gerade an diesem Datum wichtig zu zeigen, daß es hier nochetwas anderes gibt, als den deutschtümmelnden Jubel und es ist auch möglich – trotz der Kürze der Zeit die noch bleibt – eine breite Mobilisierung auf der Straße während dieser Tage hinzukriegen.

Was schon länger gegärt hat, vollzieht sich seit einem Jahr mit atemberaubender Geschwindigkeit vor unseren Augen.

Das BRD–Kapital streift die DDR ein und wird zur dominierenden Macht in einem Großraum Europa.

International wird der Ost–West–Konflikt abgelöst vom Krieg des kapitalistischen Nordens gegen die Mehrheit der Weltbevölkerung in den abhängig gehaltenen und wirtschaftlich ausgebeuteten Ländern. Das reiche Westeuropa einschließlich der "Groß–BRD" schottet sich gegen die Armutsbevölkerung aus der sogenannten 3.Welt ab und vereinheitlicht die rassistischen Ausländer– und Flüchtlingsgesetze.

Bald wird es auch einen neuen "Eisernen Vorhang" an der Oder–Neisse–Grenze gegen den Osten geben, der zunehmend zum Hinterhof Westeuropas wird. Teile der deutschen Bevölkerung halten Deutsch sein für eine besondere Leistung. An den Schaufenstern von Sex–Shops und Porno–

läden drücken sich jetzt auch Ost–Männer die Nasen platt und zeigen damit, daß sie unter Freiheit verstehen, Frauen zu Objekten ihrer verkorksten Abspritzsexualität zu machen.

Rassistische und nationalistische Tendenzen äußern sich offensichtlicher als in der Vergangenheit. Das offene Auftreten von Neonazis ist die militante Spitze des Eisbergs. Soweit die unerfreulichen Tatsachen. Wir bewegen uns unter veränderten Bedingungen. Aber daß unsere Feinde stärker geworden sind, heißt nicht automatisch, daß wir schwächer geworden sind.

Es wäre nicht das erste mal, daß wir den Herrschenden mit einer breiten Mobilisierung auf der Straße einen Strich durch ihre Pläne machen.

Startbahn, Wackersdorf, IWF, 1.Mai, ... es gab immer wieder Punkte,wo wir das Geschehen auf der Straße bestimmen konnten, mit Teilnahme und Unterstützung weit über unsere eigene Scene hinaus. Wir rechnen damit, daß es auch am 2.und 3.Oktober genug Leute gibt, die aus eigener Betroffenheit vom Rassismus mit uns auf der Straße sein werden.

Sinn und Unsinn von Aktivitäten gegen den deutschen Einheitsscheiß ist keine schwierige inhaltliche Frage. Welche sich mal vorstellt, was am 2.und 3.Oktober vor den versammelten Weltmedien hier zelebriert werden soll, wird sich auch vorstellen können, welche Bilder weltweit angesagt wären.

Wenn sich jetzt noch genug einklinken, sich was überlegen, schaffen wir mit einer kurzzeitigen Kraftanstrengung einen Knalleffekt mit internationalem Nachhall fürs Image der deutschen Völkermörder mit der weißen Weste.

Wir rufen alle, die sich in diesem Sinne angesprochen fühlen,aufnach Berlin zu kommen und auf unsere Weise mitzufeiern !

Lieber raus auf die Straße, als heim ins Reich !

Neben der internationalen und natonalen Schweineprominenz müssen wir in diesen Tagen auch mit einem verstärkten Auftreten von Neonazis rechnen, da es unter ihnen eine bundesweit Mobilisierung für den 3.Oktober nach Berlin gibt.

Außer der notwendigen Verteidigung von Häusern und Projekten gegen Angriffe liegt es ganz im Sinne unserer antidoitschen Feierlichkeiten, den Faschos offensiv zu begegnen und sie von den Straßen zu vertreiben.

Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft !
Trefft die Faschisten, wenn ihr sie schlagt !

Für den Wiederzusammenbruch !

Zum Ablauf

- In mehreren Stadtteilen in Ost un West gibts bereits ab Wochen– ende Infostellen.
- 2.Oktober: Aktionstag bzw. Aktionsnacht.
- 3.Oktober: Aktionstag und Demo

Adressen, Mobilisierungspunkte, –zeiten und Demoroute werden noch bekanntgegeben.

see you in the streets !

Hallo,

das Papier, das ihr gerade gelesen habt, (S. 4!) ist das Produkt einer Gruppe aus dem Berliner Treffen zum 3. Oktober.

Bei dem 1. Treffen am 11.September waren ne ganze Menge Leute aus beiden Teilen der Stadt und weiten Teilen des linksradikalen Widerstands.

(Subjektive) Zusammenfassung dieses Treffens

Der Zeitdruck (3 Wochen) lag auf der Hand, von daher wurde von Anfang an praktisch geredet.
Die folgenden Punkte wurden diskutiert, bzw. beschlossen:

-DEMO AM 3.10.
Demo als zentrale öffentliche Großaktion war zu Beginn umstritten, wurde teilweise alternativ zu "dezentralen" Aktionen gesehen. D.h. es schien fraglich, ob Zeit und Kräfte ausreichen, sowohl eine aufwendige Demo zu organisieren, als auch gut vorbereitete "dezentrale" Aktivitäten. Mit auschlaggebend zur Entscheidung für die Demo war Bedürfnis und Notwendigkeit eines zentralen Anlauf/Zielpunktes der Mobilisierung sowohl für Berlin als auch für die BRD/DDR (außerdem würde einfach etwas fehlen...). Genauerer Ort und Zeitpunkt sind noch nicht beschlossen worden...

-"DEZENTRALE" AKTIVITATEN SPÄTESTENS AB DEM 2.10.
Mit dezentralen Aktivitäten ist das politisch-praktische Angehen von Abläufen, Veranstaltungen, usw. der öffentlichen Feierlichkeiten gemeint. D.h. Punkte, wie zum Beispiel Galavorstellungen für die pigs, zu denen sie sich massenhaft beklatschen lassen wollen...

-JUBELNDE BEVÖLKERUNG/AKTIVBÜRGER
Da ist die Einschätzung unterschiedlich. Es werden ne Menge Leute auf den Straßen sein - die Feierlichkeiten sind teilweise mit "Volksfestcharakter" geplant - die zumindest in der Masse "angedeutscht" sein werden bis zur offenen Feindseligkeit gegen alles Undeutsche (also gegen uns dann sowieso). Gegen die Hauptströmung anzuschwimmen wird nervenaufreibend sein und auch nen klaren Kopf erfordern.

-FASCHOS
Nach den vorliegenden Informationen, plant die "Nationale Alternative" einen "Massenaufmarsch" vom Alexanderplatz in Ostberlin am 3.10. um 18 Uhr. Die ursprünglichen Planungen eines Ostberliner Vorbereitungskreises aus dem Bereich der besetzten Häuser sahen deshalb eine Demo zu dem Zeitpunkt dort vor, um die befürchteten Angriffe der Faschos gegen die Häuser schon im Vorfeld abzublocken.
Das sieht für das gesamtberliner Treffen so nicht mehr aus. Als Idee dazu gabs z.B. die Vorstellung einer politisch/praktischen "Dauerpräsenz" von uns auf dem Alexanderplatzes ab den Tagen zuvor. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zum Bullenverhalten an dem Tag gegenüber einem spektakulären Faschoaufmarsch, sowie zur Richtigkeit/Notwendigkeit an dem Tag schwerpunktmäßig die Faschos anzugehen. Fest steht allerdings, daß sich alle auf die Situation einstellen müssen, daß die Faschobanden in den letzten Monaten zu nem fetten Problem geworden sind, und wir neben jedem/jeder AusländerIn ihr Hauptangriffsziel sind.

-INFOSTELLEN
sind - ähnlich wie zu den IWF-Aktionstagen in Westberlin (Sept.88), wenn auch anders dimensioniert - geplant.

-BUNDESWEITE (INTERNATIONALE) MOBILISIERUNG
Die meisten von uns halten es für richtig, sich in den Tagen zentral hier in Berlin zu versammeln, anstatt sich regional zu verzetteln.

Keinen Fußbreit dem westdeutschen Imperialismus
Für die antiimperialistische Solidarität mit den ausgebeuteten Menschen und Völkern der Welt

Demonstration gegen die Einverleibung der DDR für ein selbstbestimmtes Leben

29.9.1990 um 5 vor 12, Mehringplatz Berlin West

Aufruf zu einem internationalistischen autonomen Frauenblock gegen Patriarchat und Kapital

westberliner Frauen- und Lesbenzusammenhänge

Am 29. September, 5 vor 12, findet in Berlin (west und ost) eine überregionale Demonstration gegen den Paragraphen 218 und die Folgen des Anschlusses der DDR an die BRD statt. Die Demonstration wurde initiiert von Unabhängigen Frauenverband (DDR), 218-Koordination und "Frauen begehren Selbstbestimmung" (BRD) und wird unterstützt von einem breiten Spektrum von Parteien, autonomen Frauengruppen und Gewerkschaftlerinnen.

Wir rufen auf zu einem internationalistischen Frauenblock in dieser Demo,

- weil wir die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 wollen

- weil wir mit vielen Frauen unterschiedlicher Position unsere Forderungen auf die Straße tragen und sie nicht wahltaktischer Programmatik überlassen wollen

- weil wir in dem Anschluß der DDR an die BRD eine Erweiterung der Großmachtpolitik der in der BRD Herrschenden sehen. Die unsozialen Folgen sind nur deren Konsequenz.

Wir wollen einen internationalistischen Frauenblock, weil der Paragraph 218 Teil der rassistischen Bevölkerungspolitik ist und Frauenbefreiung nur weltweit möglich ist. Gerade jetzt ist es notwendiger denn je, der nationalistischen Politik einen internationalistischen Frauenkampf entgegenzusetzen.

Wir wollen einen autonomen Frauenblock, weil Männer und Frauen im patriarchalen Machtgefüge eine unterschiedliche Position haben und deshalb der Kampf dagegen eine unterschiedliche Form annehmen muß.

Warum ein autonomer Frauenblock?

In Gesellschaften wie der BRD und der DDR, in denen Frauenausbeutung und Unterdrückung alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchziehen und gestalten, gibt es unterschiedliche Interessen von Frauen und Männern. Vom patriarchalen Herrschaftsverhältnis profitieren nicht nur Wirtschaft und Staat, sondern auch der einzelne Mann. Im Kampf gegen diese Herrschaft gewinnen Frauen Eigenständigkeit und Stärke, Männer dagegen müssen Macht und Privilegien abgeben.

Das wird auch deutlich im Kampf gegen den §218. Wir Frauen kämpfen für das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper, Männner dagegen (sei es Politiker, Ärzte, Ehemänner oder Liebhaber) müssen das Bestimmungsrecht über den Körper der Frau aufgeben.

Wieviele Männer sind z.B. für die Freigabe der Abtreibung aus Gründen, die nicht unsere sind/oder setzen Frauen unter Druck, eine Schwangerschaft abzubrechen.

Ungewollte Schwangerschaften sind oft das Ergebnis ungewollter Sexualität. Von Kindesbeinen an sind wir darauf ausgerichtet worden, nur eine Form der Sexualität als "natürlich" zu akzeptieren: die heterosexuelle "Liebe" als Penetration.

Als vor Jahren die Frauenbewegung in der BRD das Thema Sexualität entdeckte, kam es bei den meisten Frauen zu unerwarteten Aha-Effekten. Aus den gemeinsamen Diskussionen heraus wurde öffentlich gemacht, was bis dahin als peinliches Privatproblem jeder einzelnen galt: Die herrschenden Sexualpraktiken trampeln über die Bedürfnisse von Frauen hinweg; Männer setzen oft mehr oder weniger gewaltsam ihre Vorstellung von Sexualität gegen heterosexuell lebende Frauen durch. Sie sind durchsetzt und geprägt von Machtphantasien und Machtdemonstrationen. Auch hier erwies sich, daß Machtverhältnisse nicht vor dem scheinbar privaten Bereich halt machen.

Kein Mann, keine Regierung darf sich anmaßen, über Abtreibungsfreiheit zu bestimmen! Männer haben einzig und allein das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper zu respektieren. Der einzige Beitrag von Männern zur "Abtreibungsfrage" kann unserer Meinung nach nur die grundsätzliche Infragestellung der eigenen Sexualität und der Form der Verhütung sein.

Aus den unterschiedlichen Positionen von Männern und Frauen im patriarchalen Machtgefüge folgt für uns, daß auch der Kampf dagegen eine unterschiedliche Form annehmen muß.

Unsere Konsequenz ist, daß wir uns als Frauen autonom organisieren. Unterschiedliche Interessen von Männern und Frauen und die Grenzen, die sich daraus ergeben, sind aber nur das eine. Das Wesentliche für uns ist, daß Frauen eine neue Dimension von Selbstachtung und Stärke gewinnen, wenn wir die herrschenden Werte, die Frauen über ihre Beziehung zu Männern definieren, radikal ablehnen, ein neues Selbstverständnis entwickeln und unsere Beziehungen untereinander neu bestimmen.

Frauen ohne Männer werden als unglücklich, unweiblich, sitzengeblieben, unvollständig oder, besonders wenn sie Frauen lieben, als krank definiert. Das Leben von Frauen ohne Kind wird als unausgefüllt, unwert und verantwortungslos abgewertet. Das ist kein rückständiges Vorurteil, nicht nur eine Frage unaufgeklärten Bewußtseins, sondern eine Frage von Macht und Machtkontrolle.

Die bestehende Gesellschaftsordnung baut darauf auf, daß Frauen für Männer arbeiten, daß Frauen Kinder aufziehen.

Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Krankenschwestern- und Altenpflegearbeit und nicht zuletzt die Arbeit, einen von der Lohnarbeit erschöpften Ehemann emotional, physisch und sexuell wieder aufzupäppeln - das alles soll unser Job sein, den wir bitte schön aus Liebe und ohne uns zu beschweren erledigen sollen. Schön sein lieb sein Zähne zusammenbeißen - es gibt keinen Mann, der nicht im Laufe seines Lebens profitiert hätte von dieser typischen Frauenarbeit, von all den antrainierten weiblichen Eigenschaften!

... so brauch ich Gewalt!

Um Frauen in diese von Männern für sie bestimmten Rollen zu zwängen, werden sie mit einem Netz von physischer und psychischer Gewalt überzogen.

Immer wieder - quer durch alle Schichten - werden Frauen von Ehemännern, Vätern, Brüdern geschlagen, vergewaltigt und umgebracht.

Es gehört zum Wesen von Unterdrückung und Ausbeutung, daß ein Herrschaftsanspruch immer wieder neu manifestiert wird.

Anlaß dafür müssen nicht offensichtlicher Widerstand oder Ausbruchversuche sein. In diesem System werden alle Frauen zu möglichen Rebellinnen und Ausbrecherinnen und werden daher ständig mit der möglichen Gewalt von Männern konfrontiert.

Ein ähnliches Muster steckt hinter der Diskriminierung von Lesben: Diskriminierung von Lesben meint alle Frauen, denn: je weiter eine Frau sich vom "Zentrum" Mann entfernt, je deutlicher sie z.B. sich selbst oder Freundinnen in den Mittelpunkt stellt, desto größer die Wahrscheinlichkeit angegriffen zu werden. Gewalt hat dabei auch immer die Funktion, daß Männer sich ihre soziale Identität bestätigen, die sich durch die vermeintliche Überlegenheit und Verfügung über alle Frauen herstellt.

Die Interessen der Männer treffen sich aufs günstigste mit dem Interesse des kapitalistischen Staates:

Ein ganzer Bereich unabdingbarer, gesellschaftlich nützlicher Arbeit braucht nicht bezahlt werden. Männliche Arbeitskraft wird kostenlos reproduziert, das "verbilligt" den Männerlohn. Frauen als Lohnarbeiterinnen sind fast immer "billiger", weil sie in der Logik der sexistischen Arbeitsteilung bloß Zuverdienerinnen sind.

Die klassischen Arbeitsplätze von deutschen Frauen (wie auch die der meisten nichtweißen/-westeuropäischen ArbeitsimmigrantInnen) sind die klassischen Niedriglohnplätze. Solange das gilt, sind Entlassungen von Frauen "sozialverträglicher" und je nach Konjunkturlage einsetzbar. In Krisenzeiten wird versucht, die eingesparte Sozialarbeit, Altenarbeit, Krankenpflege und die öffentliche Kinderversorgung Frauen zuzuschieben.

Diese Prinzipien werden im übrigen Frauen aus der DDR so neu nicht scheinen. In der Tat hatte auch das Gebäude des real existierenden Sozialismus ein solides Fundament in unbezahlter Frauenarbeit!

Mit staatlicher Kinderversorgung beispielsweise mag aus idealistischen Gründen begonnen worden sein - fest steht, daß die Wirtschaft auf breite Lohnarbeit von Frauen angewiesen war. An der "privaten" Mehrarbeit von Frauen hat sich kaum etwas geändert.

Die aktuellen Massenentlassungen treffen zuerst und überproportional deutsche Arbeiterinnen und ArbeitsimmigrantInnen. Und das ist eben keine "verfehlte" Politik der ein oder anderen Partei, sondern gehört zum strukturellen Arsenal kapitalistischer Wirtschaftspolitik! Wenn jetzt Sozialleistungen aller Art verstärkt auf Frauen zurückfallen, ist das nicht eine "unsoziale Folge" des Anschlusses, sondern seine notwendige Bedingung!

Für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218!

Alle Ansätze zur Differenzierung, Relativierung und Ersetzung des § 218 waren staatliche und männliche Kontrolle in neuem Gewand. Sie alle haben lediglich die Frauen vereinzelt den jeweiligen Auslegungen von Ärzten und Richtern ausgeliefert, die sich je nach Kräfteverhältnis gegen die Frauen richteten oder mal "duldeten".

Die Prozesse in Memmingen sind ein letztes Beispiel dafür, wie schlecht das Kräfteverhältnis diesbezüglich für uns aussieht.

Dies läßt sich nicht durch diverse Klempnereien am § ändern, sondern sich nur durch den Druck der Frauen für die ersatzlose Streichung des 218 lösen.

Der § 218 wurde geschaffen, um ein wichtiges staatliches Instrument zur Kontrolle der Gebärfähigkeit von Frauen zu haben. Der § 218 meint alle Frauen. Er betrifft sie aber unterschiedlich je nach sozialer Position und Herkunft.

Weg mit der rassistischen Bevölkerungspolitik!

"Mindestens jedes 5.Kind wird hierzulande vor der Geburt getötet. Markieren die Toten-Städte schon den Anfang vom Ende eines sterbenden Volkes?" (Initiative Wähle das Leben)

Es sind noch relativ wenig AbtreibungsgegnerInnen, die so offen nationalistisch gegen Abtreibung zu Felde ziehen. Trotzdem ist es offensichtlich, daß die Bevölkerungspolitik in der BRD auf der Grundlage von eugenischer und rassistischer Auslese beruht.

Zwar trifft der § 218 auf alle Frauen zu, doch sollen z. B. nichtwesteuropäische Frauen durch Aufenthaltsbestimmungen am Kinderkriegen gehindert werden. Im neuen AusländerInnengesetz wird z.B. von ihnen verlangt, daß sie, wenn sie Kinder haben oder bekommen wollen, für jedes Kind 12 qm Wohnraum nachweisen.

Ist ihnen das nicht möglich, so kann das ein Ausweisungsgrund sein und bei dem bestehenden akuten Wohnraummangel und den ständig steigenden Mieten ist das in vielen Fällen nicht möglich.

Behinderte Frauen und Frauen, die in die Mühle von Sozialämtern und Psychiatrie geraten sind, sollen auch möglichst keine Kinder kriegen. Sie werden in humangenetischen Zwangsberatungen unter Druck gesetzt, in den Psychiatrien und Heimen gibt es nach wie vor Zwangssterilisationen.

In der DDR war und ist Rassismus auch Teil staatlicher Politik.

So wurde z. B. der Kontakt zwischen ArbeitsimmigrantInnen aus Mosambique oder Vietnam zu DDR-BürgerInnen staatlich reglementiert. Bei den Frauen war eine Schwangerschaft unerwünscht und ein Ausweisungsgrund.

Die nationalistische Propaganda vom Überaltern oder Aussterben des "deutschen Volkes" auf der einen Seite entspricht dem Mythos der Überbevölkerung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas auf der anderen. Obwohl in den meisten kapitalistischen Industrienationen die Bevölkerungsdichte höher ist als in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, soll ausgerechnet die Bevölkerungszahl dort der Grund für Hunger und Elend sein.

Dabei wäre es in den wenigsten Ländern ein Problem, die gesamte Bevölkerung zu ernähren, müßten nicht Konsumgüter wie Kaffee und Kakao für den Export angebaut werden, wo Nahrungsmittel für die Bevölkerung wachsen könnten.

In den abhängig gehaltenen Ländern der "Dritten Welt" hat Bevölkerungspolitik das Ziel zu entvölkern: Alle, für die in der Erwirtschaftung von Profiten keine Verwendung ist, gelten als überflüssig: überflüssige EsserInnen, RohstoffverbraucherInnen und Unruhepotential.

Dort wird Bevölkerungspolitik betrieben durch Beimischung sterilisierender Substanzen ins Trinkwasser, durch Sterilisationen nach Geburten oder Schwangerschaftsabbrüchen ohne das Wissen der Frauen (Bevölkerungspolitikprogramme der IPPF z.B. in Mexiko, Puerto Rico und Guatemala).

Jetzt, wo Osteuropa als Hinterhaus des "Europäischen Hauses" vom internationalen Kapital (allen voran der BRD) erschlossen wird, verschiebt und polarisiert sich das weltweite Hierarchiegefälle.

Ganze Länder werden zu "überflüssiger" Bevölkerung. Vor allem in den völlig ausgeplünderten und im wahrsten Sinne des Wortes verwüsteten Ländern Afrikas hinterläßt der Imperialismus einen Müllhaufen, auf dem es nur noch den Hungertod gibt.

Die weltweite Be- bzw. Entvölkerungspolitik heißt für die weißen Frauen Abtreibungsverbot, für die anderen Frauen Sterilisation und für ganze Bevölkerungsteile oder Völker Vernichtung durch Hunger.

Der § 218 ist daher nur ein Teil der rassistischen Bevölkerungspolitik.

"Ich bin nicht frei, solange noch eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Fesseln trägt als ich.

Ich bin nicht frei, solange noch ein einziger farbiger Mensch in Ketten liegt. Und solange seid auch ihr nicht frei." (Audre Lorde, US-amerikanische schwarze Feministin)

Deshalb rufen wir auf zu einem internationalistischen Frauenblock!

Für ein befreites, selbstbestimmtes Leben

Selbstbestimmung ist nicht aufteilbar in Teilbereiche unseres Lebens. Das geht zum einen nicht, denn das System von Frauenverachtung, -ausbeutung und -unterdrückung ist ja eben nicht die Marotte eines Chefs, der Sekretärinnen sexuell belästigt, ist nicht die Rückständigkeit bestimmter Firmen, Niedriglohnplätze zu schaffen und sie ausschließlich mit Frauen zu besetzen, ist nicht die besondere Agressivität von bestimmten Männern, die Frauen vergewaltigen.

Aufsplitterung in Teilbereiche heißt zu leugnen, daß Frauenunterdrückung ein Grundprinzip dieser und anderer Gesellschaften ist, das alle Bereiche des Lebens durchdringt, und keine Unterabteilung der "sozialen Fragen" ist, nicht "Die Frauenfrage".

Das ist allen Verdrängungen zum Trotz für jede alltäglich spürbar.

Oder wie fühlt sich eine, die gerade ein Nachttaxi durchgekämpft hat und dann zuhause von ihrem Mann angegriffen wird? Wie fühlt sich eine, die sich in ihren vier Wänden Freiräume erkämpft hat und auf der Arbeit von ihrem Chef belästigt wird? Wie fühlt sich eine, die in Betriebskämpfen Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen durchgesetzt hat, aber keine Wohnung findet, weil sie alleinerziehende türkische Mutter ist?

Aufsplitterung oder überhaupt die Möglichkeit dazu ist auch eine Frage von Privilegien. Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in der gesellschaftlichen Hierarchie setzen z. B. bestimmte Privilegien voraus. Die gesellschaftliche Hierarchie wird allein durch das Aufsteigen von Frauen nicht angetastet. Einige wenige steigen auf, die vielen anderen bleiben unten.

Die Vorstellungen und Inhalte von Selbstbestimmung sind immer Ausdruck der jeweiligen Lage, Situation und Möglichkeiten. Aber Selbstbestimmung ist nicht ver- und aufteilbar unter Frauen.

Erst wo wir alle befreit sind, ist auch jede einzelne Frau befreit und kann sich selbst bestimmen.

Dabei können wir Frauenunterdrückung und -ausbeutung nicht losgelöst sehen von allen anderen Herrschaftsverhältnissen. Sie sind miteinander verzahnt, bedingen sich gegenseitig und sind auch nur als Ganzes begriffen zu bekämpfen.

Hören wir auf, für das Ziel, die Utopie von einer weltweiten und gänzlichen Frauenbefreiung, zu kämpfen, können Teilerfolge umkippen zu einem Privileg für bestimmte Frauen eines Landes oder schon vorhandene Privilegien fortschreiben; Privilegien sind Reichtum, Bildung, weiße Hautfarbe, Gesundheit (oder was hier so genannt wird).

Verkleistern, ignorieren oder akzeptieren wir stillschweigend und gewollt diese Privilegien, bleibt unser Kampf begrenzt und wir Frauen gespalten.

Wir können vielleicht einzeln oder an einigen Punkten unsere Spielräume erweitern, solange aber das, was wir an Unterdrückung für uns verändern für andere bestehen bleibt, kann sie jederzeit auf uns zurückschlagen.

Für eine autonome Selbstorganisierung von Frauen

Um sich dem Ziel einer weltweiten Frauenbefreiung zu nähern, gibt es bestimmt viele Wege. Unserer, den wir natürlich für den richtigen halten, heißt autonome Frauenorganisierung, autonomer Frauenkampf, Frauenmacht gegen patriarchale Struktur und Gewalt, Aufbau und Vernetzung von Frauenstrukturen.

Wir denken, daß die wirkliche Stärke einer Organisierung auf der umfassenden Revolutionierung aller sozialen Beziehungen beruht, von denen die ökonomischen nur ein Teil sind. Eine Organisierung ist nur so stark, wie alle an ihr beteiligten sie

selber in die Hand nehmen und vorantreiben. Darin kann es keine Vertretung oder Delegation geben, wie dies in Parteien der Fall ist.

Wenn der von uns organisierte Druck, z.B. Gesetzesveränderungen erreicht, schafft das eine Verbesserung unserer Bedingungen im Kampf um Befreiung. Aber erst, wenn wir permanent eine tatsächliche Verschiebung in den Kräfteverhältnissen erreichen, wird der notwendige Druck für eine Veränderung im gesellschaftlichen Bewußtsein entstehen. Was jede einzelne Frau sich an Raum im Alltag erkämpft, hängt unmittelbar davon ab, wie wir uns organisieren und so Realitäten schaffen.

So kann z.B. ein Ansatz, gegen Vergewaltigung auf der Straße vorzugehen, die Stadtteilorganisierung sein.

Frauen tun sich in ihren Wohngebieten zusammen und brechen so die Anonymität und Vereinzelung. Diese Strukturen können Schutz, Stärke und Rückhalt untereinander schaffen.

Frauen können sich breit auf der Straße machen, so daß es Männern immer schwerer gemacht wird, Frauen anzugreifen.

Wenn Männer es mit vielen Frauen zu tun haben, die zurückschlagen, können wir mehr erreichen, als jedes noch dazu fragwürdige Gesetz gegen Vergewaltigung erreichen kann.

Beispiele für den ungeheuren Nutzen des Ungeheuers autonome Frauenorganisierung gibt es viele und es gibt immer mehr, je mehr Frauen sich in allen Lebensbereichen organisieren.



Gegen die kapitalistische Großmacht Deutschland

Am 3. Oktober wird die DDR endgültig heim ins Reich der freien und sozialen Marktwirtschaft geholt. Die Folgen der kapitalistischen Umstrukturierung der DDR-Gesellschaft: Arbeitslosigkeit, Konkurrenz, Armut und soziale Unsicherheiten werden weiter zunehmen.

Die, die das jetzt schon am stärksten betrifft, sind ArbeitsimmigrantInnen, die abgeschoben werden, Flüchtlinge, vor denen immer mehr die Schotten dichtgemacht werden und die Festigung der Grenzen zu Ländern wie Polen und der CSFR.

Die Härte der staatlichen Ausgrenzungen gegenüber ausländischen Frauen und Männern haben ihre Entsprechung in massiver Gewalt auf der Straße. Rassistische Überfälle auf farbige Deutsche und AusländerInnen bis hin zum Mord sind keine Ausnahmefälle, sondern gehören bereits zur Tagesordnung.

Die Parteien von CDU über SPD, Grüne bis PDS rackern sich ab, dem Kapitalismus ein ökologisches, soziales, multikulturelles und sogar feministisches Gesicht zu geben. Ihre Verrenkungen im Eiertanz auf dem Weg der "sozialen Marktwirtschaft" geben dabei ein merkwürdiges Bild ab.

Was die eine Hand behauptet geben zu können: soziale Absicherung, Wohlstand, Freiheit und Frieden für alle, muß die andere nehmen, denn ohne Aussicht auf Profite gibt es keine Arbeitsplätze, ohne Investitionen gibt es nichts zu verteilen und das Kapital will angereizt werden durch ein "investitionsgünstiges Klima": niedrige Löhne, Arbeitskräfte, die nach den Prinzipien von Konkurrenz und Rationalisierung herumgeschoben werden können, maximale Gewinne, soziale und politische Kontrolle von möglichem und vorhandenem Widerstand und die Abwälzung der "sozialen Kosten" auf Frauen, die außerdem zusammen mit ArbeitsmigrantInnen als industrielle Reservearmee zur Verfügung stehen sollen.

Wir halten fest an der radikal-feministischen Perspektive, daß das gesamte System imperialistisch-kapitalistisch patriarchaler Herrschaft unauflösbar zusammenhängt und nicht durch kleinere oder größere Veränderungen reformierbar ist.

Wir bleiben dabei:

Was von Menschen gemacht wird, kann auch von uns verändert werden!

Wir bekämpfen die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen durch die patriarchale Dreifaltigkeit von Wirtschaft, Staat und einzelnem Mann

Wir lehnen einen Wohlstand ab, der sich aus der Ausplünderung ganzer Völker und Kontinente speist

Wir lassen uns nicht befrieden in Verteilungskämpfen, in denen Deutsche und AusländerInnnen, Ost- und Westdeutsche gegeneinander ausgespielt werden

Wir kämpfen nach wie vor und jetzt erst recht nicht um die Verteilung von ein paar Rosinen, sondern um den ganzen Kuchen, um die ganze Bäckerei und alles, was dazu gehört, um endlich selbst von unten bestimmen zu können, wie wir leben wollen.

Deshalb rufen wir auf zu einem autonomen internationalistischen Frauenblock gegen Kapital und Patriarchat

Für die ersatzlose Streichung des § 218!

Weg mit dem Ausländergesetz

Gegen ein neues Großdeutschland

Für einen starken internationalen Frauenkampf

KRIEGSDIENST IN EHEMALS WEST BERLIN



Eigentlich sollte dies ein längeres inhaltliches Papier werden, aba....(kennt ihr ja wohl alle). Der Anschluß der DDR wird von der politischen Klasse derart schnell und derart folgenreich durchgezogen, daß es schon schwer genug ist, die Vielzahl ihrer Angriffe und deren Perspektive überhaupt wahrzunehmen, geschweige denn, dagegen handlungsfähig zu werden über unser einfaches da-sein und das, was mensch sowieso macht, hinaus. Weil es uns genau so geht, versuchen wir, die aktuelle Entwicklung wenigstens so halbwegs zu vermitteln und zu kommentieren; die Zeit drängt: (die dazwischen-layouteten Passagen sind aus der "Berliner Antimilitaristischen Erklärung der Westberliner ASten vom Juli; eine abgehobenere Überschrift als die folgende fiel uns nicht ein:)

KRIEGSDIENSTPFLICHT, KRISE, ARBEITSDIENST, FASCHISTISCHE OPTION UND IMPERIALISMUS

Mit dem Rückzug der Alliierten aus Berlin (West) wird die großdeutsche Bundeswehr kommen; seit der Nazi-Wehrmacht die ersten deutschen Truppen hier. Tausende Berliner Schüler, Jugendliche und Auszubildende werden "normal" erfaßt und einberufen; Tausende von Kriegsdienstflüchtlingen können nun zum Dienst gezwungen werden!
Die Einführung der Kriegsdienstpflicht 1935 durch die Nazis hat den Zweiten Weltkrieg vorbereitet. Die Einführung der Kriegsdienstpflicht 1956 unter Konrad Adenauer manifestierte die Frontstellung der BRD im Konzept des "Kalten Krieges" der NATO. Die Einführung des Kriegsdienstes 1991 in Berlin (West) wird den "Beitritt" der DDR zur BRD vollenden.
Wir sprechen dem Staat das Recht ab, "seine" BürgerInnen zu Zwangsdiensten heranzuziehen, weder als GefangeneR, noch als SozialhilfeempfängerIn, auch nicht als Mann zu Kriegsdiensten oder als Frau zu Sozialdiensten. Zwangsdienste sind ein Mittel der Unterdrückung und mißachten das fundamentale Grundrecht auf Selbstbestimmung.

Am 16. Juli konnten sich die Strategen des sog. Verteidigungsmisteriums die Hände reiben, denn Kohl hatte mit Gorbatschov ausgedealt: großdeutsche Bundeswehr. Klarheit auch darüber, daß diese nach Westberlin kommt, in dem für BRD-Staatsangehörige eine Kriegsdienstpflicht nur insoweit existierte, als daß westdeutsche Totalverweigerer in westdeutsche Knäste ausgeliefert wurden.

Militärfrei war auch das sog. entmilitarisierte Berlin nie: hier wurde und wird Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion betrieben, hier sind über 12.000 westalliierte Militärs stationiert, hier gibt es vier "fighting cities" (in denen nicht nur die alliierten Militärs, sondern auch westberliner Bullen den militärischen Straßenkampf gegen "Aufständische" trainieren), hier stehen zentrale militärische Überwachungsapparate, und zwar sowohl solche, die gegen die hier lebende Bevölkerung eingesetzt werden (Post und Telefon), als auch Horchposten in Richtung Warschauer Vertragsstaaten. Mit dem Abzug der Alliierten in den nächsten Jahren bleiben diese Einrichtungen der Nachlaß, der Berlin eigentlich zur Hauptstadt prädestiniert.
Hinzu kommen nicht nur 20.000, zu großen Teilen paramilitärisch organisierte Westberliner Bullen, sondern nun auch die militärischen Infrastrukturen der DDR. Bereits seit den letzten beiden Augustwochen befindet sich ein Stab von Bundeswehr-Offizieren in der NVA-Kaserne in Strausberg, der die Übernahme der NVA vollzieht. Zwischen dem 3. und 10. September wurden zwei Kolonnen größerer Bundeswehr-LKWs (je ca. 10 Fahrzeuge) beobachtet, die nachts auf den ehemaligen Transit-Autobahnen Richtung Berlin fuhren. Zwischen dem 10. und 16. September fuhren Bundeswehr-Autos in Westberlin rum.
Wen interessiert es noch, daß dieser EINMARSCH völkerrechtswidrig ist, nämlich: eine Kriegshandlung darstellt, ist doch der Anschluß für den 3.10. bereits sanktioniert.

(Derzeitige) Westberliner will das sog. Verteidigungsministerium erst ab Anfang 1992 zu dem einen oder anderen Kriegsdienst heranziehen. Das ist kein zeitlicher Aufschub, wie es in der gesamten Presse von BZ bis taz dargestellt wurde. Der Aufbau der großdeutschen Bundeswehr-Verwaltung auch im dann ehemaligen Westberlin wird Anfang Oktober beginnen (Planungsstäbe arbeiten daran lt. MoPo bereits seit Monaten); wir rechnen damit, daß die sog. "Wehrerfassung" durch die neuen "Kreiswehrersatzämter" spätestens ab Frühsommer 91 anläuft, daß die ersten "Musterungen" dann stattfinden. Habt Ihr schon mal darüber nachgedacht, sowas zu boykottieren?
Betroffen von der "Wehrerfassung" (die auch den "zivilen" Kriegsdienst umfaßt) sind alle Männer mit Westberliner (und "natürlich" BRD oder auch DDR-) Ausweis, die noch nicht 28 sind. Diese Altersgrenze verlängert sich bei denen, die aus Westdeutschland nach hier gezogen sind, ohne vom "Kreiswehrersatzamt"

"Wehrpflicht"

Auch der Ersatzdienst (sog. "Zivildienst") ist ein Kriegsdienst. Dies ist in Artikel 12 a des Grundgesetzes festgelegt. Der Kriegsdienst ohne Waffe wird legitimiert durch den Kriegsdienst mit der Waffe und umgekehrt. Erst durch den Ersatzdienst wurde die Wiedereinführung des Kriegsdienstes nach dem Krieg des deutschen Faschismus möglich. (siehe Art.4/3 Grundgesetz) Der Ersatzdienst ist die Stütze der Kriegsdienstpflicht.

Frauen und Kriegsdienste

Es ist keine soziale Errungenschaft, daß Frauen z.Zt. vom aktiven Kriegsdienst ausgeschlossen sind. Frauen sind längst durch den Grundgesetzartikel 12 a, Abs. 4 und durch das Katastrophenschutzgesetz für den Kriegsfall mit eingeplant, sie werden bei sozialen Tätigkeiten durchs Arbeitsamt erfasst, müssen sich bei Ableistung von Schwesternhelferinnenkursen gar im Vorhinein schriftlich verpflichten, im "Verteidigungsfall" zur Verfügung zu stehen. Heute schon leisten viele Frauen unterbezahlte soziale Dienste, (z.B. in Kitas und im Kranken- und Altenpflegebereich), im "Verteidigungsfall" wird einfach über sie verfügt. Die Weigerung von Frauen ist schlichtweg nicht vorgesehen und die Diskussion über die Einführung eines Dienstjahres für Frauen noch immer nicht vom Tisch.

eine "Genehmigung zum Verlassen des Geltungsbereichs des Wehrpflichtgesetzes" bekommen zu haben, auf 32, bei Medizinstudis grundsätzlich auf 35! Der Vorschlag (!!) des rot-grünen Senats, ab dem 3. Oktober erst mal nur die Westberliner der Kriegsdienstpflicht zu unterwerfen, die dann 17 und jünger sind, geistert durch viele Köpfe als durchgesetzt: dies ist falsch! Der Vorschlag hat nicht mal den Hauch einer Chance, in Bundestag und Bundesrat durchgesetzt zu werden. Die einigen AL-ParlamentarierInnen, die ihn innerhalb des rot-grünen Senats "durchgesetzt" haben, haben in Diskussionen zugegeben, daß sie selbst dies nie anders gesehen haben. Der rot-grüne Senat hat mit diesem Vorschlag lediglich festgestellt: a) Kriegsdienst (und Kriegsdienstpflicht und Bundeswehr und Manöver und Rekrutenvereidigung auch hier) muß sein und b) haben sie mit dieser Nebelwerfaktion ihren Wahlkampf eröffnet (klassisch: ein Wählerpotential versucht einzukaufen). -Nebenbei: "Frieden" ist einer von zwei Schwerpunkten in der Wahlkampfplanung der AL.

Die Bundesregierung hat via MoPo verlautbaren lassen, daß sie allein in Westberlin ein "Potential von 200.000 Wehrpflichtigen und 40.000 Wehrflüchtigen ausschöpfen" will. Trotz Verkürzung der Kriegsdienstzeiten auf 12 bzw. 15 Monate ist uns rein rechnerisch nicht klar, wie dies zu vereinbaren ist mit der durch internationale Verträge festgelegten Höchstzahl von 370.000 Mann in der gesamten großdeutschen Armee. Aber das ist auch nicht unser Problem. Wie deren Rechnung nämlich doch aufgehen kann, und welche perspektivische Planung dahintersteht, wird tendenziell deutlich an den Äußerungen des Bundeswehrgenerals Schmückle vom 1.9. (allein das Datum ist so unverschämt und bezeichnend gewählt wie die aktuelle Eigenwerbung der Bundeswehr mit dem Guernica-Bild von Picasso). Schmückle hat angesichts der "Vereinigung" eine umfassende Umstrukturierung der Bundeswehr gefordert: a) ein Drittel der großdeutschen Armee solle als **"Schnelle Eingreiftruppe"** für Einsätze **außerhalb** des NATO-Gebiets ausgebaut werden.
Diese Diskussion ist nicht neu: westliche Militärs denken seit Jahren -ausgehend von den Strategien der "Low-Intensity-Warfare" darüber nach, Teile der gemeinsamen Militärpotentiale zu hochmobilen "Eingreiftruppen" gegen die Bevölkerungen des Trikonts umzuwandeln. Mit dem Sieg des Westens im Kalten Krieg tritt die Nord-Süd-Auseinandersetzung in den Vordergrund (auch wenn die westl. Sieg-Perspektiven Richtung SU weiterreichen); der Imperialismus organisiert sich erneut in Großräumen; die Weltpolizisten-Rolle der USA wird delegiert bzw. geteilt. Anhand des Irak-Konflikts wird diese Strategie derzeit erstmals durchgesetzt: drei Milliarden für den Golfkrieg, Kohl für großdeutsche UN-Truppen und BRD als ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrats sind nur der Anfang.

b) gerade Kriegsdienstpflichtige (der Bundeswehr, nicht ZDler!) seien vermehrt schwerpunktmäßig im **Umweltschutzbereich** einzusetzen.
Daß damit ein Bock zum Gärtner gemacht wird, dürfte auf der Hand liegen; daß hier der großdeutschen Armee eine Legitimation ihrer Existenz geschaffen werden soll, nachdem das Feindbild der bösen Kommi's nur noch gegen den "inneren" linksradikalen Feind einsetzbar ist, dürfte ebenso klar sein.
Zu registrieren ist auch, daß ein Militär mit so einer populistischen Forderung sich nie hätte aus dem Fenster hängen können, wenn es der politischen Klasse (unter Mithilfe vieler "Linker") nicht gelungen wäre, den "Ökologie"-Begriff als "Gattungs-" und "Überlebensfrage" von jedweder sozialen Konfliktualität abzukoppeln. Aus diesem Blickwinkel läßt sich der politische Kern des Schmückle-Vorschlags herausschälen, nämlich in einem "sinnvollen" Bereich einen Arbeitszwang durchzusetzen, der auf "Wehrsold"-Niveau (7.-DM pro Tag) extreme Ausbeutung garantiert und darüberhinaus unter direktem militärischen Kommando steht! Diesen Keynesianismus der Krise (im neoliberalen Anschluß-Prozeß) bezeichnen wir als offen faschistisch! Ein solcher Arbeitsdienst hätte die gleiche ökonomische und disziplinierende Funktion wie der "Reichsarbeitsdienst" des NS-Faschismus; ein groß-deutsches "Wirtschaftswunder" braucht ebendiese faschistische Option.
c) Konsequenterweise hat Schmückle dann auch darüberhinaus vorgeschlagen, eine **allgemeine Dienstpflicht für Frauen** einzuführen. Diese Tendenz ist im "Spiegel" vom 10.9. als Titelgeschichte aufgegriffen worden. Da wegen der Verkürzung des zivilen Kriegsdienstes der "Pflegenotstand" nun noch weniger durch den Arbeitseinsatz von ZDlern zu kaschieren sei, sondern nun unmittelbar der "Zusammenbruch" drohe, sei über ein **"allgemeines Pflichtjahr für alle jungen Deutschen, auch für Frauen"** nachzudenken: die als kapitalistischer Angriff von oben selbstproduzierte Krise wird benutzt, um eine völlige soziale Neuordnung gegen alle Widerständigkeiten durchzudrücken. Die sich im Bereich der Krankenhäuser zur Wehr setzenden werden marginalisiert von einer ganzen Armee "junger Deutscher", die doch alle nur Gutes tun wollen und in der neuen Sozialisationsagentur Großdeutschlands namens "Arbeitsdienst" auch genau darauf genormt werden. Angesichts der "Lage" findet der Arbeitsdienst-Vorschlag denn auch in allen Fraktionen der politischen Klasse der (Groß-)BRD UnterstützerInnen (Todenhöfer als CDU-Stahlhelmer sowieso wg. Disziplin; Fink als CDU-Modernisierer und DGB-Vorstand, weil die Menschen ja arbeiten müssen; Frau Schmidt vom

"Schule der Nation"

Der Militärdienst ist für Männer als der Regeldienst vorgesehen, wer ihn verweigert, muß sich einem staatlichen Anerkennungsverfahren unterziehen. Das Militär ist die wesentliche Instanz der Heranbildung "richtiger Männer" und "richtiger Deutscher". Hier lernen sie Gehorsam nach oben und aggressiv zu sein all denen gegenüber, die sie als "schwächer" betrachten. Sexismus und Frauenfeindlichkeit werden hier gelehrt. Jede Frau, die nur einmal in einem Zug mit heimkehrenden Bundeswehrpflichtigen geraten ist, kann davon mit Grauen berichten. Militär ist eine der Hauptstützen patriachaler Herrschaft. Durch Befehlsstrukturen soll jede Entwicklung individueller Subjektivität abgestellt werden. Innere Konflikte werden systematisch beispielsweise durch die Betäubung mit der Droge Alkohol verdrängt. Die Deformation durch die Schule wi[illegible] Militär fortgesetzt und übertroffen.

"Bürger in Uniform"

Häufig wird die Kriegsdienstpflicht als Errungenschaft der Französischen Revolution, als Zeichen des Fortschritts und der Demokratie dargestellt. Daß allerdings erst das Instrumentarium der Kriegsdienstpflicht die Millionen von Toten der beiden Weltkriege und vieler anderer Kriege "ermöglichte", darüber schweigt des Kriegers Höflichkeit. Die Forderung nach Demokratie kann einer deutschen Armee gegenüber, die ihren Soldaten grundgesetzmäßig die existentiellen Grundrechte auf Leben, Selbstbestimmung und Gewissensfreiheit verweigert, nur heißen: weg mit der Armee! Eine Armee bewirkt immer die Militarisierung der Gesellschaft.

Ohne uns!

- Militär macht befreiende Auseinandersetzungen über grundlegende Fragen der demokratischen Entwicklung unmöglich. Es garantiert die Durchsetzung von Interessen der über das Militär verfügenden Gruppen. In der Bundesrepublik ist die Aussetzung der formalen Demokratie bereits in der Notstandsverfassung festgeschrieben. Schon heute unterstützen Bundeswehr und Bundesgrenzschutz militärische Einheiten der Polizei bei der Durchsetzung staatlicher Maximen gegen die betroffene Bevölkerung.
- Militär und Rüstung verbrauchen unwiederbringbar und sinnlos menschliche Arbeitskraft und Natur. Sie prägen entscheidend die Entwicklung von Wissenschaft und Technik so, daß diese zerstörerisch wirken. Unmengen von Steuergeldern werden verbraucht - wofür?!



SPD-Fraktionsvorstand; FDP-Masken in BILD für den SchmückleVorschlag). Auch Theo Ebert, aus dem UniMut übel bekannter OSIProf und Gewaltfreiheits-Papst hat im TrägerInnenkreis der "Kampagne gegen die Wehrpflicht" mit ähnlichen Vorstellungen aufgewartet. Die politische Klasse präsentiert sich derart vereinheitlicht, daß die Einführung des Arbeitsdienstes uns als realistisch erscheint: so eben machen auch die Äußerungen der Bundesregierung Sinn, allein aus (West)Berlin das o.g. Riesen"potential" "ausschöpfen" zu wollen.

Jeder Protest gegen die Einführung der "Wehrpflicht" hier muß daher auch den Protest gegen den "zivilen" Kriegsdienst und dessen geplante Erweiterung zum allgemeinen Arbeitsdienst beinhalten. Wer gegen die "Wehrpflicht" kämpft und sich dabei als "antimilitaristisch" verstehen will, kann NATO/Imperialismus und Großdeutschland nicht ausblenden und muß sich darüber im Klaren sein, daß von der politischen Klasse nichts zu erwarten ist: eine antimilitaristische Bewegung ist nur als konsequent antiautoritäre denkbar!

Die seit einigen Wochen bestehende "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär", in der z.Zt. ca. 40 Organisationen und Gruppen rumwuseln, thematisiert diese Zusammenhänge bewußt nicht. Sie setzt an auf dem Stand der Entpolitisierungsmechanismen der Friedensbewegung (Kopie des Textes "Krieg, Krise, Friedensbewegung" aus einem alten Friedensinfo dazu im Ordner) und versucht lediglich eine zentralistische "Bewegungs"-Verwaltung und "Repräsentanz". Bündnismöglichkeiten bestehen hier nur insofern, als daß ein Infoaustausch möglich ist und vielleicht RednerInnen durchgesetzt werden können. Aber das wäre auch erst noch auszutesten.
Zwar soll keine Aktionsform ausgegrenzt werden. Während dann aber alle Diskussionen durch sofortige Abstimmungen abgebügelt werden, ist nach rechts eine ungeheure Offenheit vorhanden: der Gedanke, deshalb (!) das Kampagnenbüro nicht in den Räumen der AL-Zentrale einzurichten, weil "AL ja mit 'Kreuzberg' assoziiert wird und Industrielle dann" keine Kohle mehr für die Kampagne spenden würden, wurde breit bedacht!
Schmankerl am Rande: der Kampagnenname kam durch Abstimmungsunfall zustande: fünf Gegenvorschläge, in denen die Worte "Zwangsdienste" und "Militär" nicht vorkamen, erhielten gleich viel Stimmen, der jetzige Name halt zwei mehr als alle anderen. Ein Treffen später mußte dann die Streichung des Wortes "Militär" aus dem Kampagnennamen diskutiert werden, weil sich der Landesvorstand der JuSos nicht hatte einigen können, ob er nun grundsätzlich gegen Militär sei... JuSos und PDS schlugen übrigens in bezeichnender Einmütigkeit vor:"für ein europ. Haus und europ. Sicherheitssystem auf dem Wege der Entmilitarisierung", also kurz und treffend: "Imperialismus ohne Armee!". Soweit so übel: die Kampagne organisiert für den 17.11. eine DeserteurInnen-Parade (Großdemo mit tendenziellem Selbstverarschungscharakter, die ja trotzdem ganz lustig werden könnte) und verkauft ansonsten den "Kampagnen-Apfelsaft". Das nächste Treffen ist am Mo., 1.10., um 19.00 Uhr; wo, ist noch unklar, kann aber bei der AL im Kampagnenbüro erfragt werden unter Tel. 862 13 31.

Gegen großdeutsche und NATO-Politik oder: Der Krieg geht weiter !

In Spanien haben es Kriegsdienstverweigerer geschafft, durch das organisierte Verweigern und Abtauchen die Kriminalisierung zu durchbrechen. Widerstand gegen die "Wehrpflicht" heißt für uns Widerstand gegen alle Kriegsdienste, Zwangsdienste, Arbeitszwang und Arbeitsdienst, heißt, schon die Erfassung zu verweigern. Antimilitaristischer Widerstand geht für uns nur im Rahmen antiautoritärer, antiimperialistischer und antideutscher Bewegung.
Jede Kaserne, jede Uniform, jede militärische Einrichtung, jeder Befehl und jeder Zwangsdienst -
HAU WEG DEN SCHEISS !
Bildet eigene Gruppen und Plena.

Wir haben Interesse an einem unabhängigen antimilitaristischen Plenum. Ihr auch?
BG/FU





ES WAR EINMAL EIN DEPP, DER GING DANN ZU DEN REP. DORT VERLOR ER SEINE TASCHE - TJA, ER IST SCHON EINE FLASCHE...

Hat doch einer von diesen Schuften mal nicht aufgepaßt und seine schöne Tasche verloren. Wir haben uns natürlich sehr darüber gefreut: Mitgliederlisten, Protokolle, Funktionärslisten usw. der Ost-Berliner *"REPUBLIKANER"*. Außerdem noch die Schlüssel der Geschäftsstelle. Nein, wie ärgerlich...

Was uns bei der Auswertung der Akten ins Auge fiel, ist ein altbekanntes Merkmal bei den REPs, das nun anscheinend auch in der DDR sofort übernommen wird: Die Intrigen. Aber dazu später.

Die Akten enthielten aber auch diverse Bemerkungen, die wir sehr interessant fanden. Sie wiesen nämlich darauf hin, daß es auch aktive Mitglieder der *"Nationalen Alternative"* bei den REPs gibt. Die NA ist der ostberliner Ableger der neonazistischen *FAP* aus der BRD und die Papiere zeigen eindeutig, daß die REPUBLIKANER wissentlich Aktivisten der NA aufnehmen! Ebenfalls in den Aufzeichnungen fanden sich Eintragungen, die auf gute Beziehungen zu den sog. *"Mitteldeutschen Nationaldemokraten"* (DDR-Version der *NPD*) schließen lassen, außerdem gibt es Mitglieder, die gleichzeitig noch bei der faschistischen Gruppe *"Berliner Anonyme Einheitsfront"* sind.

Den Stand der Papiere schätzen wir auf Anfang August '90, damals gab es in Ost-Berlin ca. 150 REP-Mitglieder. Davon sind etwa 80% unter 30 Jahre alt. Der Schwerpunkt der Organisierung liegt nicht etwa in Marzahn, wie wir vermuteten, sondern in Prenzlauer Berg! Hier leben 20% des Kreisverbands Berlin-Ost. Dann aber schon gefolgt von Lichtenberg (14%), Hellersdorf und Hohenschönhausen

In dieser schönen Tasche fand sich auch eine Liste mit westberliner REP-Funktionären. Neben ihren Funktionen und Adressen standen bei mehreren auch mit Bleistift geschriebene Bemerkungen:

Rolf von Niewitecki, Staatsanwalt (stellvertr. Vors.): *Choleriker*
Frank Degen (Fraktions-Vors.): *Linker Flügel; Israel-Reise*
Richard Miosga (MdA): *Alkohol*
Michael Häusler (MdA): *Körperverletzung*
Wolfgang Bogen (MdA): *Stellte Ausländer ein*
Peter Bartsch (MdA): *Alkohol*

Diesen Herren werden wir je ein Exemplar unseres Berichts schicken, um die Stimmung innerhalb der Partei zu verbessern! Mal sehn, wer da bald seinen Posten verliert. Ein kleiner Tip: Er kommt in unserer Auflistung sehr weit vorn...

Folgende Personen sind aus dem NA-Zusammenhang bekannt, bzw. standen in der REP-Liste mit dem Vermerk "NA":

Mario Landwehr (19), Schliemannstr. 6, 1058 B-Prenzlauer Berg
Detlef Magnus (24), Erich-Weinert-Str. 29, 1071 B-Prenzlauer Berg
Mark Böttcher (18), Bietzkestr. 1, 1136 B-Lichtenberg
Matthias Braun, 1134 B-Lichtenberg

Folgende Personen aus der REP-Liste sind aus dem Zusammenhang BERLINER ANONYME EINHEITSFRONT bekannt:

Stefan Behnke (20), Stahlheimer Str. 24, 1071 B-Prenzlauer Berg
Roy Andrae (23), Rolandstr. 89c, 1110 B-Pankow

Der Vollständigkeit wegen kommt jetzt noch die Liste des Landesvorstands Berlin (besteht nur aus West-Berlinern):

Vorsitzender:
Carsten Pagel, 1000-51, Ritterlandweg 54a, 4915967
StellvertreterIn:
Frank Schwerdt, 1000-27, Alt Heiligensee 98, 4316574
Rolf von Niewitecki,1000-41, Albrechtstr. 59, 7952425
Rita Bönisch, 1000-20, Lüdenscheider Weg 11e, 3349424
Geschäftsführer:
Bodo Pfalzgraf, 1000-65, Müllerstr. 98, 4526531
Schatzmeister:
Wolfram Behrendt, 1000-41, Odenwaldstr. 22, 8511021
Stellvertreter:
Olaf Schütt, 1000-37, Am Fischtal 93, 8137852
Schriftführer:
Heinz Gehring, 1000-44, Sülzhayner Str. 20, 6818955
Stellvertreter:
Tarik Kavemann, 1000-27, Tile-Brügge-Weg 37, 4338502
Beisitzer:
Ralf Baumbeck, 1000-47, Steinträger Weg 68a, 6056633
Olaf Hempelmann, 1000-10, Harlingeroder Weg 12, 3447895
Kai-Alv Klingner, 1000-15, Duisburger Str. 13, 8831954
Bodo Pfalzgraf, 1000-65, Müllerstr. 98, 4526531
Gerda Wells-Priebe, 1000-20, Spandauer Str. 111, 3661464
Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus:
Frank Degen, 1000-20, Daumstr. 26a, 3349187
Justitiar:
Klaus-Joachim Schneider-Haßloff, 1-38, Elvirasteig 6c, 8018559
Geschäftsstelle und Abgeordnetenhaus:
Rudolf Kendzia (MdA), 1000-47, Beifußweg 26a, 6613416
Richard Miosga (MdA), 1000-33, Sulzaer Str. 16, 8262527
Michael Häusler (MdA), 1000-46, Renatenweg 15
Wolfgang Bogen (MdA), 1000-37, Fischerhüttenstr. 86a, 8028365
Peter Bartsch (MdA), 1000-27, Billerbecker Weg 48, 4322747
Hermann Voss (MdA), 1000-13, Wirmerzeile 8, 3451264
Peter Slawik, 1000-33, Hagenstr. 12, 8263495
Helga Brege, 1000-65, Frauenfelder Weg 10, 4551053
Dr. Ekkehard Birkholz, 1000-47, Bernsteinring 82, 732486
Dr. Voigt, 1000-28, Käthestr. 9, 4046383



Kampf den „Republikanern"



(je 12%), Marzahn und Köpenick (je 10%). Nicht mal zehn Mitglieder verzeichnet die Liste in den Bezirken Mitte, Friedrichshain, Treptow und Weißensee.

Ostberlin ist bei den REP in Westberlin als Kreisverband (KV) angegliedert. Innerhalb West-Berlins sind die einzelnen Bezirke auch KV's, es ist also anzunehmen, daß diese Struktur bald auf Ostberlin ausgeweitet wird.

Der KV Berlin-Ost ist am 17.3.90 im Rathaus Schöneberg gegründet worden. Unklar ist, ob es bald einen gemeinsamen Landesverband Berlin geben wird oder ob die Berliner Kreisverbände in dem Landesverband Brandenburg aufgehen, der bereits am 9.2.90 gegründet wurde.

Kein Fußbreit den den „REPUBLIKANERN“ und anderen Faschisten!

Wacht auf, Nationale Sozialisten!

Mit den „Republikanern“ in die Parlamente! Wenn man einen Schweinestall ausmisten will, muß man hineingehen.

DIE REPUBLIKANER

»REPUBLIKANER«-Propaganda

ACHTUNG: IM FOLGENDEN WIRD BERLIN IN DEN ADRESSEN MIT "B" ABGEKÜRZT, WENN DANACH DER STADTBEZIRK FOLGT!

Vorsitzender des LV Brandenburg:
Peter Gillian, Am Seehügel 10, 1501 Kähnsdorf b. Seddin
Vorsitzender des KV Berlin-Ost:
Harald Reppin (43), Slabystr. 7, 1160 B-Köpenick, 6373517
Stellvertreter:
Reinhard Clauß (38), Buchholzer Str. 21, 1058 B-Prenzlauer Berg
Peter Boche (28), Puderstr. 20, 1193 B-Treptow
Schriftführerin:
Rita Wobrig (40), Wendenschloßstr. 17, 1170 B-Köpenick
Stellvertreterin:
Petra Thon (32), Ale Hellersdorfer Str. 142, 1152 Hellersdorf
Schatzmeister:
Michael Bistrosch (29), Fehrbelliner Str. 36, 1054 B-Mitte
Kassenprüfer:
Matthias Herzog (22), Alte Hellerdf. Str. 16, 1152 B-Hellersdorf
Heike Reppin (27), Slabystr. 7, 1160 B-Köpenick
BersitzerInnen im Vorstand:
Sofja Boche (27), Puderstr. 20, 1193 B-Treptow
Thomas Berner (25), Große Hamburger Str. 35, 1040 B-Mitte
Beatrice Offenwanger (19), Zingster Str. 66 (bei Eickholt), 1095 B-Hohenschönhausen
Jörg Schenk (24), Brunnenstr. 28, 1054 B-Mitte



Als Vertreter der Bezirke im Vorstand:
Friedrichshain:
Detlef Stein (24), Gabriel-Max-Str. 16, 1034 Berlin
Treptow:
Peter Boche (28), Puderstr. 20, 1193 Berlin
Mitte:
Jörg Schenk (24), Brunnenstr. 28, 1054 Berlin, 3669107
Pankow:
Mike Müller (26), Karower Str. 6, 1115 Berlin, 3493485
Köpenick:
Hartmut Kochmann (69), Rüdersdorfer Str. 58, 1254 Berlin, 6498315
Marzahn:
Hartmut Spratte (30), Eichhorster Str. 2, 1143 Berlin, 3316608
Hohenschönhausen:
Danilo Winkler (19), Dierhagener Str. 10, 1093 Berlin
Hellersdorf:
Andreas Thon (32), Alte Hellersdorfer Str. 142, 1152 Berlin
Lichtenberg:
Daniel Rodewald (21), Ehrenfelsstr. 31, 1157 Berlin
Prenzlauer Berg:
Heiko Kühn (21), Paul-Heyse-Str. 5, 1055 Berlin

Kontakt für die "JUNGEN REPUBLIKANER":
Beatrice Offenwanger (19), Zingster Str. 66 (bei Eickholt) 1095 B-Hohenschönhausen

VOM STALIN LERNEN, HEIßT SIEGEN LERNEN!?

Wir haben schon ein paar Mal in der Geschichte dieser Zeitung Beiträge abgedruckt, weil wir sie in ihrer Tendenz gefährlich fanden und damit zur Diskussion stellen wollten. Dieses Mal geht es um mehrere Beiträge, die uns zugeschickt wurden.
Unter uns läuft die Diskussion, ob die Antifas so viel Kritik abbekommen, weil sie es verdient haben oder weil sie im Augenblick die einzige weitverbreitete und damit sichtbare Struktur in der radikalen Linken sind. Dabei muß die Frage gestellt werden: wer sind DIE Andifas?
Unter diesem gemeinsamen Nenner sind verschiedene (sehr unterschiedliche) Fraktionen und verschiedene Unorganisierte. Deswegen wollen wir versuchen, in unserer Kritik genauer zu sein.
Es geht uns um das Verhältnis zwischen Gewalt und Militanz und zwischen Gewalt und Politik. Mit ihrem Aufruf zum "Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus" strebten die Antifas eine neue politische Qualität an, um so aus der Sackgasse der Ein-Punkt-Politik herauszukommen und eine breite politische Bewegung zu entwickeln. Daß ein solcher Schritt nicht leicht ist, mußten wir alle vor Schultheiß in der Hasenheide mit Enttäuschung und Bitterkeit wahrnehmen.

Daß andere Antifas diesen qualitativen Schritt vorwärts anscheinend nicht wahrnehmen können und wollen, hängt uns langsam zum Hals raus. Die Parole "schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" zum einzigen politischen Inhalt zu machen, kennzeichnet eine Politik, die sich von der Politik der Faschos nur in der Richtung des Faustschlages unterscheidet. Dies setzt voraus, daß tatsächlich Nazis getroffen werden, was oft genug nicht der Fall war, uns was die gleichen Antifas anscheinend eher als "Betriebsunfall" betrachten.

Der Bericht zu Wunsiedel ist die Weitergabe des Selbstbildes = Mythos' dieser Antifas:"Wir gegen den Rest der Welt", d.h. Nazis, Bullen, gekaufte Medienleute, "rot"-grün etc. alles dasselbe. In dieses Weltbild passen die ausländischen Opfer nur noch als StatistInnen. Wir fragen uns, warum es diesen Antifas nicht auffällt, daß ihr Weltbild genauso schlicht und oberflächlich ist wie das ihres Gegners. Die Parallelen am Anfang des Berichts sind auffällig: Die Nazis wollen den "roten Horden" zeigen, was Ordnung ist. Die Antifas wollen, daß die "Nazibrut" kein Bein auf die Erde bekommt. Inhaltlich wird nichts weiter geklärt.

Die Qualitäten, die den Unterschied zwischen linker Militanz und platter Gewalt ausmacht, worunter wir ein politisches und kein militärisches Konzept verstehen, sind hier nicht mehr erkennbar.

Das Flugblatt einiger Antifa-Frauen "die Grenze verläuft nicht zwischen den Geschlechtern, sondern zwischen oben und unten", unterstreicht diese Tatsache, und beweist, wie wenig politische Auseinandersetzung unter ihnen läuft, geschweige denn, mit der restlichen Linken.. Daß es eine andere Qualität im Kampf gegen Faschismus außer Gewalt gegen Nazis geben könnte, scheint ihnen unvorstellbar zu sein: "Frauen sind eine Klasse?? Ihr müßtet mal überlegen, was ihr für einen Schwachsinn propagiert. Solidarität mit einer Frau, nur weil Frau Frau ist?" Aber Solidarität mit einem Antifa, weil er ein Antifa ist?! müssen wir fragen.

In den zwei folgenden Flugblättern("kann es eventuell sein, daß wir die Faschos machen lassen, was sie wollen??" und "An einem Sonntag in Berlin") sehen wir das Ergebnis einer solchen "Politik". Die Antifas merken, daß sich kaum jemand von ihnen mobilisieren läßt. Klar, das kann nur an den anderen liegen, nicht an ihrer (folhenden) Politik liegen!

Die konsequente Fortsetzung einer solchen Politik über den Bereich der Antifas hinaus ist das Flugblatt zur Demo am 22.9. Hier wird die neue Parole offensichtlich "ein Beil in den Kopf der Yuppies, wo ihr sie trefft!" Die Brutalität, die wir verabscheuen und abschaffen wollen, wird nun als akzeptiertes Mittel in der Auseinandersetzung dargestellt.
Was dem Trotzki recht war, ist dem Yuppie billig!? Von Stalin lernen, heißt, siegen lernen!?

Wunsiedel - ein weiterer Beweis für die Schwäche der Nazis !!

Den " roten Horden einmal zeigen, was Ordnung ist."
"Am 18. August gehören die Straßen von Wunsiedel uns."
Zitat aus TAZ vom 14.8.90 von Berthold Dinter, NPD-Kreisvorsitzender Gütersloh, Mitorganisator des Naziaufmarsches.

Selbst auf einem Terrain, wo die Bedingungen für die Nazis eher günstig und für uns ungünstig sind, bekommt dieses Gesindel kein Bein auf die Erde. In Wunsiedel, eine relativ kleine ländliche Gemeinde müssen sie ihren Marsch unter massivem Polizeischutz durchführen. Sie werden trotzdem von den Antifaschisten angegriffen(MERKE: die Antifaschisten greifen den Naziaufzug an), dies ist unmittelbarer Anlaß für die Polizei(USK) die Antifaschisten anzugreifen.Nun werden auch die "deutschen Helden" mutig und wagen im Zusammenspiel mit der Polizei Angriffe auf einzelne Antifaschisten.
Interssant ist der Spiegel - TV vom 18.08.90, selbst diese von den Herrschenden gekauften Medienleute kommen inzwischen nicht umhin, zumindest teilweise, die Wahrheit zu sagen. So kommt z.B. ein norddeutscher Nazi am Sammelpunkt zu Wort, er sagt:" Weil die Linken uns immer auf die Fresse hauen, wenn wir Rechten irgendwo auftreten, Hafenstrasse oder was weiß ich." Interviewerin:"Aber ihr müßt doch keine Angst vor denen haben, oder doch?" "Doch, das sind ein paar tausend und wir sind, was weiß ich, gerade 40 oder 50 bis jetzt, natürlich muß man da Angst haben."
Haben diese gekauften Medienleute doch bisher ihr Schwergewicht darauf gelegt, die Nazibrut als unbesiegbar darzustellen, ist ihnen das scheinbar nicht mehr so ohne weiteres möglich, wollen sie für die Bevölkerung nicht vollkommen unglaubwürdig werden. Dies gipfelt sogar in der Feststellung des Kommentators in dem Bericht nach einem Polizeiangriff gegen Antifaschisten:"... die schwarz-weiss-roten Garden(Nazis mit entsprechenden Fahnen) werden fast zu dem, was sie ja auch sonst immer sind, zu Randfiguren. Die antifaschistische Front verläuft zwischen Autonomen und der Polizei."
Bravo, Herr "bezahltes Element", danke für dieses verplappern, hoffentlich haben sie nicht zuviel Ärger deswegen.
Hier ist alles wieder auf den Punkt gebracht das eigentliche Problem ist diese hier herrschende Gesellschaftsordnung, dieser Kapitalismus ist auch ohne die paar Nazihanseln faschistoid genug. Trotzdem benutzen und schützen sie diesen verlorenen Haufen um ihn für ihre Interessen einzusetzen.
Gerade in Berlin kann man dies sehr deutlich sehen, mit Hinweis auf Nazis und Republikaner hat sich "Rot"-Grün hier Freiraum erschlichen. Wer aber sehen will, wie faschistoid diese Kräfte tatsächlich sind, braucht sich nur mal ansehen in welch viehischer Form mit den Flüchtlingen vor den entsprechenden Ämtern verfahren wird. Teilweise kampieren diese Menschen tagelang am Friedrich-Krause-Ufer bei jedem Wetter unter freiem Himmel. Geht hin, seht es Euch an, die Ihr noch Illousionen in "Rot"-Grün habt, oder die Ihr meint, die Nazis wären die Hauptgefahr.
SPD-AL HABEN ENDE JUNI DEN RASSISTISCHEN AUSLÄNDERGESETZEN ZUGESTIMMT, IST DAS NICHT EINDEUTIG GENUG.
Genauso läuft es in Ost-Berlin, da wird immer lamentiert welche Gefahr die Nazis in Ost-Berlin darstellen. Wenn sich aber Leute aufraffen um damit Schluß zu machen, wie bei der Demonstration am 23.6.90 zum Nazizentrum Weitlingstrasse, sind plötzlich hunderte von Bullen nötig um die ach so starken und zahlreichen Nazis in Schutz zu nehmen. Die gleiche Polizei übrigens, die inzwischen mehrere Male in rassistischer Weise gegen Flüchtlinge in den Ostberliner Bahnhöfen vorgegangen ist(Tränengas- und Knüppeleinsätze).

Ob CSU-Polizei, "Volks"polizei, SPD-AL-Polizei, die Übereinstimmungen liegen auf der Hand:
die Handvoll Nazis schützen
gegen Antifaschisten massiv vorgehen
Ausländer rassistisch bedrohen

Zu den Zahlenspielen bezüglich der Teilnehmerzahl am Naziaufmarsch in Wunsiedel. Unsere erste Information aus Nürnberg war(18.8.90 etwa 20.00) daß sich etwa 300 Nazis mit erheblicher Verspätung auf den Marsch gemacht haben. In den öffentlichen Medien war erstmal interessanter Weise gar nichts zu sehen oder zu hören, inzwischen gehen die Schätzungen über 500 Nazis("Spandauer Volksblatt"Berlin 19.8.), 600 Nazis(Polizeieinsatzleiter laut "Neues Deutschland" 20.8.), 1000 Nazis(Taz 20.8.,"Frankfurter Rundschau" 20.8.), 1300 Nazis ("neue Presse" Hannover 20.8.90/"Süddeutsche Zeitung" 20.8./ "Die Welt" 20.8.90) bis zu 1500 Nazis ("Abendzeitung" München 20.8.90).
Da ja immer ein politischer Faktor bei diesen Zählungen mitspielt, vermuten wir, daß eher der untere Zahlenrahmen realistisch ist.
Es sei denn, daß bei den 1500 Teilnehmern die Nazis in Uniform mitgezählt wurden, das wäre dann wahrscheinlich korrekt.
Interessant in dem Zusammenhang ist noch, daß die meisten Blätter von 4000 Teilnehmern der Antifaschistischen Demonstration sprechen. Außer die TAZ, die von 2500 Teilnehmern spricht und der "Abendzeitung" München, die hier keine Zahlen nennt. Bei der Anzahl der Antifaschisten fast vollkommene Übereinstimmung, starke Unterschiede bei der Anzahl der Nazis.
Tatsache ist jedoch:
DIE NAZIDEMONSTRATION WURDE VON DEN ANTIFASCHISTEN ANGEGRIFFEN !

Und dies, obwohl jeder weiß, der sich auch nur ein wenig dafür interessiert, mit welchen Schwierigkeiten durch die Polizei Antifaschisten zu rechnen haben, und Nazis eben nicht.
Wir wollen unseren Beitrag gegen eine neuerliche Legendenbildung über die Stärke der Nazis leisten. Erfahrungsgemäß wird von den Wasserträgern dieses Staates und seiner Nazis, welche sich in die Reihen der Antifaschisten eingeschlichen haben, so etwas anläßlich solcher Ereignisse wie in Wunsiedel immer versucht.
Selbst wenn man davon ausgeht, daß die höchste Schätzung zutrifft(1500 Nazis), so wäre dies ein erbärmliches Ergebnis. Für dieses Ereignis haben die sich als Nazis bekennendenFaschisten europaweit mobilisiert, und dann sind sie so schwach, daß sie sich sogar Angriffe von Antifaschisten gefallen lassen müssen. Nochmals darauf hingewiesen: jeder von diesen Schweinen ist einer zuviel, aber nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung haben sie offensichtlich nicht.

FÜR EINE KONSEQUENTE UNTERDRÜCKUNG VON FASCHISTEN

Berlin(West), den 26.08.1990

DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN

Wir, Frauen aus antifaschistischen Zusammenhängen, die den Artikel: "Wunsiedel - ein weiterer Beweis für die Schwäche der Nazis !!" miterarbeitet haben, wundern uns sehr, daß ihr den Inhalt des Papiers nicht verstanden habt oder wolltet.
Habt ihr eigentlich noch irgendwie andere "wichtigeDinge" im Kopf als in Artikeln, Reden, Plakaten, etc. nach evtl. "sexistisch-gearteten" W o r t e n zu suchen ?
Ihr wollt gegen Sexismus vorgehen. Okay, das finden wir richtig und unterstützen es auch.
Aber doch nicht so.
Einzelne WORTE werden angegriffen, Artikel einfach nicht abgedruckt.
ZENSUR, weil ZWEI WORTE kein Gefallen finden ?
Der Artikel sonst ?? EGAL !!!
Auf der anderen Seite kann seit Wochen (Do.,Fr.,Sa. 19.30) ein sexistisches Variete seine Vorstellungen machen(in SO 36, Leuschnerdamm ca. 20m entfernt von der Walde-Wagenburg, ca. 1 Km luftlinie zur Schokofabrik)
Was ist denn schon dabei ? ODER WIE ??
"SEXPEACE" macht regelmäßig Veranstaltungen(u. a. in SO 36,MuskauerStr.) und fordert Alternativ-Bordelle.
Na und, was ist denn schon dabei?? MAN MUSS NUR DIE RICHTIGEN WORTE FINDEN, DANN IST SEXISMUS GAR NICHT SO SCHLIMM !!
ODER WIE ??
Frauen sind eine Klasse ??
Ihr müßtet mal überlegen, was ihr für ein Schwachsinn propagiert.
Solidarität mit Frau, nur weil Frau Frau ist ?
Solidarität mit Nazi-Frauen, Bullen-Frauen und ähnlichem Gesindel ?, nur weil es Frauen sind ?
(Solidarität mit Frau Thatcher ?)
Wo soll das eigentlich hinführen(es gibt keine Menschen mehr, nur noch Frauen und Macker)
Uns stehen unsere männliche Genossen näher wie jede weibliche Bullen- oder Nazischlampe !
Antifaschismus ist Antifaschismus, egal ob er von Frauen oder Männern getragen wird. Warum ein extra Telefon für Frauen, wenn es um faschistische Übergriffe auf Frauen geht? Ist ein solcher Überfall auf Männer nicht genauso schlimm ?
WARUM SPALTET IHR DEN KAMPF ?? Oder kämpft ihr garnicht? ODER WIE?
NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!!!(egal welche Nation, welches Geschlecht oder welches Alter, es muß nur ehrlich gemeint sein)
WIR MÜSSEN NICHT AUF IRGENDWELCHE WORTE HÖREN, SONDERN AUF DIE TATEN DER LEUTE ACHTEN !!
Uns scheint, daß ihr bestimmte politische Dinge (wie z.B. das Zustimmen der SPD/AL zu den rassistischen Ausländergesetzen) in der Interim nicht abgedruckt haben wolltet.
Was heißt eigentlich Begriffe, die genau so von Nazis so benutzt werden...?? - Die Nazis werden sich selbst sicher nicht als "Nazibrut oder Gesindel" bezeichnen.-
Warum greift ihr einzelne WORTE auf, die in dem geschriebenen Zusammenhang KEINE faschistische Bedeutung haben, und greift nicht an, wenn bestimmte Leute in ihren Taten rassistisch sind(z.B. SPD/AL er, die den rassistischen Ausländergesetzen zustimmten) Diese Dinge werden bei euch nicht kritisiert oder etwa gar angegriffen, wahrscheinlich weil die SPD/AL er KEINE "SEXISTISCHEN ODER NAZISTISCHEN W O R T E GEBRAUCHEN, SONDERN "NUR" IM SINNE DIESER WORTE H A N D E L N !!

WIR FORDERN EUCH HIERMIT AUF,UNSEREN BEITRAG: WUNSIEDEL-EIN WEITERER BEWEIS FÜR DIE SCHWÄCHE DER NAZIS!!,SOFORT ABZUDRUCKEN !!

FÜR EINE KONSEQUENTE UNTERDRÜCKUNG VON FASCHISTEN
Berlin(West), den 16.09.1990

KANN ES EVENTUELL SEIN, DAß WIR DIE FASCHOS MACHEN LASSEN, WAS SIE WOLLEN ???

Am Freitag war ab 22 Uhr im sfb-Gebäude eine Talkshow mit Faschos aus der Weitlingstr. Der Termin stand seit längerem in allen Fernsehprogrammen einschließlich tip und Zitty. Allerdings war der Ort unklar, es kamen aber eigentlich nur der sfb und das Kranzler in Frage.
Im EX stand dann: Treffpunkt Kranzler, 22 Uhr. Bis auf die Uhrzeit war es auch nicht weiter schlimm, denn vom Kranzler bis zum sfb braucht Mensch ja nur 1o Minuten mit der U-Bahn. Nur - daß das EX scheinbar im Moment der falsche Ort für Antifa-Arbeit ist. Denn nur ca. 3o Leute vor dem Kranzler waren zeigt das, und die hatten den Termin nicht mal aus dem EX. Dafür aber scheinbar die Bullen, denn die waren überpünktlich vor Ort. Bemerkenswert daran ist, daß vor dem sfb, wo die Veranstaltung ja nun war, überhaupt keine Bullen standen.
Wir schließen daraus, daß sich Mensch auf ein Date der EX-Tafel alleine nicht verlassen kann. Dann ist auch die Gefahr nicht so groß, daß ein paar Leute fast alleine den Bullen gegenüber stehen.
Gegenüber dem sfb standen dafür aber ca. 3o"Fast-Kahlköpfige". Die besorgten dort den Raumschutz. - Aber die haben sich bestimmt sehr gelangweilt, denn die Antifa-Bewegung hat wieder Mal geschlafen.
Sehr beschämend daran ist, daß fast einige Leute ins offene Messer gelaufen wären. Denn nachdem klar war, daß im Kranzler nichts läuft, fuhren ein paar Antifas Richtung sfb, in der Hoffnung, dort noch mehr Leute zu finden. Dies war aber ein sehr großer Irrtum, der böse hätte ausgehen können.
I r g e n d w i e müssen W I R es wieder auf die Reihe bekommen, daß die Mobilisierung in Zukunft besser klappt.
Außerdem sollten sich einige Antifas besinnen, daß wir hier im sogenannten Westteil die Faschos nicht machen lassen können, was sie wollen!!!
Sonst haben wir hier auch bald "Weitlingstraßen".
Als krönenden Abschluß meldet gerade die"Abendschau", daß die Reps heute am Samstag in Reinickendorf einen außerordentlichen Parteitag abhielten. Dabei wurden auch gleich die "Ost-Reps" vorgestellt. Der Reporter vermeldet, daß "die Polizei nicht tätig werden mußte".
Dazu können wir nur sagen : Gute Nacht, Antifas !!!!!

Einige aufgeweckte, zornige Antifas.



DOITSCHLAND
EINIG STARK UND GROSS
DIE SCHEISSE GEHT VON VORNE LOS

AN EINEM SONNTAG IN BÄRLIN...!

in der dankelmannstraße ein straßenfest-antifaschistisch-versteht sich.dann ein krasser szenenwechsel:
"tag der heimat"war in der sporthalle sömmeringstraße-von 2 bullenwannen bewacht und 3 bushaltestellen vom antifa-meeting entfernt- angesagt. die braune horde gab sich die ehre.zuvor hatten republikaner und nationale front schon massenhaft und ungehindert ihr propagandamaterial unters volk gebracht.
gastredner war dr. dregger(cdu);grußworte sprachen: walter momper(spd), eberhardt diepgen(cdu) und dr. czaja (cdu;mdb).während momper immerhin noch von teilen der zuhörerschaft als "landesverräter" bezeichnet wurde, erhielten die cdu-politiker für ihre äußerungen von allen braunen schattierungen lebhaften beifall.doch wir greifen dem ganzen etwas voraus:
nachdem wir in der sömmeringstraße keine antifas gesehen hatten, versuchten wir auf dem straßenfest leute zu mobilisieren-leider mit wenig erfolg.irgendwie schien es schon einigen leuten bekannt zu sein (o-ton:"sowas hab ich mir schon irgendwie gedacht").nach der dritten megadurchsage waren wir immerhin sechs leute, die nochmal zur sporthalle gingen.zwar kamen wir ungehindert und ohne jegliche kontrolle in die halle rein, aber angesichts der aufgeheizten progromstimmung sahen wir uns nicht in der lage, eine geplante aktion durchzuführen.
angesichts der dimension fanden wir es völlig beschißen, daß "die antifa" durch abwesenheit glänzte.
in dem herrschenden aufgeheizten klima und angesichts des bevorstehenden wahlkampfes ist es unmöglich und politisch ungeschickt langfristig und öffentlich für solche veranstaltungen zu mobilisieren.

einige enttäuschte antifas

ALSO: HALTET AUGEN UND OHREN AUF UND
DENKT EUCH BÖSARTIGE UND GEMEINE
SPONTIAKTIONEN AUS !!!!!

DAS LUMPENPROLETARIAT LÄDT EIN ZUM GROSSEN SPEKULANTEN FRESSEN !!

Großberlin 1990 - die Stadt der unbegrenzten Möglichkeiten! Größenwahnsinnige PolitikerInnen, schwäbische Pfeffersäcke, Immobilienzocker und Spekulanten bauen an der Version der Supermetropole: Hauptstadt, Olympia- und Vergnügungspark, Ost-West Handelszentrum - kurz eine Stadt für Leute, die Geld machen und sich was dafür leisten.
Schon Lange nicht mehr waren die Bedingungen für Haus- und Grundbesitzer, Wohnraum- und Bodenspekulanten, die "Spekkis" so günstig. Ihre Renditen und Profite steigen. Für Kapitalanleger und Börsenspekulanten ist der Immobilienmarkt zu einem der sichersten und rentabelsten Geschäfte geworden.
Im Westen haben uns die Spekulanten und Miethaie schon in den letzten Jahren durch ständig steigende Mieten, Modernisierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen kräftig ausgenommen oder aus unseren Vierteln verdrängt.
Seit dem Fall der Mauer gibt es jetzt auch freie Fahrt für Spekulanten und Absahner aller Art im Osten.
Jetzt sollen in ganz Berlin die Innenstadtbezirke für die neue Schickeria, die Yuppies also für die besser Verdienenden und Reichen, die auch nur die hohen Mieten bezahlen können und sollen, hergerichtet werden.
Wir, die Leute mit wenig Geld stören da nur. Wir sollen weg. Weg in anonyme Aussenbezirke, wo keineR keineN kennt, du allein dastehst mit deiner zu hohen Miete und dann doch länger arbeiten gehst um sie bezahlen zu können. Da haben sie dich dann vollends unter Kontrolle. Es herrscht Ruhe auf den Straßen.

Lassen wir uns das nicht bieten! Suchen wir sie heim in ihren schicken Büros am ku'damm, die sie mit unserem Geld finanzieren.

FRESST DIE REICHEN, BEVOR SIE UNS AUFFRESSEN!

GROSSER LUMPENAUFZUG
Sa. 22.9.
14°° BREITSCHEIDTPLATZ

bringt Lumpen, Krach-instrumente und alles was euch einfällt mit!

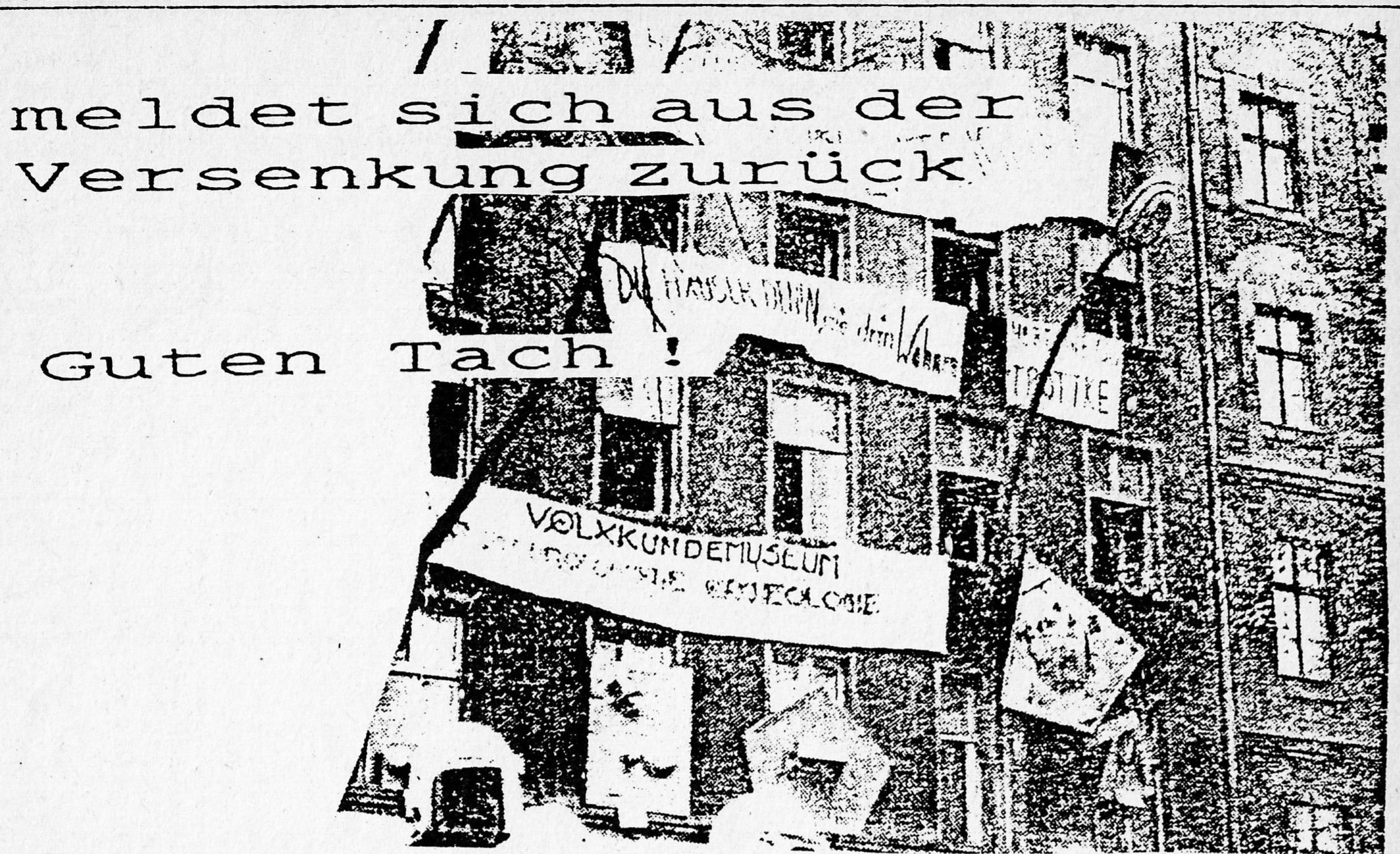
YUPPIE

FRESST DIE REICHEN

REICHENBERGERSTRASSE 63 a

meldet sich aus der Versenkung zurück

Guten Tach !



Nun kommen ein paar Infos zu uns und der R63a die eigentlich schon lange fällig sind ... sorry, aber besser yetzt als noch später.

Ein kurzer Rückblick:

Zu einer Zeit, als Hausbesetzungen in Berlin absolut kein Thema waren, haben wir die R63a mehrmals besetzt und den Konflikt um dieses Haus neu angezettelt. Das war so Ende '87 / Anfang '88. Damals wurde den Besitzern per Richterspruch zugesagt, das komplette Gebäude aus Profitgründen abreißen zu dürfen. Das ist dann wegen der Aktionen um das Haus nicht passiert. Der Senat zog das Ganze an sich, steckte ein Mordsgeld für die Modernisierung rein, hätte das Haus am liebsten aufgekauft.

Nachdem wir dreimal im Haus waren, erschien uns das Mittel Besetzung ziemlich ausgereizt. Außerdem gab's das Problem, daß das Haus renoviert werden mußte; weil für uns Selbsthilfemodelle nicht in Frage kamen (auch wenn anderslautende Gerüchte dem Szene-Klatsch zeitweise als Futter dienten; die Leute hätten vielleicht mal nachchecken sollen, schadet nie!) mußte es wohl eine öffentlich finanzierte Modernisierung sein, nix zu machen. In diesem Moment kriegte dann die Verwaltung den Fuß in die Tür und für uns fing das Krötenschlucken an. Es ist in relativ bewegungslosen Zeiten kaum möglich entscheidenden Einfluß auf so ein Verfahren zu nehmen, wenn mensch nicht im Haus lebt und sich dementsprechend querstellen kann ... tya.

Die Fluktuation in unserer Gruppe war zeitweilig recht groß, kein Wunder, wenn du dich als Gruppe zusammenfindest, um in grauer Zukunft in einem Projekt zusammenzuleben und politisch zu handeln, sich dieses Projekt bis zur Realisierung yahrelang hinzieht und du dich bei diesem Proyekt fast ausschließlich mit Ämtern und PolitikerInnen rumschlagen mußt, dann geht - nicht unbedingt, aber bei uns war das so - der elan und manchmal auch das gefühl für gemeinsamkeiten verloren. das ganze ist noch länger und zäher als dieser Satz, der es mittlerweile schon weit gebracht hat und hier sein Ende findet: wir wohnen mittlerweile mit etwa 20 leuten im Hinterhaus der R63a, vorläufig in einem ganz legalen Mietverhältnis und das Haus ist fürchterlich schick, nix für uns eigentlich.

Es gab mal die Zusage, beim Innenausbau Mitspracherecht zu haben, das war aber nicht so gemeint. Zwar hatte die Architektin (ihre "Brötchengeber" sind Heymann & Kreuels, die Eigentümer) Pläne nach unseren Vorstellungen neu gezeichnet; diese wurden yedoch Makulatur, weil das Bezirksamt in der Hinsicht nicht durchsetzen konnte oder wollte. Sie schoben nur immer wieder die WBK und die Bauordnungen vor. Fakt ist yedoch, daß sich Hauseigentümer samt ihrer Lobby auf politischer Ebene über solche Kleinigkeiten von sog. "Hindernissen" wie WBK und Bauordnungen öfters großzügig hinwegsetzen können - wenn sie wollen. **Das Ergebnis** ist, daß wir in einem Haus wohnen, das in dieser Form eher mal für Bankangestellte oder Yuppie-WG's gebaut ist, das ist **'ne schöne, saubere Käseglocke.** Baustadträtin Eichstätt meinte dazu, daß wir in 10 Jahren auch so leben wollten. yedenfalls wohnen wir jetzt in dem Gerät. Wichtig ist, was <u>nun</u> ist und sein wird.

Wie weiter ?:

Wir wollen, verankert hier im Kiez, eine Widerstandskultur mit aufbauen und leben, die sich gegen die hiesige Wohnungspolitik / Umstrukturierungsmaßnahmen hin zu Hauptstadtniveau richtet, aber eben so gegen den von oben praktizierten und leider auch von unten gelebten Rassismus.

Kultur von unten ist darin <u>ein</u> Bestandteil (von vielen). Unsere erste Veranstaltung mit 'Klaus dem Geiger' aus Köln war in unseren Augen ein guter Anfang.

Die R63a als ein Treffpunkt für viele, die unsere Wut / unseren Spaß teilen (wollen), das soll und kann noch öfters so sein.
Im Vorfeld noch viel mit Schlagwörtern und Parolen rumzuyonglieren scheint uns dennoch unangebracht.

Noch ein paar Takte zu den Spekulanten und Eigentümern Heymann & Kreuels: Abgesehen davon, daß wir jetzt hier drin sind, sind sie die eigentlichen Gewinner ...

Was unseren Mietvertrag betrifft, sieht es folgendermaßen aus:

Nachdem das Bezirksamt den ganzen Komplex für 10 Jahre von Heymann & Kreuels als Generalmieter übernommen hat, haben wir - als UntermieterInnen '**trottke** e.V.' - einen Nutzungsvertrag, ebenfalls über 10 Jahre über 10 Jahre - erhalten. Die politische Zusage, den anderen ModernisierungsmieterInnen gleichgesetzt zu werden, wurde nicht ganz eingehalten. Wir haben eine Miete von 4,60 DM kalt pro qm, zahlen aber 1,50 DM Betriebskosten pro qm dazu. Diese Betriebskosten sind bei den anderen Mieten zum größten Teil in der Kaltmiete enthalten. Wir bekommen einen Härteausgleich (wie andere UmsetzmieterInnen auch) von 1,00 DM pro qm im ersten Jahr, der sich dann pro Jahr um DM 0,20 pro qm senkt.

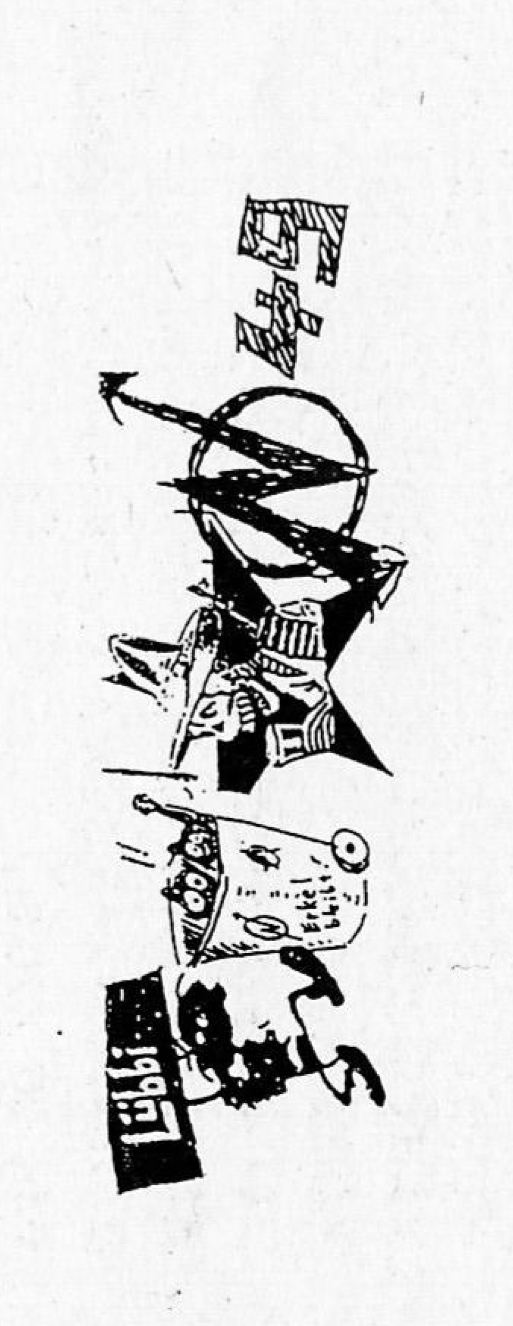
soweit erstmal für's erste.

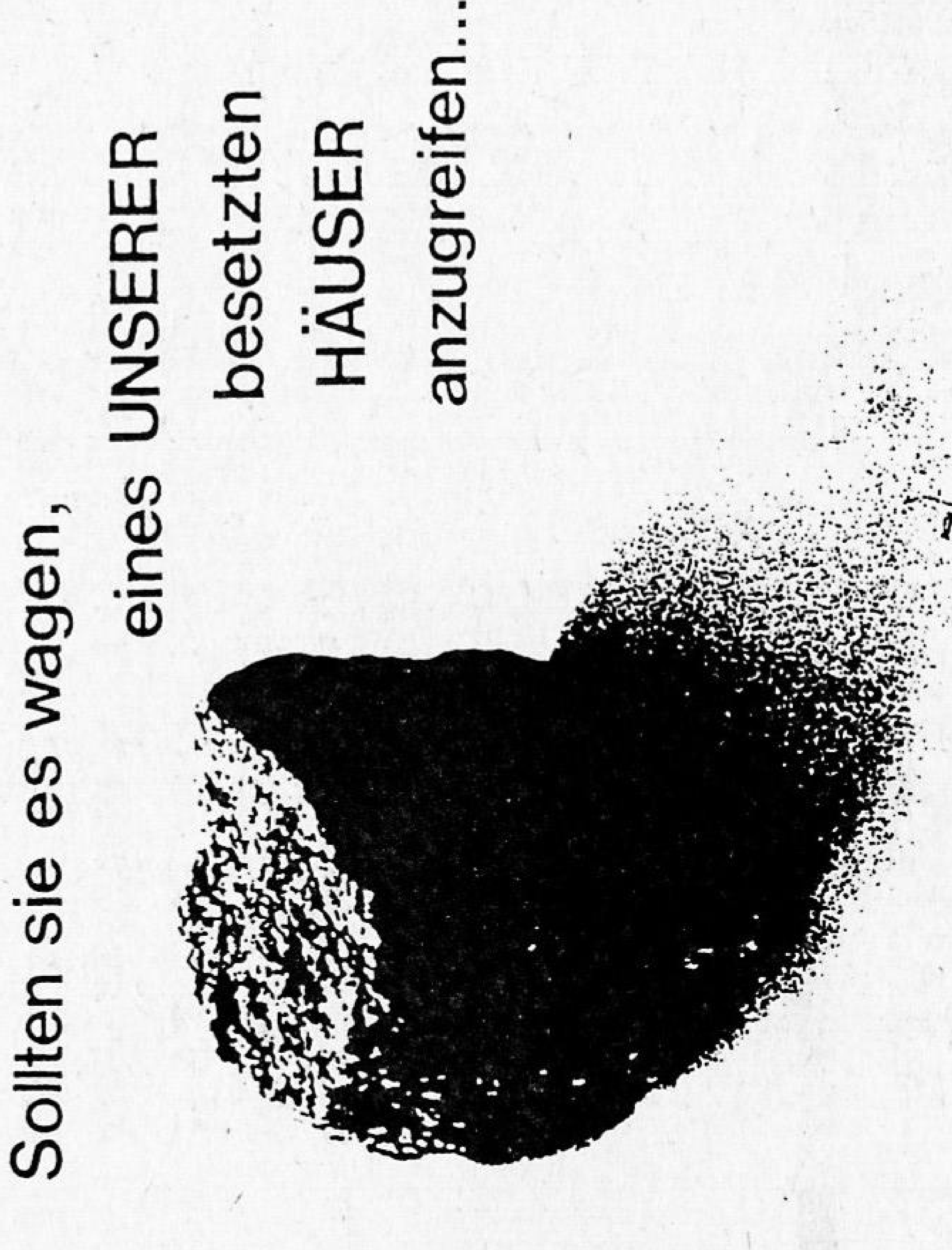
IHR HÖRT VON UNS -

WIR HÖREN VON EUCH

biss denne

trottke







dafür, dass bauwert/wohnwert bald ein eisiger gegen(macht)wind entgegen schlägt, haben wir deren fenster im firmensitz münchnerstr 47 1-30 schonmal auf durchzug geschaltet.
gründe dafür gibt es genug
bauwert/wohnwert ist ein firmenkomplex aus münchen, der seit einigen jahren seinen schwerpunkt nach berlin hat.
tätig sind die spekulanten:

- in der altbauluxusmodernisierung ein beispiel ist die katzbachstr. 5, wo die bewohnerInnen durch 3-fache mieten rausgedrängt werden sollen. s. mieterecho nr. 223
- im bau von hotels u.ä. beispiel der geplante hotelbau auf dem kindelparkplatz in neukölln hermannstr.
- im abriss u. neubau. teils mit öffentlichen geldern finanziert. beispiel wrangelstr. 79 in 36. hier will bauwert das kuckuksei für ein fünfstöckigen neubau abreissen lassen.

das ziel ist immer das gleiche: profitablere mietausbeulung u. umstrukturierung der stadtteile für yuppies und besser verdienende.

gegen die umstrukturierun den militante widerstand organisieren!
anstatt mietausbeulung - enteignung aller hausbesitzer!

kein abriss der wrangelstr. 79 (kuckuks.
militante grüsse an die a.a.i.!

sozialrevolutionäre zelle

17.9.90



VOLXSPORT

ALDI MARKT informiert

LIEBE MITBÜRGER !

UM UNSEREN DEUTSCHEN KUNDEN IN UNSEREN DEUTSCHEN SUPERMÄRKTEN WEITERHIN DIE GEWOHNTE UND ANGENEHME ATMOSPHÄRE ZU ERHALTEN, BIETEN WIR IHNEN AB SOFORT POLENFREIEN EINKAUF IN UNSEREN FILIALEN.
ES KANN UND DARF VON UNS NICHT ERWARTET WERDEN, ZU BERÜCKSICHTIGEN, IN WIE WEIT ANDERE LÄNDER MATERIELL ODER EXISTENZIELL VOR DEM RUIN STEHEN. ZUMAL WIR DURCH UNSERE KAPITALISTISCHE STAATSFORM DOCH GERADEZU VERPFLICHTET SIND, DEUTSCHES KAPITAL SINNVOLL ZU VERMEHREN.
WIR DANKEN UNSERER DEUTSCHEN KUNDSCHAFT VOM 6.9.1990 FÜR IHRE SOLIDARITÄT UNSERER FILIALE (DÜRERPLATZ 1) GEGENÜBER, UND DER FREUNDLICHEN MITHILFE BEIM ENTFERNEN DER 30 POLEN.

SOLLTEN SIE SICH IN ZUKUNFT TROTZ UNSERER BEMÜHUNGEN DENNOCH VOM ANBLICK VON POLEN ODER ANDEREN AUSLÄNDERN BELÄSTIGT FÜHLEN, SO WENDEN SIE SICH BITTE DIREKT AN UNSEREN FILIALLEITER HERRN DWORKOWSKI IN UNSERER FILIALE AM DÜRERPLATZ 1,1000 BERLIN 41,
ODER ABER TELEFONISCH IN UNSERER ALDI-ZENTRALE UNTER DER RUFNUMMER: 779905-0
WIR FREUEN UNS, SIE AUCH WEITERHIN ALS KUNDE ZUFRIEDENSTELLEN ZU KÖNNEN.

ALDI BÜRGT FÜR BÜRGERNÄHE !

MIT FREUNDLICHEN GRÜSSEN

i.A. [Unterschrift]

IHRE ALDI-MARKT-KETTE

Gute hundert Jahre nach seinem Tod wird Karl Marx gegenwärtig zum zweiten Mal beerdigt. An der Beerdigung nehmen nicht nur Sozialdemokraten und ehemalige Realsozialisten aus aller Herren Länder teil, sondern auf seine Weise auch der antiimperialistische und autonome Widerstand in der BRD.
Auf diese polemische Formel könnte die Kritik von "autonomus marxistus" an den wüsten Begriffsschlachten mit "Militanz", "revolutionärer Widerstand", "Kampf" usw. gebracht werden. Am Beispiel der Aussage Andrea Sieverings im Prozess gegen Luitgard Hornstein versucht er zu zeigen, wie mythologisierende Begriffe an die Stelle einer klaren Vorstellung von Kapitalismus als einem ökonomischen Verhältnis tritt, Revolutionäres Bewußtsein hat etwas mit dem Einblick in die Fuktionsweise dieses Verhältnisses zu tun, und nicht einfach nur mit dem"Willen zu kämpfen"

EINIGE KRITISCHE UND POLEMISCHE ANMERKUNGEN ZUR AUSSAGE VON ANDREA SIEVERING IN STAMMHEIM

Am 17.7.90 hat Andrea Sievering (verurteilt zu 9 Jahren wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft und angeblicher Beteiligung am Anschlag auf Dornier) in Stammheim im Prozeß gegen Luitgard Hornstein als Zeugin ausgesagt:"es ist in den mobilisierungen zu den prozessen auch die beziehung zwischen uns und den menschen draußen gewachsen, gemeinsam darum zu kämpfen, jede und jeder aus den eigenen Möglichkeiten, wie wir erreichen können, daß die urteile gekippt werden und jetzt konkret, daß luiti freikommt...für mich ist darin ein schritt, jetzt konkret zu reden, was die wirklichkeit ist gegen ihre konstruktion einer beteiligung an dem angriff auf dornier." (Andreas Aussage sowie weiteres Material zum Prozeß gegen Luiti gibt's bei der Bunten Hilfe/Prozeßgruppe, c/o Infoladen, Mörikestr.69, 7000 Stuttgart 1 gegen Geld- oder Briefmarkenspenden).

Ein Grund für Andreas Aussage ist, die "Gesamt-RAF"-Phantasien von Bundesanwaltschaft und Staatsschutzsenaten bloßzustellen:"daher ist auch jede initiative oder angriff, die von z.b. militanten in der offensive 86 gelaufen sind, mir politisch nah, was nichts über meine direkte beteiligung an der offensive sagt, sondern über meine politische identität. es kann deshalb nicht unsere sache sein, wenn sie uns wild die angriffe zuordnen, jeweils zu sagen, wie es tatsächlich ist...deshalb haben wir z.b. darüber geredet, daß wir nicht raf sind, diese "gesamt-raf"-konstruktion nicht stimmt und wie wir wirklich im widerstand gekämpft haben...eine möglichkeit, die wir auf dem terrain hier (=stammheimer Senat,d.V.) noch haben, ist von mir aus die wirklichen fakten zu sagen."

"bisher sind sie durchmarschiert, indem sie uns beliebig angriffe aus der offensive 86 zugeordnet haben durch lügen, konstrukte...uns ist wichtig, es hier als ein beispiel aufzuknacken und es eben sichtbar zu machen, daß die macht uns für einen angriff verurteilt, den wir nicht gemacht haben...es geht nicht um konkrete sogenannte "taten", sondern was sie kriminalisieren, was sie zerstören wollen, sind wir, wie wir denken, fühlen, was unser leben, unsere politische identität ausmacht. das ist über diesen prozeß hinaus wichtig, um in den mobilisierungen gegen die prozesse politisch handeln zu können...daß die macht perspektivisch nicht mehr so einfach menschen aus dem widerstand, die für revolutionäre politik stehen, mit den hergeholtesten lügen verhaften und verurteilen kann." (Aussage, S.14)

Dem ist insoweit kaum etwas hinzuzufügen außer der Aufforderung, noch stärker als bisher, noch breiter, gegen den Prozeß gegen Luiti zu mobilisieren, hinzugehen, Öffentlichkeit herzustellen, um als ersten Schritt das Verfahren gegen Luiti wegzukriegen und als nächsten die Freilassung von Andrea, Rico Prauss und Chris Kluth durchzusetzen. So offen wie lange nicht zeigt sich derzeit in Stammheim die Rolle der §129a-Sonderjustiz zur Bekämpfung schon des **Gedankens** an Befreiung.

Das ist das eine. Das andere ist der politische Kern, jenseits allen Juristisch/Kriminalistischens, in Andreas Aussage. Und da stellen sich Fragen, über die genau zu sprechen sein wird, da ist Kritik und teilweise heftiger Widerspruch anzumelden. Als einen Anfang schreibe ich auf, was mir und anderen in den letzten Wochen in Diskussionen durch den Kopf gegangen ist, aber auch was andere z.T. in anderen Zusammenhängen beigetragen haben. Ich denke, daß es unumgänglich ist, eine Debatte in der radikalen und revolutionären Linken zu führen, die die Verfahren gegen GenossInnen nicht aus den Augen läßt, die aber auch schonungslos am Politikverständnis ansetzt, wie es aus Andreas Aussage deutlich wird.

Andrea geht mit für die linksradikale Praxis zentralen Begriffen zumindest schlampig um, so daß sich der politisch-praktische Gehalt der Worte oft kaum noch nachvollziehen läßt. Sie bemerkt - denke ich richtig - "militant sein umfaßt für mich ein breites spektrum von kampf" (S.15) um dann fortzufahren "und bedeutet nicht, daß jede und jeder militante auch militante angriffe macht..." Im zweiten Teil des Satzes kann dann militant aber doch wieder nur militärisch oder bewaffnet heißen, die gerade hergestellte halbe Klarheit wird wieder unklar. Wir sind es aber nicht nur uns selbst, sondern allen die politisch mit uns zu tun haben und mit denen wir zu tun haben wollen schuldig, klarzustellen, unter welchen Umständen wir welche **Mittel** anwenden und nicht unsere Militanz als nicht nachvollziehbares Glaubensbekenntnis vorzuweisen.

Ähnliches gilt für den Begriff der Illegalität. Andrea sagt:"natürlich stellt sich für jede und für jeden hier die frage, wie wir...uns strukturen schaffen, aus denen wir handlungsfähig sind, in denen wir diskussionen führen können, die wir wollen." (S.16) Völlig klar und gebongt! Aber sie fährt fort."das sind illegale strukturen, der raum, den du dir erkämpfst, den der staatsschutz nicht besetzt hat. das ist sich von observationen befreien, sich ohne bullen bewegen. und es sind die beziehungen, die du so aufbaust, daß der apparat sie nicht durch blicken kann." (ebd.) Natürlich ist eine selbstbestimmt Diskussion nicht illegal auch wenn's der Staatsschutz gerne hätte, unbeobachtet sein ist es nicht und Beziehungen sind es auch nicht. Die Parole "legal - illegal - scheissegal", die sich auf Aktionsformen bezieht und so auch richtig ist, gebiert hier einen (Il)-legalitätsbegriff, der von sich aus Terrain aufgibt, der nicht mehr darauf beharrt, angegriffene und mühsam errungene "Freiheiten", eben "Legalität" zu verteidigen. Wir müßten doch den Teufel tun, ein unabgehörtes Gespräch auch noch von uns aus als illegal zu bezeichnen!

Aber dies sind eher Form- denn inhaltliche Fragen, obwohl deren Wichtigkeit keineswegs unterschätzt werden darf. Katastrophal ist aber die Unschärfe der Begriffe, wenn's um's Eigentliche geht - um revolutionäre Politik. Andrea sagt: "sie greifen uns an, weil wir als menschen aus den widerstandsprozessen zu revolutionärer politik gekommen sind. wir stehen dafür, daß es nicht mehr die raf alleine ist, die revolutionär kämpft." (S.12) Es gab also vor der "gemeinsamen offensive" von RAF und "(illegalen) Militanten" 1986 in der BRD keine revolutionäre Politik außer der RAF??? Da müßten wir dringlich klären, was revolutionär (außer bewaffnet, das allerdings zieht sich durch Andreas Aussage durch) denn bedeutet.

Daß tatsächlich nur die RAF und "einige menschen aus den widerstandsprozessen hier" RevolutionärInnen sind, wird praktisch schon am Anfang klargestellt:"dazu will ich davon reden, was unsere politik in den jahren 80-86 war, woraus die offensive 86 gekommen ist. wir haben in diesen jahren einen anfang gemacht, als menschen aus den widerstandsprozessen herauszufinden, wie wir selbst zu revolutionärer politik kommen können, zum faktor gegen die macht werden und wie wir darin die einheit der revolutionären kräfte entwickeln können." (S.3) Daß bei alledem die Kategorie Widerstand nie politisch/praktisch/inhaltlich konkretisiert wird, ist ebenso ärgerlich wie die permanente Verwendung der Gleichung "Widerstand = wir", die nur den Schluß zuläßt, daß eben alle anderen kein Widerstand sind - wogegen auch immer.

Jedenfalls spielt sich "widerstand" in den "konkreten kämpfen/bewegungen" ab und es war ihnen offenbar nicht möglich, in den Bewegungen zu revolutionärer Politik zu kommen:"wir haben damals die konsequenz gezogen aus den bewegungen herauszugehen. das kam daraus, daß es in den bewegungen kaum kräfte gab, soweit einfach die entwicklung gar nicht war, die, wie wir, zu revolutionärer politik kommen wollten. gerade die breiten bewegungen, wie die anti-akw-bewegung oder später die friedensbewegung waren viel dominiert durch die auseinandersetzungen zwischen reformistischen und radikalen kräften..."(S.3/4)

Bestimmt ist die Beschreibung der Bewegungen als z.T. reformistisch richtig. Andrea fährt fort:"das wollten wir einfach nicht mehr so weiter mitmachen und es waren nur wenige, die da ausbrechen wollten. für uns war zudem die frage wichtig, wie wir überhaupt hier in der brd eine kraft schaffen, eine politik und praxis entwickeln, die revolutionäre orientierung ist und vermittelt." (S.4) Aber mit wenigen **rauszugehen** um revolutionäre Orientierung von **außen** zu bieten wiederholt das Politikverständnis der Kader- und Avantgardeorganisationen der 70er Jahre.

Als weiterer Grund für das Rausgehen aus den Bewegungen wird benannt:"egal, wo wir konkret angesetzt hatten, gegen welche projekte wir losgekämpft hatten, es war immer dieselbe machtstruktur auf die wir gestoßen sind. daraus war uns bewußt, daß wir auch die kraft hier brauchen, die direkt gegen diese machtstrukturen zum angriff kommt."(S.4) Es ist wieder richtig, daß teilweise die 1-Punkt- Bewegungen nicht vom nächsten AKW zur Startbahn gesehen haben und nicht aus dem besetzten Haus in's benachbarte Flüchtlingslager. (Daß "Machtstrukturen" staat/ kapital/militär sind und nicht etwa vielleicht auch Männer oder das Patriarchat ist "widerstand" wie Bewegungen ja gleich unbewußt.) Nun zu glauben, die "machtstrukturen" unabhängig von den (tendenziellen) Massenbewegungen als kleine revolutionäre Gruppe besser bekämpfen zu können, übersieht ein paar zentrale Punkte.

Erstens gibt es eine Dialektik, ein Wechselverhältnis, zwischen den Massenbewegungen - so reformistisch ihre Mehrheit auch sein mag - und ihren radikalen oder revolutionären oder antikapitalistischen Minderheiten. Genau die Anti-AKW-Bewegung ist hierfür ein Beispiel. Wäre die Linke bei Wyhl schon rausgegangen, hätte der Angst der Winzer vor den Dampfwolken über ihren sonnenverwöhnten Hängen das Feld überlassen, dann stände heute das militärische Großprojekt Wackersdorf. Diese zugegebenermaßen verkürzte These nur als Anregung, darüber nachzudenken, daß revolutionäre Politik auch mal 'nen längeren Atem als von 80-86 braucht. Zweitens läßt sich "direkt zum angriff kommen" ja wohl nur als z.B. Feuer und Flamme nicht verabscheuend buchstabieren, als Anwendung von Sachbeschädigung, Sabotage, was weiß ich welcher Mittel. Startbahn-, Häuser- und Anti-AKW-Bewegung bzw. Teile von ihnen haben den direkten "Angriff" nicht gescheut, allerdings als Bewegungen zumindest teilweise über seine Berechtigung und Effizienz diskutiert, die allergewaltfreiesten Pflugschar-Pazifisten haben Rüstungsgüter zertrümmert. Die "endlosen gewaltdebatten" gab's und gibt's zwar immer wieder gleich nervig, aber sie tragen ja wohl auch Früchte in den Bewegungen in dem Sinne, daß "Chaoten, Schwarze Blocks und GewalttäterInnen" gesellschaftlich nie ganz isoliert werden konnten - trotz allem.
Drittens und ganz einfach:Bewaffnete Politik allein kann nicht gewinnen - sie braucht den Rückhalt, die Verankerung in den Bewegungen, das "verhältnis zu den massen, die sich verbreitern". Andrea sagt:"darum (und um die gewaltdebatte und das verhältnis zum staat) ging es oft viel mehr, als um die frage, wie wirklich die projekte verhindert werden können. das hat blockiert und gelähmt."(S.4) Ja, das ist oft lähmend, aber wie anders soll revolutionäre Politik denn irgendwann mal so richtig gehen? Bewaffnete Politik für sich bleibt militaristisch, sie kann auch nicht von außen "revolutionäre orientierung" vermitteln. Ich schreibe hier bewußt bewaffnete Politik (die nicht an sich revolutionär sein muß) und nicht revolutionäre, weil im Verständnis der Militanten von 86 beides offenbar untrennbar verknüpft ist:"die raf hat für uns das beispiel verkörpert von revolutionärer politik, die gegen die macht direkt zum angriff kommt. wir haben

uns dann gefragt, wie wir selbst von da aus, wo wir sind, kämpfen können und darin dann zusammen mit der guerilla kämpfen können. das ist zuerst konkret geworden in den gemeinsamen offensiven von raf und militanten."(S.4)
Warum ihr "selbst zum angriff kommen" erst von außerhalb, nach dem Rausgehen aus den Bewegungen, ging, bleibt wohl das Geheimnis der Offensive 86.

Im übrigen fand ich, was Christian Geissler in "Grüße an Helmut Pohl" geschrieben hat (in Arbeiterkampf 315,Feb.90) so zutreffend, daß ich einen Abschnitt direkt als Antwort auf Andreas (später geschriebene) Erklärung zitieren will (aus "6.die entwicklung seit mitte der 80er"):"gegen dies dein verständnis, deine ordnung der dinge sag ich dir kritisch meins:**offensive** ist es nicht, einige wichtige täter aus den kapitalapparaten rauszuschießen. das kann, wer das wirklich will, zu jeder zeit jeder ganz allein. van der lubbe (feb.33) war zutiefst richtig, war aber keine offensive. elser (nov.39) war zutiefst richtig, aber keine offensive. eine offensive (oder wir machen aus wörtern mythologeme, zauberformeln, aller wirklichen erfahrung entzogen, verträumt ausgelaugt flatternd floskel statt fakt) setzt plangerecht und möglichst wirklichkeitsgerecht breite kräfte gleichzeitig in bewegung, geht übers feindgelände hin wirklich vorwärts (oder bleibt stecken; dann heißt das niederlage). beides trifft für (nicht nur) 85/86 nicht zu. auch hier macht es keinen sinn, nur schädlichen unsinn, kraftworte zu phantasieren. schaden auch so, daß sich kampf**phantasien** eben grad **nicht** umsetzen lassen in basisprozesse."

Ich will nicht mehr viel zum Begriff der "Front" sagen, wie er von RAF, "Militanten" und "Widerstand" verwendet wird. Entweder ist eine militärische gemeint,die es so nie gegeben hat ("Brigate, RAF, ETA, IRA - eine Front in Westeuropa" beschworen die Antiimps früher auf Demos). Oder es ist eine politische gemeint, oder meinetwegen eine politisch/militärische, die dann quer durch die westdeutsche oder westeuropäische Gesellschaft laufen müßte. Die Verwendung des Begriffes erfolgt aber so substanzlos, daß es nicht verwundert, daß in Andreas Text nie klar wird, wer sich jenseits der Fronten denn gegenübersteht: gesellschaftliche Lager oder Klassen, oben und unten, Männer und Frauen? Was sich durch die gesamte Aussage zieht, ist die Konfrontation zwischen einer manchmal quasi-mythisch erscheinenden "Macht" (manchmal als imperialistische bezeichnet) und andererseits den "Menschen" (manchmal auch als ganze bezeichnet) oder auch dem "revolutionären Pol".

Diese Begriffe und Bilder sind bezeichnend für die Unfähigkeit oder den Unwillen zur Analyse gesellschaftlicher Zustände: (imperialistische) Macht und (ganzer) Mensch, das ist das Gegensatzpaar aus StarWars und ähnlichen Trivialmythen; ein "revolutionärer Pol" ist zwar eine originelle Neuerfindung (in Italien gab es schon die "revolutionären Kerne", auch in der westdeutschen Linken war einmal die Focustheorie sehr angesagt, für den Focus gilt übrigens sinngemäß ähnliches wie für einen Pol). Ein Pol ist schlicht ein (gedachter) Punkt. Es ist wirklich zu fragen, welche Rolle ein Pol in den realen (Klassen)Kämpfen hier und weltweit spielen soll. Ist er eine neue Avantgarde? Ich lasse die Frage so stehen, ich will nicht weiter polemisieren.

In diesem Zusammenhang nur noch ein paar Anmerkungen zu falschen historischen Sichtweisen der Militanten von 86. Laut Andrea ist 85/86 etwas eingetreten, was die internationale Situation als eine "neue" erscheinen ließ. Bisher hatten die "imperialisten den krieg an allen fronten führbar und gewinnbar machen wollen, die zertsörung von westeuropa im atomaren und high-tech-schlachtfeld einkalkuliert" (s.5, sinngemäß auch 6). Sowas nenn' ich nebenbei Eurozentrismus der schlimmsten Art, wenn überhaupt sollte von hier aus der Krieg gegen die SU und die 3 Kontinente führbar gemacht werden (was andernorts auch richtig bemerkt wird). Aber:"der globale krieg an allen fronten, den die imperialistische macht wollte, den haben wir weltweit verhindern können" (S.6). So, zack, jetzt hat's der Imperialismus gekriegt! Wie das ging, ob der Imperialismus (eine immerhin auch halbwegs Interessen kalkulierende Kapitalstruktur) vielleicht selber nicht so wollte, warum das 85/86 war, dieses "Kippen" der internationalen Situation - all' dies bleibt im Dunkeln.

Andrea stellt fest:"hier im we-zentrum konnten sie zwar die msr-stationierung durchsetzen, aber sie konnten keinen atomkrieg gegen den osten und süden führen. das hätte die mehrheit in westeuropa nicht mitgemacht."(S.7) Jetzt doch die Massen? Die Mehrheit in Westeuropa gar? Wer hätte die zum einen gefragt, wenn der Atomkrieg hier tatsächlich vorgesehen war und zum anderen: warum dann raus aus den (Friedens)Bewegungen?

Der Kern dieser Sicht der Weltlage 85/86 enthüllt sich vielleicht an einem Detail, der Anführung von El Salvador als Beispiel für das "militärische Patt" zwischen Befreiungsbewegungen und Imperialismus - es ist schlicht falsch. Weder war in El Salvador 85 die Armee "schon besiegt" noch taucht im Text die viel frühere Zerschlagung der Volksbewegungen überhaupt auf! So erst entsteht das Bild des "Patts" und wird die Dialektik von Guerilla und politischer Bewegung ausgeblendet.

Die 80er Jahre waren eben nicht - wie Andrea meint - ein ganz neuer Roll-Back-Versuch der Imperialisten. Das Roll-Back lief immer schon und eine Aufzählung der Interventionen der 80er (Türkei, Libanon/Palästina, Grenada) gibt da qualitativ nichts her. Die These vom "Neuen" ist nur scheinbar quantitativ belegt, vielleicht weil das historische Gedächtnis nicht bis Suez, Korea, Griechenland, zur Dominikanischen Republik, nach Indonesien und Tel al Zataar etc. zurückreicht?

Eine Prozeßaussage ist sicher nicht der Ort genauer geschichtlicher Untersuchung. Die Stichworte spiegeln aber die Sicht der Geschichte als einer vom je individuellen "Willen" geprägten statt als einer internationaler Klassenkämpfe. Diese Art von Analyse führt sich selbst in die Irre, dies wird auch eingestanden:"dieser ganze historische abschnitt hat uns erfaßt. das lief schon 85. wir waren uns dessen nur nicht richtig bewußt. wie auch, wo heute erst die ganze dimension der weltweiten veränderungen sichtbar werden." (S.7) Ich sag' nicht, ich oder irgendwer sonst hätte es schon immer gewußt, ich will aber versuchen, auf Andreas Frage Ansätze zu einer Antwort zu geben:"da hat sich die entscheidende frage angefangen zu stellen...wie können wir aus dieser neuen situation zu rev. politik kommen...was brauchen wir neu, anders."

Ich sage: wir brauchen, gar nicht neu, aber anders, eine Sicht der Geschichte - auch Eurer aus dem Widerstand, auch unserer der sonstigen radikalen und vor allem autonomen Linken - und der Gesellschaften, von Imperialismus, Kapitalismus und Patriarchat, von Klassenkämpfen im Trikont und in den "Metropolen". Wir brauchen eine Sicht, die mehr differenziert als in Kategorien von "Macht" oder "Schweinesystem" (hat Andrea nicht gesagt, nennen aber viele so!) dort und Mensch oder Volk hier. Es geht u.a. um ein (revolutionäres!) Instrumentarium, das Gesellschaft, Geschichte und Kämpfe aus ihren **Antrieben** heraus erklärt, aus (unterschiedlichen) **Interessen**, aus materiellen Ursachen und nicht aus Begriffen wie "Wille zu kämpfen" oder ("rev.) Identität"). Für mich gipfeln falsche Auffassungen vom revolutionären Kampf in Andreas Feststellungen:"bei uns ist da all das aufgebrochen, wo wir nicht zum bruch mit dem system gekommen sind, was wir noch an entfremdung, unselbständigkeit mit uns mitgeschleppt haben, ohne es anzupacken...es hat sich alles dahin zugespitzt, daß der befreiungskampf da stark wird, wo wirklich das subjekt, die befreiung des ganzen menschen im langandauernden weltweiten kampf im zentrum steht."(S.10) Das ist (militante) Antroposophie, das ist Rudolph Steiner statt Karl Marx.

Tatsächlich liegt die Zuspitzung unter kapitalistischen Verhältnissen darin, daß Kapitalismus ein System der Verwertung von Wert ist, der die objektiven Lebensbedingungen der darin Lebenden "hinter ihrem Rücken" (Marx) bestimmt. Der Zusammenhang ist gerafft schwer zu erklären, ihn zu verstehen aber Voraussetzung, um vom subjektiven ("freien") Willen als (oft einzigem) Antrieb revolutionären Bewußtseins wegzukommen. Nur das Verständnis der **Funktionsweise** des Kapitalismus kann zu einer wirkungsvollen **Strategie** gegen dieses gesellschaftliche Verhältnis führen - nicht das Unbehagen oder die Unerträglichkeit des eigenen Befindens. (Gleiches gilt übrigens für das Patriarchat als HERRschaftssystem und

für Formen rassistischer Unterdrückung. Diese werden von der Marxschen Analyse nicht abgedeckt - sie tauchen aber auch in Andreas Text nicht auf.) Ich zitiere im folgenden durchaus zustimmendaus einem hamburger Papier ("Auton omes Schattenboxen") zu den "phantomenalen anti-kapitalistischen Aktionstagen". Ich meine dies als Anstoß, den Fragen, die sich der "Offensive 86" offenbar auch gestellt haben, tatsächlich einmal nachzugehen:

Revolutionärer Antikapitalismus ist der Kampf gegen ein VERHÄLTNIS

In einer Zeit des Zusammenbruchs des Surrealsozialismus auf die Wiederbelebung der Marxschen Theorie zu setzen mutet anachronistisch bis sektiererisch an. Hat die weltumspannende "Allmacht des Kapitals" nicht gerade die "reale" Umsetzung der Gesellschaft der frei assoziierten Individuen "brutal zerschlagen". Werden wir nicht gerade Zeugen des letzten "Endsieges des Kapitalismus" und der endgültigen Niederlage aller Sozialismusvorstellungen? NEIN!

Durch den Erdrutsch der Kapitalismuskopie kann der Blick frei werden für die Entwicklung einer konkreten Utopie auf der Höhe der erreichten Vergesellschaftung. Was ist eigentlich, wenn die "Zerschlagung des Sozialismus" vielleicht nicht die unendliche Herrschaft des Kapitalismus bedeutet, sondern selbst Anzeichen für den Zusammenbruch des Kapitalverhältnisses überhaupt ist? Kann es sein, daß Kapitalismus und "Realsozialismus" verschiedene Formen desselben negativen Inhalts sind, wovon die unterentwickelte Variante, die die unmögliche Planung des Marktes versuchte, historisch überfällig nun vor unseren Augen zerbrochen ist? (Vgl. hierzu Krisis/Flugschrift 1/90 und Krisis (ex-Marxistische Kritik) 8/9 "Deutschland einig Irrtum")...

Während die bürgerlichen Kaffeesatzleser auf einen Wirtschaftsboom hoffen müssen...glaubt die Linke in ihrer autonomen (und antiimperialistischen, d.V.) Spielart die gesamte Entwicklung als von einer ominösen und abgefeimten Herrschaftsclique gesteuerte interpretieren zu müssen. Identisch ist diesen scheinbar antagonistischen Auffassungen die Unkenntnis der Eigenlogik eines sich den Individuen gegenüber verselbständigten Verhältnisses, das eben schon lange zur weltumspannenden Totalität geworden ist. Die Subjekte, und zwar egal ob Kapitalisten, Politikaster, LohnarbeiterInnen oder Revenue-EmpfängerInnen vollziehen wie Marionetten nur die Gesetze der Selbstverwertung des Werts; wir sind alle Charaktermasken eines Verhältnisses, das sich "hinter 'unserem' Rücken" hergestellt hat. Daß die "Herrschenden" oder "Schweine" sowohl dem eigenen Selbstverständnis, als auch dem Mißverständnis der Autonomen nach die großen Drahtzieher und Zampanos sind, beweist nur das korrespondierende "notwendig falsche Bewußtsein". Was beide Fraktionen nicht begreifen ist die Herrschaft des Wertverhältnisses, das bis in die Intimsphäre hinein regiert und all unser Denken bestimmt.

Nach Kalle Marx hat dies seinen Ursprung in der Art und Weise, wie die Menschen sich über den Warentausch zueinander verhalten. (Was nun folgt ist eine knappste Zusammenfassung des "Kapital",Band 1, d.V.)
Damit zwei sinnlich und gebrauchswertmäßig völlig verschiedene Dinge gegeneinander getauscht werden können, bedarf es der Reduktion auf ein gemeinsames Maß, in dem sich beide Produkte gleich ausdrücken lassen, von dem dann ein "Mehr" oder "Weniger", "Größer" oder "Kleiner" festgestellt werden kann. Diese für den Tausch notwendige Gleichheit kann mit der natürlichen Beschaffenheit der Waren nichts zu tun haben, denn deren Verschiedenartigkeit ist gerade Voraussetzung für den Tausch; wer tauscht schon Boskop-Äpfel gegen Boskop-Äpfel? Die Gleichheit kann also nur gesellschaftlichen Ursprungs sein. Worin aber kann diese Gleichheit bestehen? Um das herauszufinden muß von der natürlichen Unterschiedlichkeit der Produkte abstrahiert werden. Was bleibt ist die bloße Verkörperung von unterschiedsloser menschlicher Arbeit, denn mit der konkreten Beschaffenheit der Produkte verschwindet durch die Abstraktion auch die zu ihrer Herstellung angewandte konkrete Arbeit. Den **WERT** der Produkte bildet also die abstrakte menschliche Arbeit. Der Wert ist die Abstraktion von aller konkreten Beschaffenheit und Nützlichkeit, jeglicher qualitativer Inhalt ist darin ausgelöscht.

Der/die einzelne ProduzentIn erfährt allerdings erst über den Markt, welchen Wert sein/ihr Produkt hat bzw. zu welchem Wert dies absetzbar, tauschbar ist. Bei zunehmender gesellschaftlicher Arbeitsteilung stellen sich über den Markt spezifische gesellschaftliche Durchschnittswerte her, an denen das Produkt des/der Einzelnen gemessen wird. Der Wert des Produktes bestimmt sich somit nicht daran, wieviel individuelle abstrakte Arbeit in die Herstellung des Produkts eingegangen ist, sondern daran, wieviel gesellschaftliche Durchschnittsarbeit zur Produktion erforderlich ist bzw. welche Arbeit sich als Tauschwert realisieren läßt. Arbeit, die aufgrund unterdurchschnittlicher Produktivkraft geleistet wurde, wird gesellschaftlich nicht bewertet, d.h. sie ist unnütz geleistete Arbeit. Der/die ProduzentIn erfährt also erst nach der Produktion auf dem Markt, in der Zirkulation, ob und wieviel **WERT** sein/ihr Produkt enthält. Im Kapitalismus ist das Maß aller Dinge das **GELD**. In ihm drücken alle verschiedenen Gebrauchsdinge ihren Wert aus. Der Zweck der Produktion ist nicht die Herstellung von Gebrauchsgütern, sondern von Waren oder Tauschgütern. Obwohl der Wert sinnlich nicht faßbar ist, sondern nur "soziales Gedankending" (Marx), also SCHEIN ist, befestigt sich dieser Schein mit Entwicklung des Wertverhältnisses. Der Schein wird real, da über den Markt gesellschaftlich real von der konkret geleisteten Arbeit abstrahiert wird.

Die Warenproduktion ist nach dem bisher Gesagten ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem die ProduzentInnen einerseits gegenseitig füreinander produzieren, also gesellschaftlich, dies aber andererseits getrennt voneinander tun, also privat. Die Individuen stellen ihren gesellschaftlichen Zusammenhang also nicht direkt, durch bewußte gemeinsame Übereinkunft, sondern indirekt über den Austausch von Waren her. Dieser Widerspruch der indirekten oder negativen Gesellschaftlichkeit führt dazu, daß sich für jede/n ProduzentIn sein/ihr eigenes Produkt, weil nicht für den eigenen Gebrauch bestimmt, als rein quantitative Vergegenständlichung verausgabter Arbeit schlechthin darstellt, "Arbeit sans phrase" (Marx). Die VerkäuferInnen sind nicht an der konkreten nützlichen Eigenschaft der Ware, ihrem Gebrauchswert, sondern an ihrem Tauschwert interessiert. Die privat hergestellte Ware ist ihnen nur Mittel zu einem anderen Zweck.

Wirklich total wird dieses Verhältnis jedoch erst mit der Verwandlung der Arbeitskraft selbst in eine Ware. Die LohnarbeiterInnen haben nicht an dem konkreten Inhalt der Arbeit, geschweige denn an der Nützlichkeit der von ihnen hergestellten Produkte interessiert zu sein, sondern an dem Tauschwert der eigenen Arbeitskraft, der sich im Lohn darstellt. Die eigene Arbeitskraft wird ihnen selbst zum Mittel:"Der Arbeiter ist während der Arbeit außer sich und erst außerhalb der Arbeit bei sich" (Marx). Ob LohnarbeiterIn oder KapitalistIn, die Individuen beziehen sich lediglich als BesitzerInnen verschiedener Waren aufeinander. Die konkrete Nützlichkeit und Konsequenz der Produktion muß ihnen egal sein, eben weil sie außerhalb des Zwecks der Tauschwert-Produktion liegt. Das Grundübel für die LohnarbeiterInnen besteht damit nicht im Nichtbesitzz der Produktionsmittel, sondern in der rücksichtslosen Vernutzung der eigenen Arbeitskraft. In der Zirkulation beziehen die Menschen aber nicht ihre **ARBEIT** aufeinander, sondern ihre **PRODUKTE**, d.h. die bereits vergegenständlichte, in **DINGE** hineinprojizierte tote Arbeit. Die Arbeit, die dafür aufgewendet wurde, ist zwar ihrem Inhalt nach eine gesellschaftliche, weil nicht für den eigenen, sondern für den Konsum fremder Menschen bestimmte; aber der **FORM** nach ist sie eine private und kann ihren gesellschaftlichen Charakter nicht in ihrer flüssigen, lebendigen, menschlichen Form sondern erst in toter dinglicher Form erweisen, denn der Wert erscheint erst in der dinglichen Qualität der toten Ware.

Die zugrundeliegende menschliche Beziehung in Gestalt eines bestimmten Quantums verausgabter menschlicher Arbeit muß jetzt als die scheinbare "Natureigenschaft" toter Dinge erscheinen, einen "Wert" zu haben. Die quantitativen Verhältnisse der abstrakten Arbeiten zueinander erscheinen als die Verhältnisse der Produkte. Sobald diese Proportionen eine gewisse Festigkeit bekommen, scheinen sie aus der Natur der Arbeitsprodukte selbst zu entspringen. Was nach Marx jetzt herrscht ist der "reale Schein". Die Menschen sehen sich einem quasi-natürlichen Verhältnis von Dingen ausgesetzt und begreifen nicht, daß dies Resultat ihrer eigenen, auf abstrakter Arbeit beruhenden, falschen oder negativen Gesell-

schaftlichkeit ist. Sie bewegen sich als Charaktermasken innerhalb einer im Wesentlichen ihnen äußerlichen Bewegung der "Selbstverwertung des Werts". Geld, im Grunde nur realer Schein, wird zur Inkarnation der Gesellschaftlichkeit. Jedes Individuum trägt seine eigene Gesellschaftlichkeit als Papier- oder Münzgeld in der Tasche mit sich herum.

Der Kapitalismus ist also die Herrschaft der warenförmigen Abstraktionen. Indem die Individuen nur auf ihren eigenen Privatvorteil, ihr Sonderinteresse bedacht sind und eben nicht konkret bewußt gemeinschaftlich ihren gesellschaftlichen Zusammenhang organisieren, stellt sich die Gesellschaftlichkeit "blind" und "hinter dem Rücken der Subjekte" durch die Totalität des Werts her.

RESUMEE

Wirklicher anti-kapitalistischer Kampf kann nur die Beseitigung des Wertverhältnisses in seiner Gänze bedeuten. Um diese Einsicht in sich aufzunehmen, muß das autonom-aktionistische (oder militante oder antiimperialistische) Individuum allerdings selbst erst das warenförmige falsche Bewußtsein durchbrechen und sich auf die Suche nach dem Ursprung eines Verhältnisses machen, dessen Oberflächenerscheinungen es bisher nur bekämpft. Dann könnte die Erkenntnis wachsen, daß das Großkapital nur eine besondere Form des falschen gesellschaftlichen Verhältnisses ist, dem das Bewegungssubjekt selbst unterliegt, ob es das wahrhaben will oder nicht. Die moralisch angeprangerten Erscheinungen müssen auf ihre tatsächliche Grundlage zurückgeführt werden, damit geklärt werden kann, was eigentlich zu bekämpfen und letztlich revolutionär zu überwinden ist...Das erfordert die Einsicht, daß "es eben kein richtiges Leben im falschen Dasein" geben kann, daß mit anderen Worten die hochgelobte "revolutionäre Identität" nicht voraussetzungslos, sondern immer schon Produkt des "falschen Bewußtseins" ist (s.Autonome Studies/Bolschewiki, "Mit den überlieferten Vorstellungen brechen").

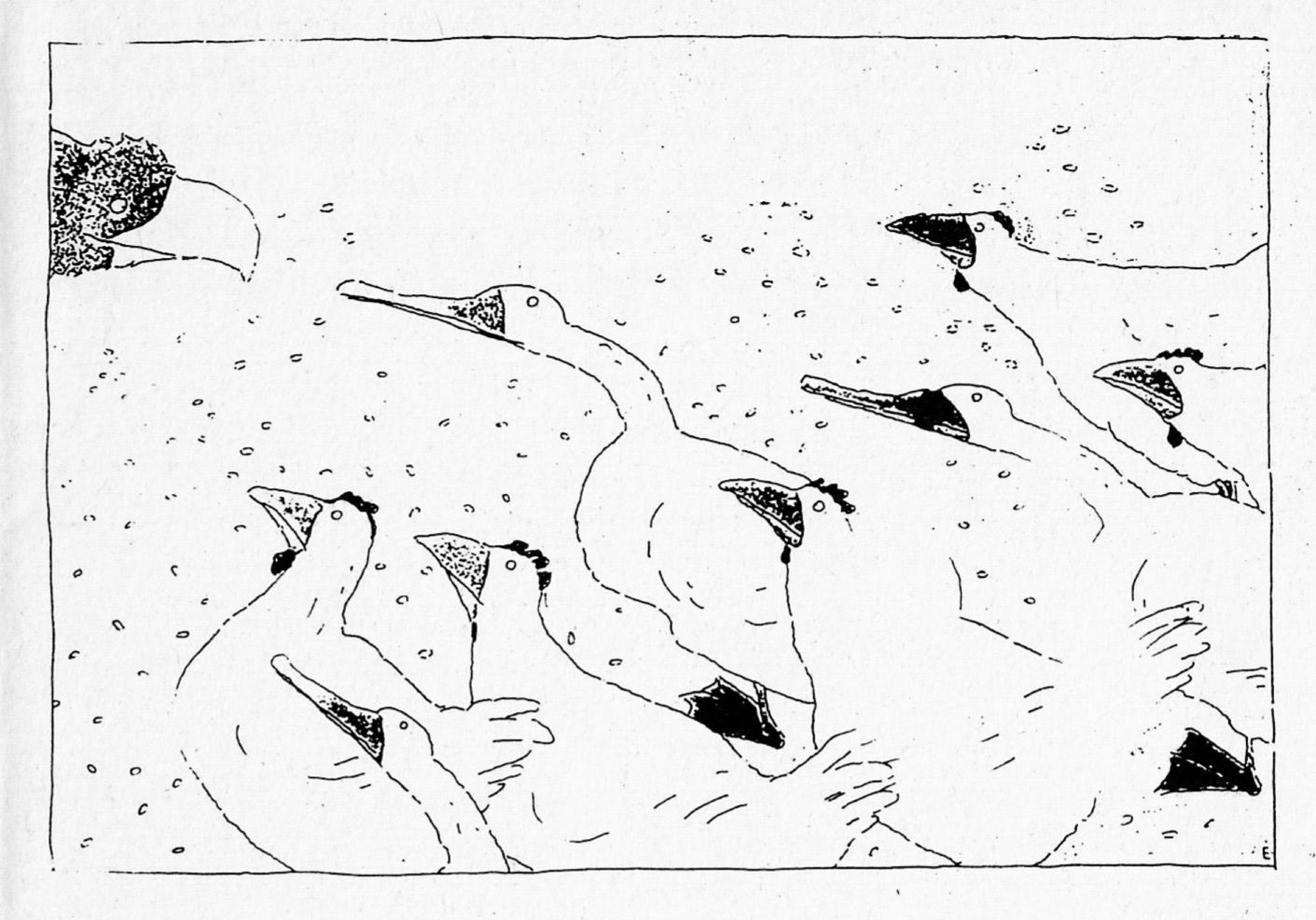
Die vom Kapitalismus produzierten Widersprüche laufen eben mitten durch die Individuen und die eigene Subjektivität hindurch. Um sich dies bewußt zu machen, bedarf es der theoretischen Analyse der Basiskategorien, auf denen diese Gesellschaft, aber auch unser Denken, Fühlen und Handeln beruht. Das Bedürfnis nach "Einheit im Kampf" ist zwar verständlich und richtig, da die Selbstbewegung des Werts die vereinzelten Einzelnen...hervorbringt, bleibt aber hohl, wenn es auf ein übergreifendes Harmoniebedürfnis hinausläuft. Unter dem Deckmantel des "wir wollen ja letztlich alle dasselbe" verflüchtigt sich die angesichts der doch so oft beschworenen Endzeit-Stimmung so wichtige Auseinandersetzung. Genau die aber ist nicht oder nur ungenügend Bestandteil "unserer Kultur". Eine sich-...revolutionär verstehende Szene sollte...gerade die Entstehung der bürgerlichen Subjektivität als Resultat der kapitalistische Vergesellschaftung begreifen, die gemachten Erfahrungen kritisch in sich aufnehmen und überprüfen, ob die Erfolglosigkeit militanter Politik, was jedenfalls die selbstgesteckten Ziele angeht, auch an der falschen Herangehensweise liegt und nicht nur der realen Repression geschuldet ist."

Soweit "communistus autonomus" aus Hamburg, auch als meine Antwort auf Andrea, die schreibt:"für mich und ich denk für viele andere hat es in den letzten Jahren den prozeß gegeben, eine neue offenheit füreinander. einfach auch daraus, daß wir nach den verbindenden momenten suchen und es für uns stark bewußt ist, daß es den umwälzungsprozeß, wirkliche veränderungen, nur geben wird, wenn es beides gibt, die konkreten kämpfe und den revolutionären pol. wenn wir darum kämpfen, daß wir zu gemeinsamkeiten kommen. wie das alles werden kann, weiß ich nicht konkret." (S.10) Ich weiß es auch nicht, die radikale und revolutionäre Linke hier weiß es noch nicht. Was nicht sein kann, ist daß sich die Bewegungen auf diesen Pol wie Magnetnadeln ausrichten. Die Militanten der Offensive 86, die für sich in Anspruch nehmen, neben der RAF zu revolutionärer Politik gekommen zu sein, bieten **keine** Orientierung - weder theoretisch/analytisch noch praktisch. Angesichts der Situation in Toitschland und Westeuropa, angesichts der Herausbildung einer imperialistisch beherrschten "one world" müssen wir uns revolutionäre Theorie, Organisierung und Praxis neu aneignen. Das ist schlecht, weil die Zeit drängt. Aber es ist auch gut, weil wir eine zutiefst dialektische Wahrheit begreifen können: "Aus Fehlern lernen - Niederlagen in Siege verwandeln!"

autonomus marxistus

DER ADLER

DER NICHT FLIEGEN WOLLTE



Es war einmal ein Mann, der hatte einen Geflügelhof mit vielen verschiedenen Vögeln.

Eines Tages erhielt er den Besuch eines naturkundigen Mannes mit materialistischem Dialekt.

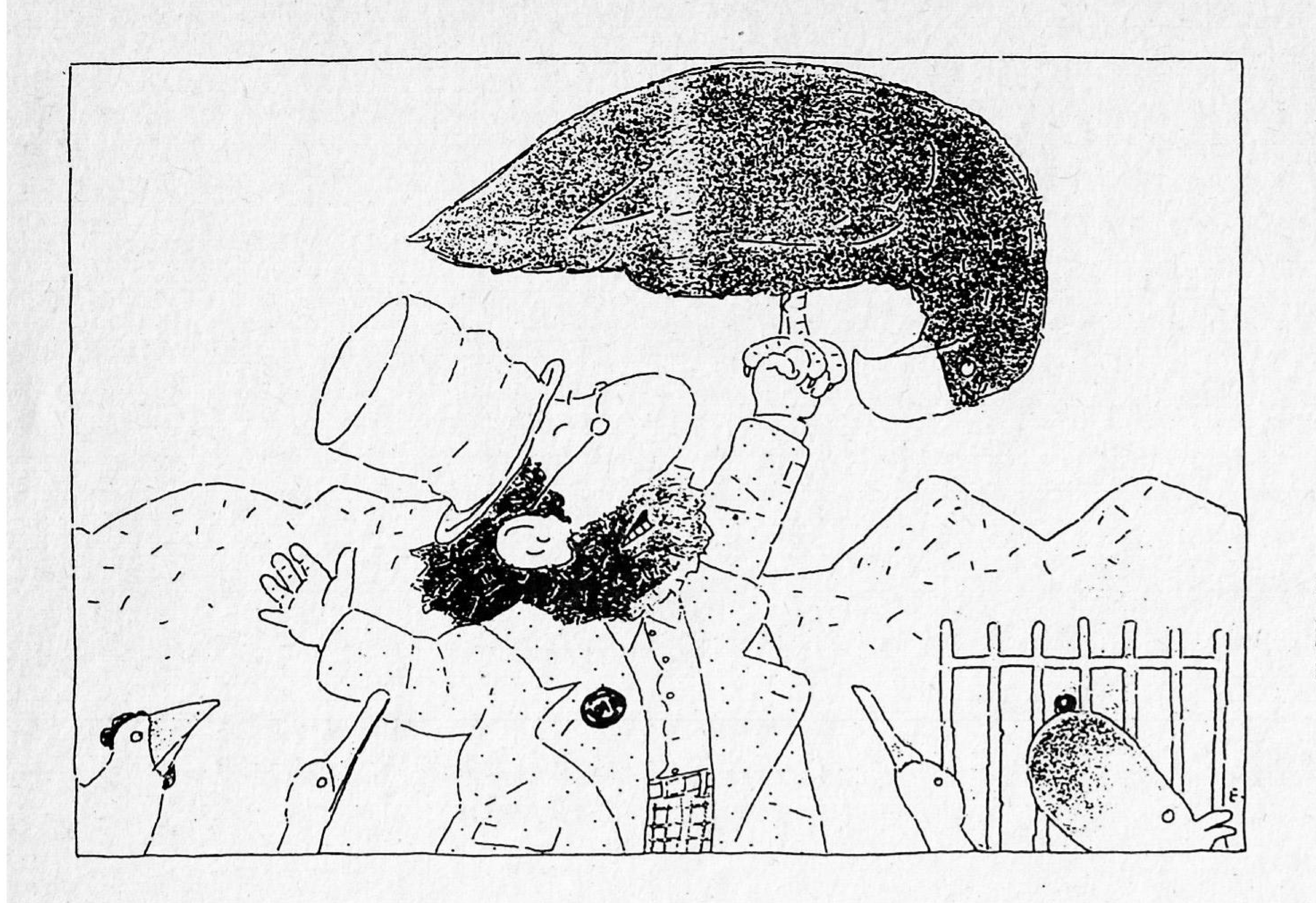


Als sie miteinander durch den Garten gingen, sagte der:
"Dieser Vogel dort ist kein Huhn, er ist ein Adler!"
"Ja", sagte der Mann, "das stimmt. Aber ich habe ihn zu einem Huhn erzogen. Er ist jetzt kein Adler mehr, sondern ein Huhn, auch wenn seine Flügel drei Meter breit sind."



"Nein", sagte der andere, "er ist immer noch ein Adler, denn er hat das Herz eines Adlers. Und das wird ihn hoch hinauffliegen lassen in die Lüfte."

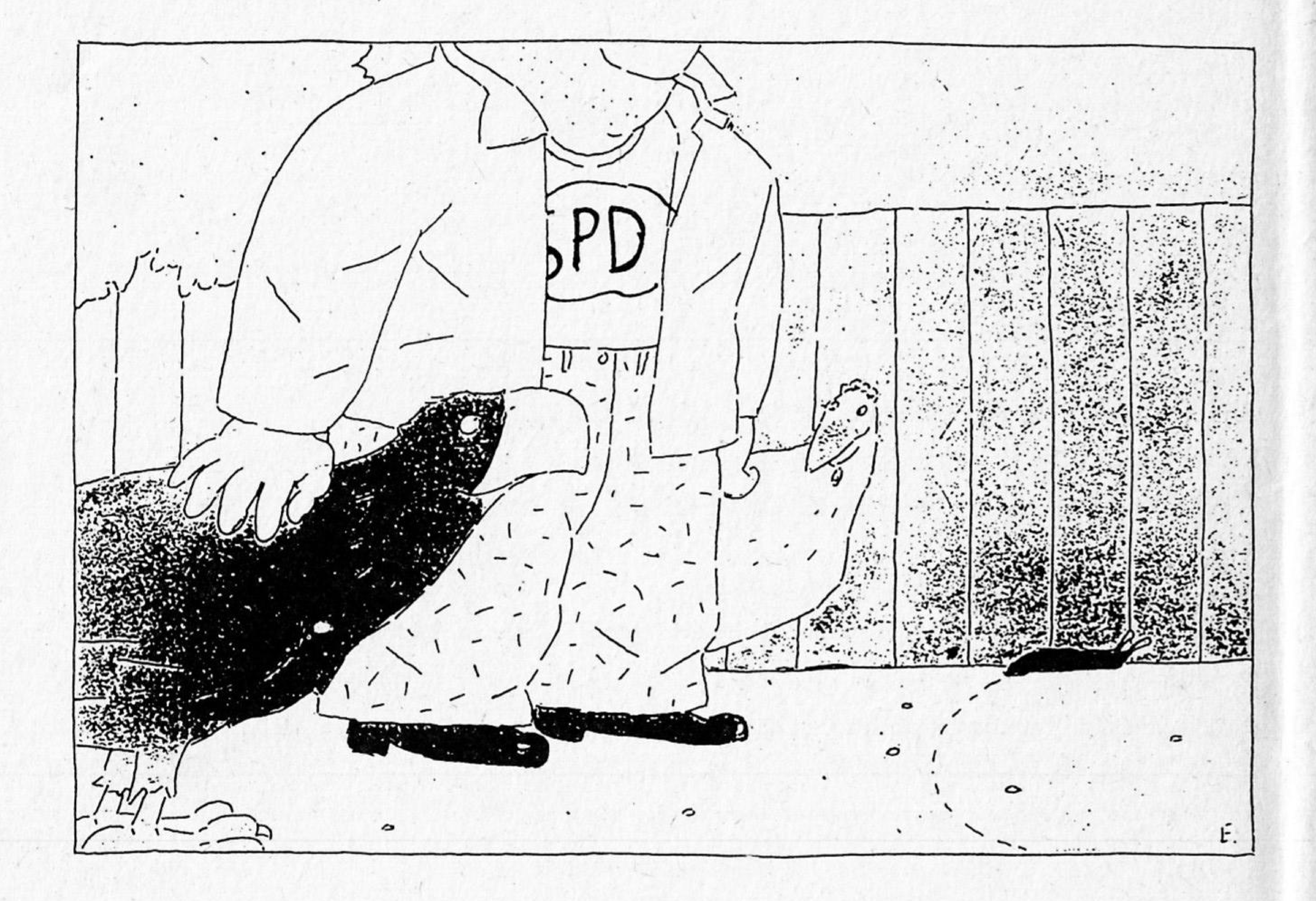
"Nein, nein", sagte der Mann, "er ist jetzt ein richtiges Huhn und wird niemals fliegen."
Darauf beschlossen sie, eine Probe zu machen.

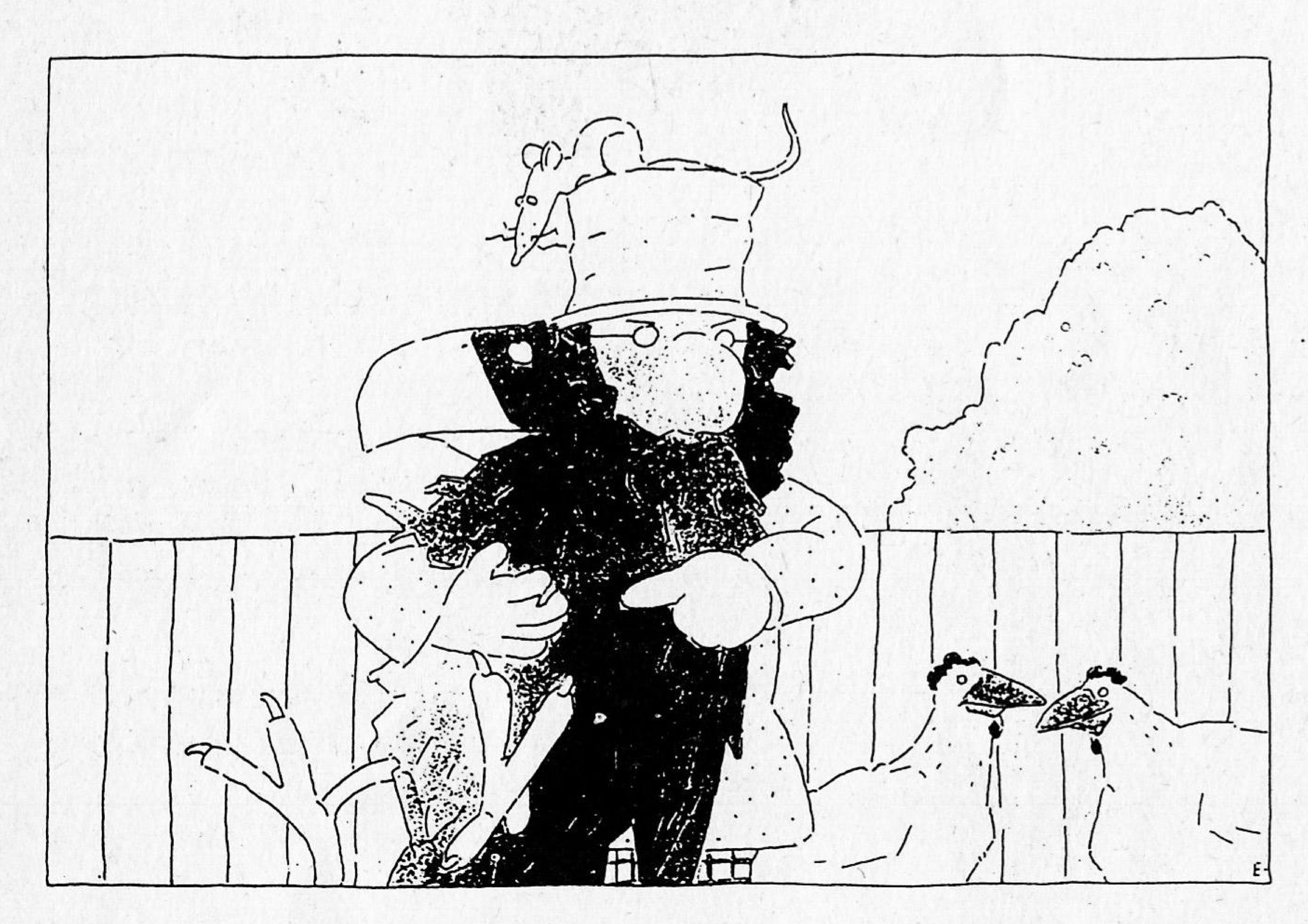


Der naturkundige Mann nahm den Adler, hob ihn in die Höhe und sagte beschwörend: "Der du ein Adler bist, der du dem Himmel gehörst und nicht dieser Erde: breite deine Schwingen aus und fliege!"

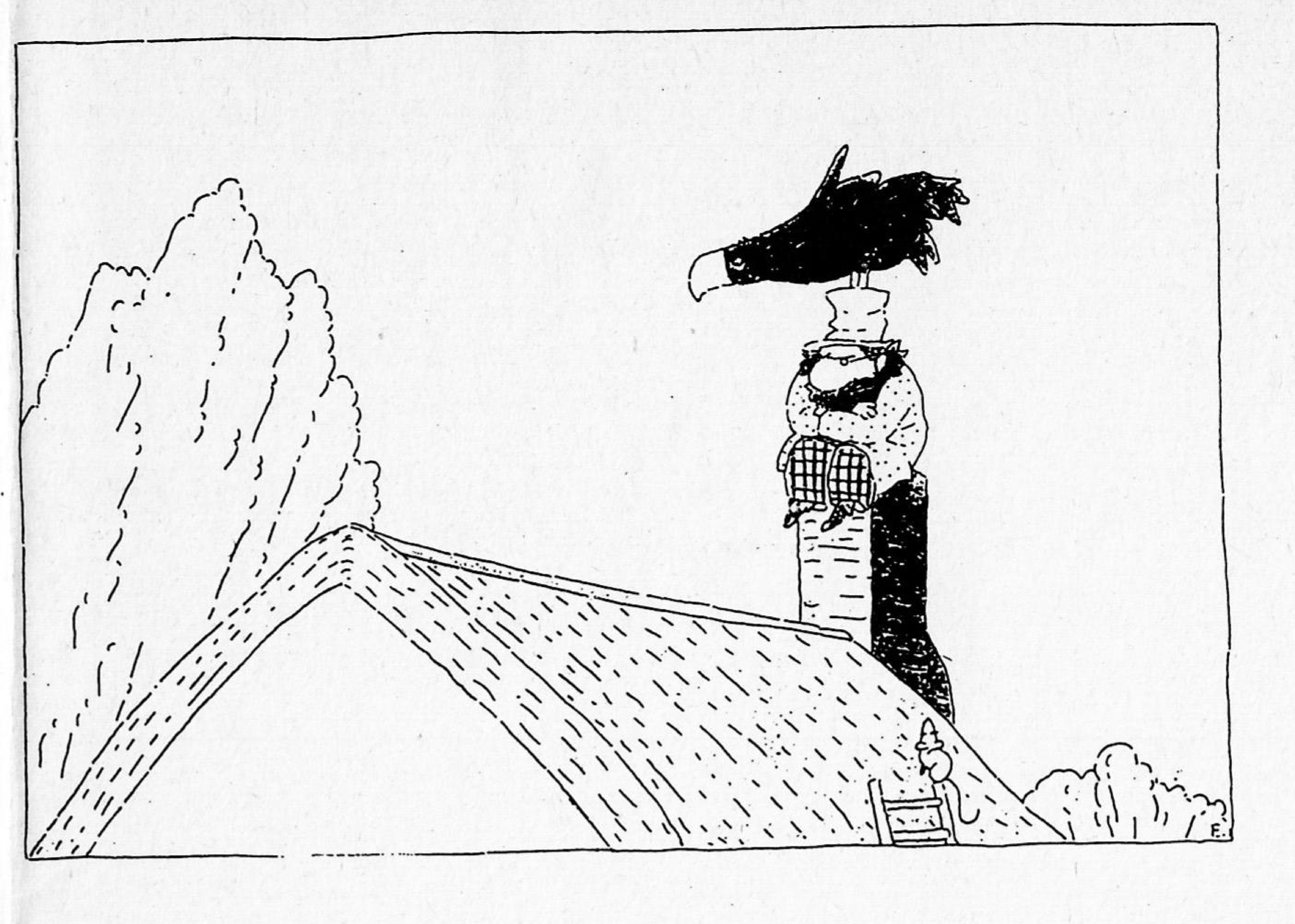
Der Adler saß auf der hochgereckten Faust und blickte um sich. Hinter sich sah er die Hühner nach ihren Körnern picken, und er sprang zu ihnen hinunter.

Der Mann sagte:"Ich habe dir gesagt, er ist ein Huhn!"
"Nein," sagte der andere, "er ist ein Adler und er hat immer noch das Herz eines Adlers. Es fehlt ihm nur das Bewußtsein. Laßt es uns noch ein eiziges Mal versuchen; morgen werde ich ihn fliegen lassen!"



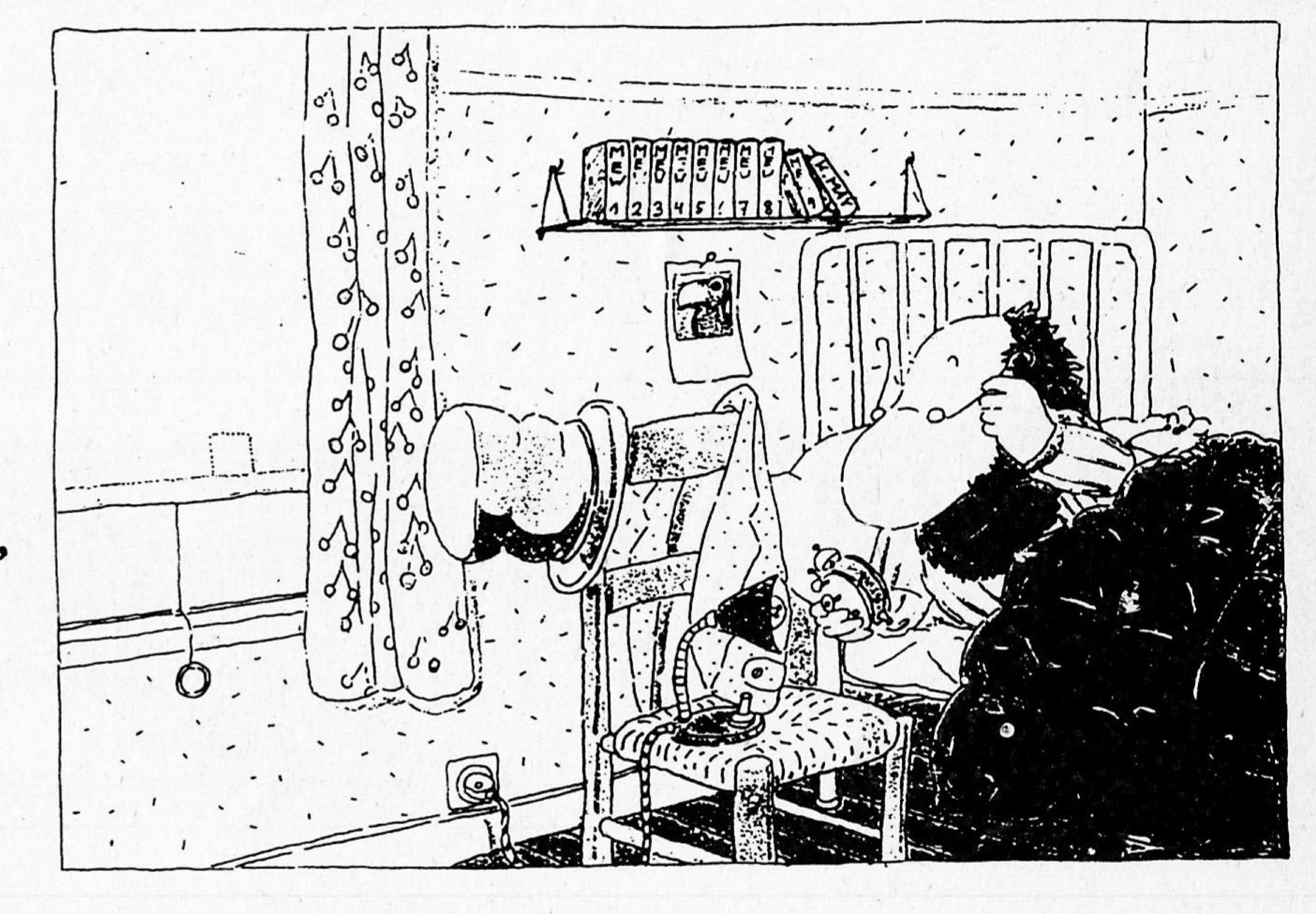


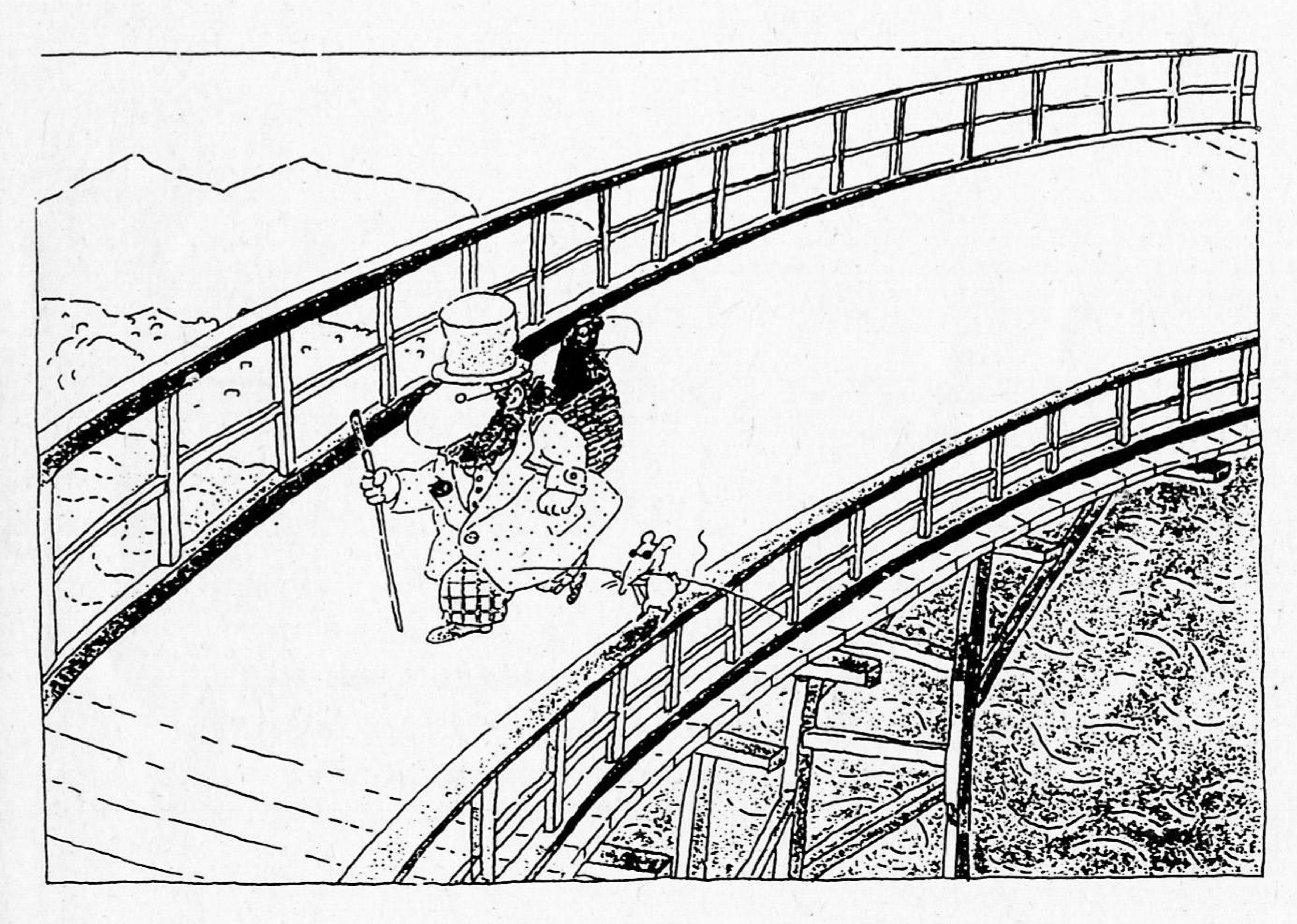
Am anderen Tag stieg er mit dem Adler auf das Dach des Hauses, hob ihn empor und sagte:"Adler, der du ein Adler bist, breite deine Schwingen aus und fliege!"



Aber als der Adler wieder die scharrenden Hühner im Hofe erblickte, sprang er abermals zu ihnen hinunter und scharrte mit ihnen. Da sagte der Mann wieder: "Ich habe dir gesagt, er ist ein Huhn!"
"Nein," sagte der andere, "er ist ein Adler. Ich versuche es morgen noch einmal."

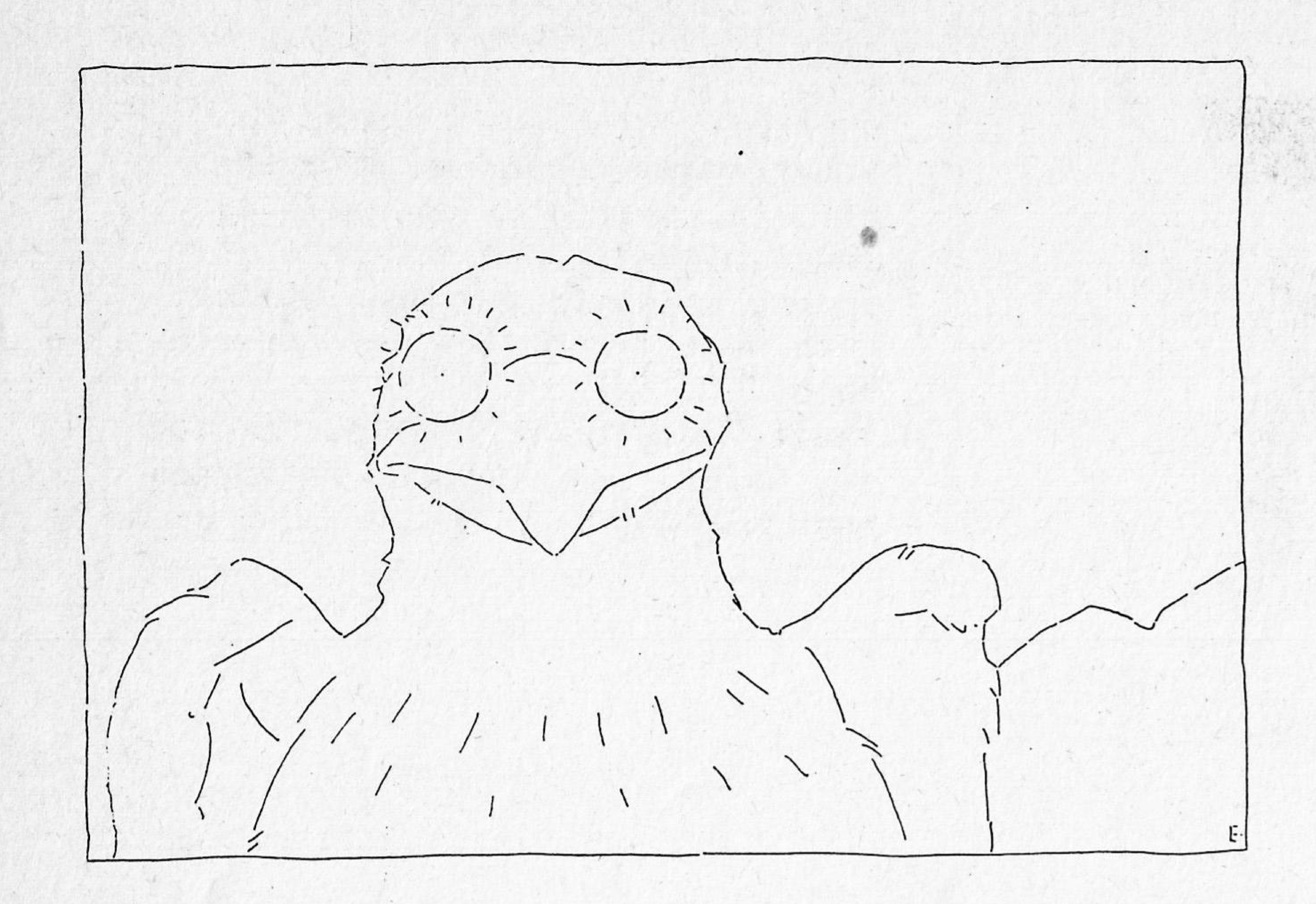
Am nächsten Morgen erhob er sich früh,
nahm den Adler und brachte ihn hinaus aus der Stadt, weit weg von den Häusern an den Fuß eines hohen Berges. Die Sonne stieg gerade auf. Sie vergoldete den Gipfel des Berges, jede Zinne erstrahlte in der Freude eines wundervollen Morgens.





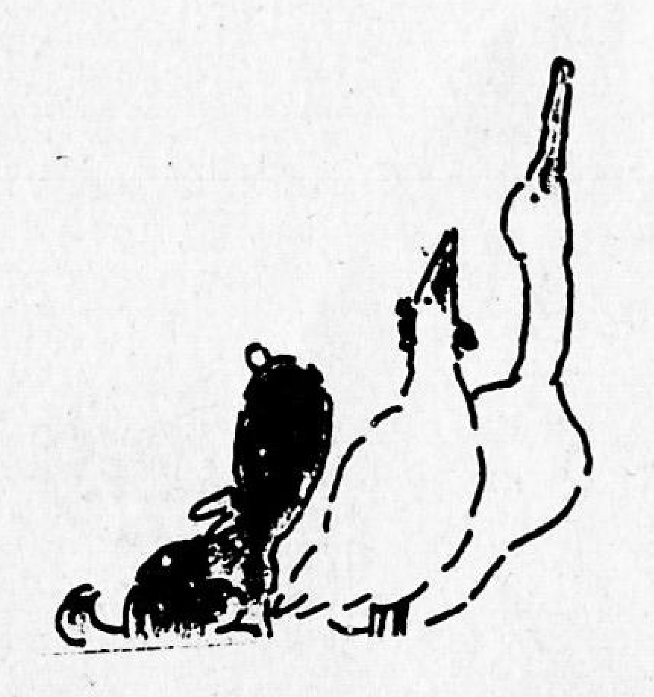
Er hob den Adler hoch und sgte zu ihm:
"Adler, du bist ein Adler. Du gehörst dem Himmel und nicht dieser Erde. Breite deine Schwingen aus und fliege."

Der Adler blicke umher, zitterte, als erfülle ihn neues Leben - aber er flog nicht.



Da ließ ihn der naturkundige Mann
direkt in die Sonne schauen.

Und plötzlich breitete er seine gewaltigen Flügel aus, erhob sich mit dem Schrei eines Adlers, flog höher und höher und kehrte nie wieder zurück.





Aus dem Faβlager in Gorleben sollen ab Montag, den 24.9.1990 an die 1.300 Fässer abtransportiert werden.

Das Wendland müßte jubeln, der Widerstand Siege feiern.

WAR ES DOCH IMMER DIE FORDERUNG: LEGT DIESE KARTOFFELSCHEUNE STILL! Euer Zwischenlagerungs- und Endlagerungskonzept ist verlogen und stinkt vor lauter Unwägbarkeiten zum Himmel. Und nun steht ins Haus, daß tatsächlich zweifelhafte Fässer ausgelagert werden sollen.

Aber uns bleibt das Jubeln im Halse stecken und von Sieg kann noch nicht die Rede sein, wenn wir uns das Drumrum dieser Auslagerungsaktion genauer ansehen. Knapp 1.300 Fässer, das ist die Anzahl, die von den insgesamt 7.000 oder mehr dort eingelagerten Fässern als zweifelhaft zugegeben worden sind.

Schon allein dieses Zugeständnis ist ein Erfolg des beharrlichen Widferstands.
Es ist also raus,ausgesprochen und offenkundig:
mit zumindest 1.300 Fässern muß also was passieren. Aber was? 300 von ihnen sind plutoniumhaltig. Sie sollen nach Jülich oder Karlsruhe und dort in einer heißen Zelle untersucht werden.

UND DANN?

Es ist völlig offen, was anschließend mit ihnen passiert. Werden sie irgendwo umverpackt? Umkonditioniert? Wo bleiben sie in der Zwischenzeit? Werden sie uns irgendwann wieder als "normale" Fässer zurückgeschickt?

WIR WISSEN ES NICHT.

Und wir sollen uns auch nicht darum Gedanken machen. Es soll uns beruhigen und einschläfern, daß sie erstmal wegkommen,wir sind sie los. Daß sie untersucht werden, und das Eingeständnis, daß sie plutoniumhaltig sind, soll uns als Erfolg schon genügen.

Aber das genügt uns nicht. Wir haben immer gesagt, daß jegliche Zwischen- und Endlagerung absurd ist solange der Betrieb von AKWs weitergeht, daß diese Lagerung nur das Alibi darstellt, das den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke legitimiert. Daß Atomenergie oder ihre Abfallstoffe überhaupt niemals sicher verwahrt werden können. Die eingestandenermaßen plutoniumhaltigen Fässer müssen untersucht und in heißen Zellen verwahrt werden. Wir fordern die Offenlegung des genauen Transportablaufs, die Information der Bevölkerung über die Gefährlichkeit der Transporte und des weiteren Verbleibs der Fässer.

Wir wollen nicht, daß uns die Fässer hier abgenommen werden, ohne daß klar ist, wohin sie kommen und was weiter mit ihnen geschieht.

WIR LEGITIMIEREN NICHT EINEN ATOMMÜLLTOURISMUS.

Die anderen ca. 1.000 als problematisch eingestandenen Fässer sollen nach Duisburg und dort besser verpackt werden. Anschließend - und das ist sicher - kommen sie wieder zurück.

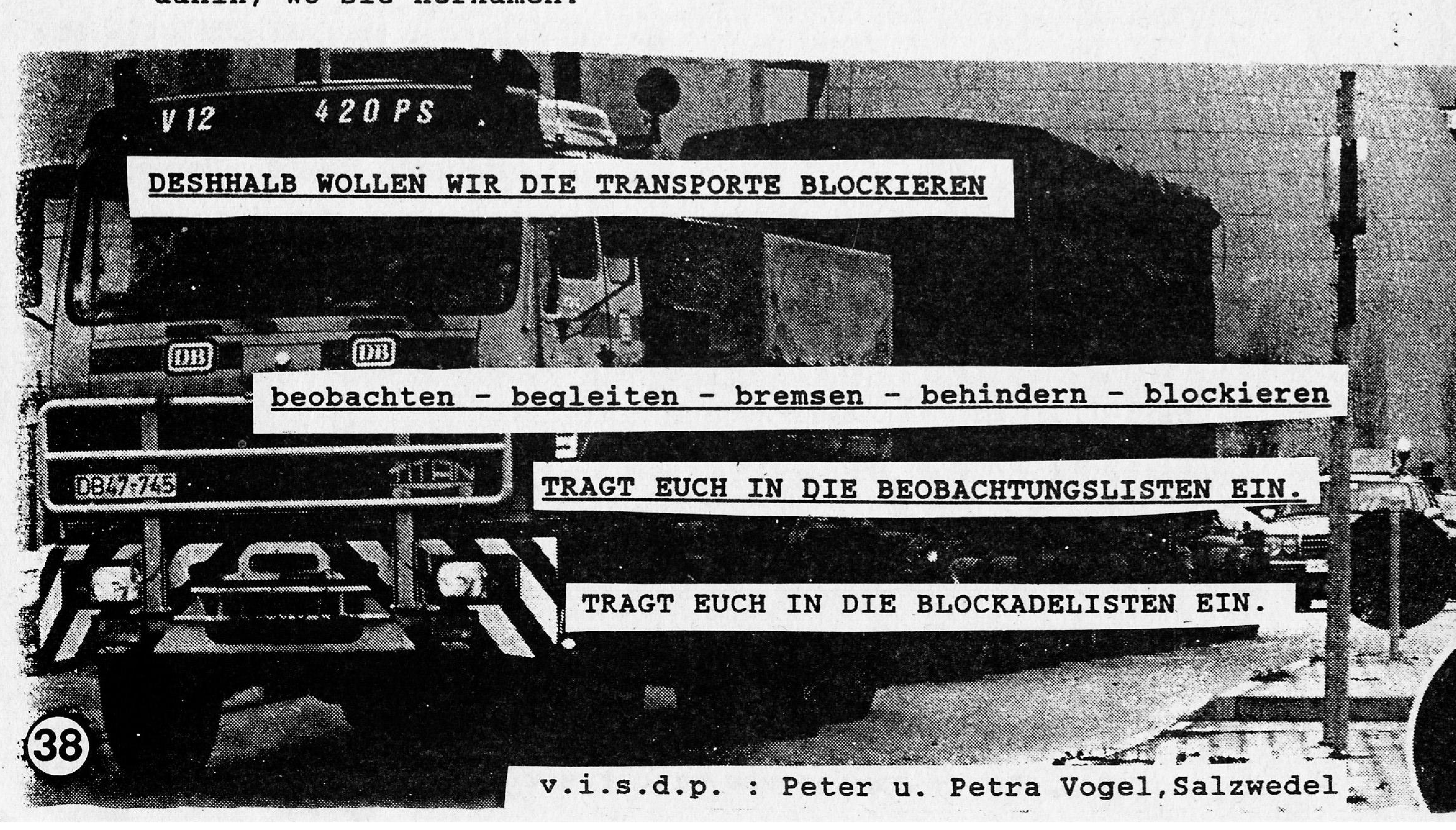
An ihnen sollen nur stichprobenweise Untersuchungen vorgenommen werden. Ob sie Plutonium enthalten, kann niemand verneinen.
Bereinigt um unsere Kritik kommen sie nun als "normale" Fässer zurück, "einlagerungsfähig" wie die restlichen dort lagernden 7.000.
DAS IST EIN HOHN AUF UNSEREN WIDERSTAND. Wir durchschauen diese Mogelpackung. Auch diese Transporte werden wir nicht legitimieren.
Auch wenn es auf den ersten Blick absurd erscheint: wir blockieren die Ausfahrt der Fässer.

Aber das Absurde macht dennoch Sinn. Wir haben nie deshalb auf die dramatischen Faßbeschädigungen und -inhalte hingewiesen, weil wir normale Fässer akzeptieren würden, sondern weil sie für uns nur der Beweis sind, wie unzuverlässig und kriminell die Atommaffia mit ihren Abfällen umgeht, die sie uns gerade als harmlos verkaufen will.
Die Skandalfässer können nicht umverpackt werden, und wir empören uns nicht mehr, uns ist die Spitze genommen, mit der verbesserten Verpackung müssen wir uns abfinden.
Aber nicht doch. Keineswegs.
Im Gegenteil nehmen wir das Eingeständnis dieser Schlamperei zum Anlaß und sagen: das sind keine Schlampereien, das ist Normalbetrieb. **DER SKANDAL IST NORMAL.**

Wenn wir klug sind, gehen wir davon aus, daß alle Fässer falsch verpackt und falsch deklariert sind. Und alle Fässer sind falsch hier im Zwischenlager. Alle Fässer sollen weg.
Und zwar nicht im Sinne eines Alibis, daß sie womöglich grün angestrichen werden, sondern zurück zu den Verursachern, in die heißen Zellen der Atomkraftwerke.

Wir sind nicht für Sicherheitskriterien bei Atommüll zuständig und lehnen das auch ab. Wir sind nicht abzuspeisen mit einer Umverpackung in Duisburg.

Uns reicht nicht der kleine Finger. Wir segnen diese Transporte zur Augenwischerei und Bevölkerungsberuhigung nicht ab. Wir wollen das ganze Zwischenlager geschlossen haben, alle Fässer sollen dahin, wo sie herkamen.



v.i.s.d.p. : Peter u. Petra Vogel, Salzwedel

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

15.00 - 4.00 Schwule Wut, Schwules Überfalltelefon 216 33 36

19.00 Café Subversiv in der besetzten Brunnenstr. 7

Mo. - Fr., 14.00 - 18.00 Stadtteil-/Infoladen Rat und Tat. In der Liebenwalder Str. 16

17. 9. - 22. 9. "Ein Brief aus Jerusalem", Fotoaustellung im Rahmen der Palästina Aktionstage. Im Thomas-Weißbecker-Haus, Wilhemstraße 9

Donnerstag, 20. 9.

9.15 Prozess gegen Jörn wegen 1. Mai '89. Vorwurf: Schwerer Landfriedensbruch. Amtsgericht Tiergarten

16.00 Frauencafé als Auftakt für weitere **Frauenaktionen**. 'Sowieso", Nehringstr. 34

jeden Donnerstag

15.00 - 18.00 Café im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

14.00 - 17.00 AusländerInnenberatung (auf türkisch) im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

17.00 - 19.00 MieterInnenberatung im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

Freitag, 21. 9.

19.00 Kiezpalaver Wedding: wie weiter im Wedding? Im Café Oromo Olyaana, Prinzenallee, U-Bhf Pankstr.

19.00 "Das Zögern ist vorbei!" Häuserkampf in Westberlin. - Am 22. 9. 81 wurde Klaus-Jürgen Rattay bei einer Demo von den Bullen vor einen Bus getrieben und überfahren. In der Marchstraße 23

20.00 Frauen/Lesbenfeté mit Infos in der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

21. - 23. 9. Herbst-Anfangskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Giessen. Tel.: 06403/63 0 66 oder 0641/ 78 2 83

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

19.00 Food Coop im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

Samstag, 22. 9.

14.00 Das Lumpenproletariat lädt ein zum großen Spekulantenfressen!! Großer Lumpenaufzug. Am Breitscheidplatz

15.00 Straßenfest auf dem Tucholplatz, Lichtenberg:

15.00 - 17.00 Puppentheater, Clowns, eben ein Kinderfest

17.00 - 19.00 AkkordeonspielerInnen, Bolschewistische Kurkapelle, Freies Orchester

ab 19.00 Rockgruppen: Vogelsang, Butlers und eine spezielle Gastband aus Ostberlin. Zwischendurch Infos zur NA und der Weitlingstraße

15.00 Straßenfest in der Rigaer Straße, Friedrichshain

Das autonome/antiimperialistische Städtetreffen (BN, BI, F, W,) zur Demo am 3. 11. hat sich aufgelöst. Einige Menschen aus Wuppertal halten eine Weiterarbeit auch über einzelne Städte hinaus für wichtig und laden zu einem neuen Städtetreffen ein. Infoladen Brunnenstraße 41, Wuppertal. Tel.: 31 17 90

11.00 Frühstück

13.00 Anfang

(Bitte telefonisch anmelden.)

15.00 Frauen und Lesben Café mit Überraschungsfilm und Besprechung zur 29. 9.-Demo. Im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

jeden Samstag

16.00 Frauencafé im Kiez mit Kinderbetreung im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (West) 692 15 99.

16.00 - 19.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12

Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 23. 9.

jeden Sonntag

13.00 Treffen für Neuköllner Frauen/Lesben gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung... Nur jeden ersten Sonntag im Monat. In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

Montag, 24. 9.

jeden Montag

Redaktionschluß für die nächste Ausgabe dieser Zeitung. Wenn ihr Glück habt, kann es sein, daß auch noch Sachen mit reinkommen, die erst am Dienstag im Briefkasten landen. Verlaßt euch aber bitte auf keinen Fall darauf. In der Regel leeren wir nur noch Montag den Kasten.

Frauentag im A-Laden:

15.00 - 18.00 Frauencafé, danach Frauengruppe. Rathenowerstr. 22.

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

15.00 - 18.00 Sozial"hilfe"beratung im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistichen oder sexistischen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

Dienstag, 25. 9.

19.00 Treffen Radikale Linke, im Mehringhof, Versammlungsraum

jeden Dienstag

15.00 - 18.00 Café, danach Treffen der **FAU-Anarchosyndikalistinnen** im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

15.00 - 18.00 Sozial"hilfe"beratung im Rat und Tat, Liebenwalder Str.16

18.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12

Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

20.05 RoZ, Radio ohne Zensur, alle 14 Tage auf 103,4 MHz

jeden Mittwoch

15.00 - 18.00 Café im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

Fr. 28. 9.

20.00 Vorbereitungs-VV zur Demo und den Aktionstagen um den 3.10. Entweder inder Kirche von Unten, Elisabethkirchstr. 21 oder im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Sa. 29. 9.

20.00 Vorbereitungs-VV zur Demo und den Aktionstagen um den 3. 10. in der Kirche von Unten, Elisabethkirchstr. 21

Mittwoch, 3. 10.

14.00 internationale Demo unter dem Motto: "Deutschland halt's Maul" zum Alex. (Ankunft dort ca. 17.00) Treffpunkt: Oranienplatz

PALÄSTINA FOTOAUSSTELLUNG

„Ein Brief aus Jerusalem"

PROGRAMM

17.9.1990 - 22.9.1990
Thomas Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9

Die Ausstellung ist täglich ab 16.00 geöffnet

20.9.	19 Uhr	Reise nach Palästina Reiseberichte + persönliche Eindrücke über unseren Aufenthalt in Palästina offener Diskussionsabend mit Dia's,Musik,
21.9.	19 Uhr	Veranstaltung zur Ansiedelung sowjetischer Juden in Palästina + zur Irak Krise Referentin : Elfi Pallas aus London Redakteurin Israel Mirror
22.9.	19 Uhr	Wer hilft den PalästinenserInnen Bericht über die praktische Arbeit der Solidaritätsgruppen in Berlin,DDR,BRD,+Ausland.

24.9.1990 - 27.9.1990
SO 36, Oranienstr. 190

Montag 24.9.

17.oo Eröffnung der Fotoausstellung

2o.oo Diavortrag zur Gesundheitssituation und zu Gesundheitsprojekten in Palästina

Dienstag 25.9.

ab 17.oo geöffnet

2o.oo Film "Gaza Vorhof zur Hölle"

Mittwoch 26.9.

ab 17.oo geöffnet

19.oo Film über die Intifada "Kinder der Welt"

2o.oo Offene Diskussionsrunde mit verschiedenen Menschen, die gerade aus Palästina zurückgekommen sind

Donnerstag 27.9.

ab 17.oo geöffnet

19.oo Theater und Musik anschließend Lesung

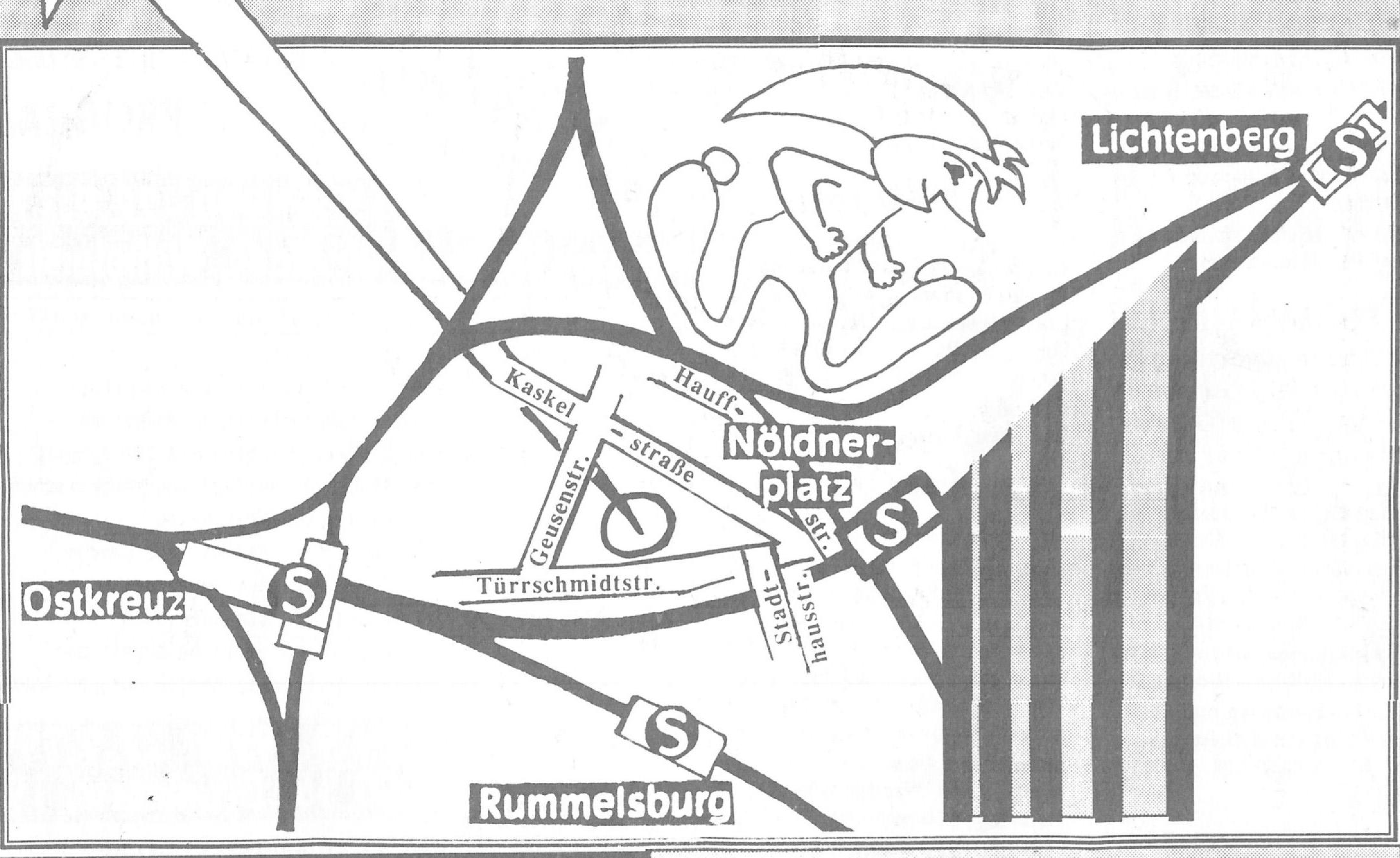
Samstag 28.9. im THOMAS WEISSBECKER-HAUS

19.oo GROSSES ABSCHLUSSFEST

Theater, Live Musik, Tombola, Essen+Trinken

FEST

am TUCHOLLAPLATZ



SA.22.09.

LICHTENBERG
S-Bh. Nöldenerplatz

* ab 15.00 Uhr Kinderfest
* Straßenmusikanten
* Essen + Trinken
* Infostände
* ab 19.00 Skaband- Butlers
* und andere Musik

